Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 174 22. APRIL 1977

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr

ID

D 1870 CX

* frankfurter
* informationsdienst e.V.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

kontaktzentren:

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

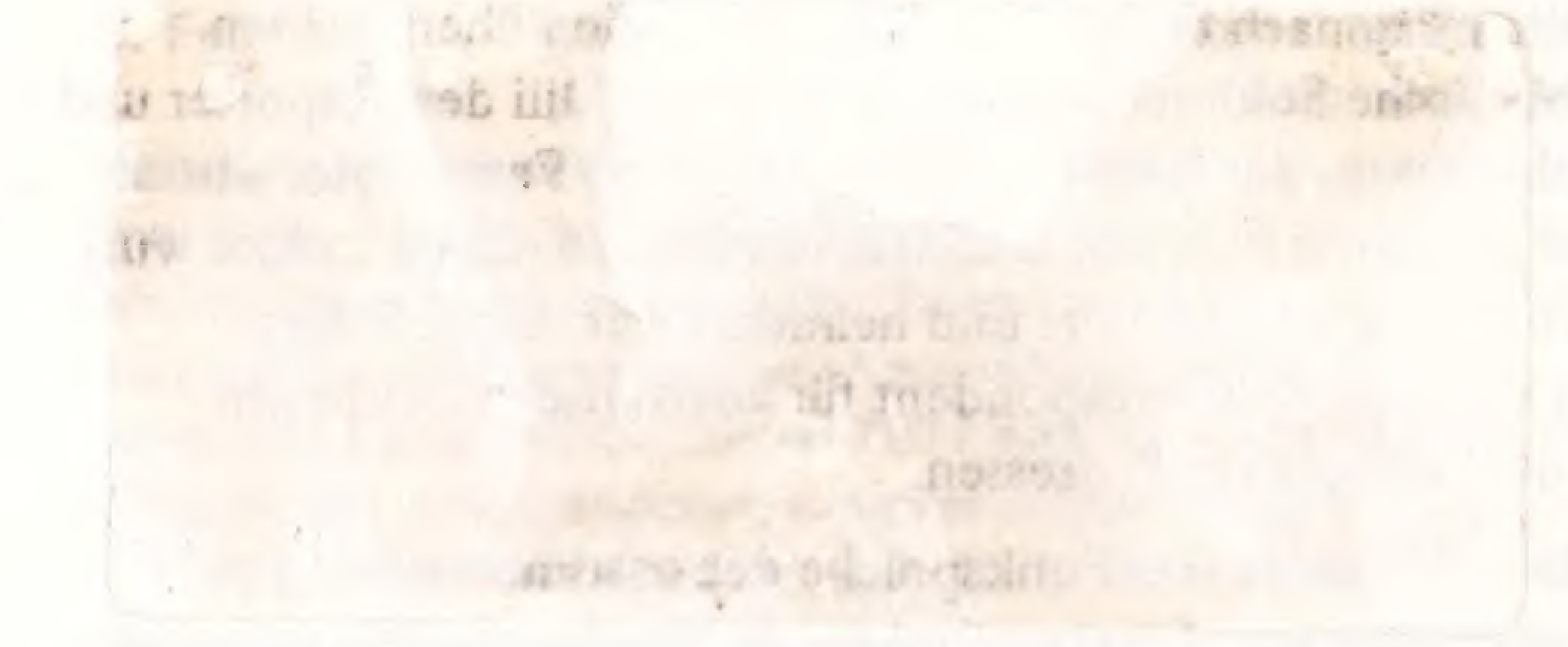
5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen

(Nr. 174)

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer	Exemplare



Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Post–Einlieferung des letzten ID: Freitag.

Fortsetzung Inhaltsverzeichnis

HAUSMITTEILUNG: WANDZEITUNG UND BILDERDIENST

Während des letzten Semesters haben wir den Hochschul-ID herausgegeben, der über politische Ereignisse an Lehranstalten der BRD und Westberlin berichtete. Wir wollen die Arbeit in diesem Semester fortsetzen, weshalb wir alle bisherigen sowie neue Mitarbeiter und Gruppen um Aktivität und Meldungen bitten. Der Hochschul-ID wird möglicherweise in anderer Form erscheinen (z.B. als großflächige Wandzeitung, entsprechend großer Schrift, Fotos, Karrikaturen etc.).

Der ID-Bilderdienst funktioniert, auch wenn das aus dem ID-Bilderangebot nicht offensichtlich hervorgeht, denn bei der Frage nach Platz (32 Seiten) fliegen häufiger Fotos raus zugunsten von Informationen. Das soll sich in absehbarer Zeit ändern, indem z.B. eine oder zwei Seiten fest für Fotos und Hinweise auf vorhandenes aktuelles Fotomaterial eingeplant werden. Die heutige Nummer umfaßt erstmals 48 Seiten (weil der ID letzte Woche nicht erschien).

„ALTERNATIVE" BILD-ZEITUNG

FRANKFURT
20. April

In mehreren Städten der BRD, so in Berlin, Bielefeld, Bochum, Frankfurt, Hamburg, Köln und sonstwo, wurden in dieser Woche „alternative" BILD-Zeitungen verteilt. Die „traditionelle" BILD befürchtete am Tag danach, daß mehrere 10 000 Blätter in Umlauf gebracht worden seien. Sie läßt die Polizei eine „geheime Anarchistendruckerei" erahnen und entsetzt sein: „der Helfer-Apparat ist größer als bisher angenommen."

Auf 2 Seiten konnte der zunächst verblüffte Leser Geschichten lesen über die merkwürdigen Umstände der Verhaftung von Gerd Albartus und Enno Borstelmann, denen Zugehörigkeit zur RZ vorgeworfen wird und über Stammheimer Zustände; außerdem einen Kommentar über Palästina und zionistische Politik; die sensationelle Nachricht von der Entlarvung der Kraftwerks-Union als terroristische Vereinigung" und einen Bericht über Isolationshaft als Krankheitsursache. Und wie immer blickte BILD voll durch: „Baader-Meinhof-Freunde verteilten gefälschte BILD-Zeitungen."

(NOCH) KEINE LAUSCHAKTION IN TELEFONZELLEN

FREIBURG
10. April

Leuchtend gelbe Aufkleber verzieren seit Samstag, dem 2. April, in Freiburg und auch in anderen Städten die öffentlichen Münzfernsprecher. Auf den Klebezetteln, die mit dem Posthornsymbol versehen sind, steht:

„Sehr geehrter Fernsprechteilnehmer!

Da in jüngster Zeit Extremisten dazu übergegangen sind, öffentliche Fernsprecheinrichtungen für ihre Zwecke zu benutzen, bitten wir Sie um Verständnis dafür, daß im Interesse auch Ihrer Sicherheit dieser Fernsprecher der Überwachung unterliegt.

Ihre Post"

Die Oberpostdirektion Freiburg beeilte sich, ihren Kunden zu versichern, daß die Aufkleber nicht von der Deutschen Bundespost stammen und außerdem öffentliche Fernsprecher keinerlei Überwachung unterliegen.

FLOHMARKT IN MANNHEIM

MANNHEIM
20.April

Auf dem Hof der Arbeitslosenselbsthilfe Mannheim findet am 30.April 77 wieder ein Flohmarkt statt. Langfristig soll der Flohmarkt ein Versuch sein, Jugendinitiativen usw. aus dem Rhein-Main-Neckar-Raum zu beteiligen, um Erfahrungen auszutauschen.
Jede/jeder kann kostenlos Stände aufstellen (außer Händlern). Kontaktadresse:

Arbeitslosenselbsthilfe Mannheim
Waldhofstraße 221 / Ecke Untermülowstraße
Tel.: 0621 / 36 888

UNDOGMATISCHES ROTES BLASORCHESTER

BERLIN
13. April

Nach den bereits bekannten linken und linksradikalen Blaskapellen aus Freiburg und Frankfurt soll nun auch in Berlin etwas tuten. Saxophon, Klarinette, Waldhorn, Posaune und Trompete haben bereits zueinander gefunden; es werden aber noch mehr gesucht. Wer möchte, der soll. Und zwar geht der Kontakt über das Info-BUG, Dresdner Str. 22, 1000 Berlin 36.

FRAUEN-NACHT-DEMONSTRATION AM 30. APRIL

FRANKFURT
18. April

„Wir erobern uns die Nacht zurück!", mit dieser Parole rufen alle Frauengruppen und -zentren zu einer bundesweiten Nacht-Demonstration gegen Vergewaltigung auf. Als Nacht wurde die Walpurgis-Nacht des 30. April festgelegt.

Nähere Informationen darüber gibts beim
Frankfurter Frauenzentrum, Eckenheimer Landstraße 72, Frankfurt, Tel. 59 62 18 oder

Frauenzentrum München, Gabelsbergerstr. 66, 8 München-80, „Gewalt-gegen-Frauen"-Gruppe.

INFORMATIONEN ZU „CHEMICAL MACE"

BERLIN
13. April

CN „Chloracetophenon" ist eine Substanz, die Augen und Hautverletzungen hervorruft, die krebserzeugend ist und bereits Todesfälle verursacht hat. Als chemischer Kampfstoff ist CN international verboten und geächtet; die BRD hat darauf verzichtet, das Gas für MILITÄRISCHE Zwecke zu benutzen, bei Demonstrationen jedoch wird es massiv eingesetzt.

Im Direkt-Verlag ist jetzt eine Dokumentation erschienen, hauptsächlich mit Zeitungsberichten, wissenschaftlichen Gutachten und Erfahrungsberichten.
Direkt-Verlag, Bremer Straße 11, 6236 Eschborn

URTEILSVERKÜNDUNG IM RAF–PROZESS AM DONNERSTAG

STAMMHEIM 21. April

Das Anwaltsbüro Oberwinder/Temming teilt als letzte Meldung mit:

„Der 2. Strafsenat hat angekündigt: Urteilsverkündung im Verfahren gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe ist nächsten Donnerstag, 28.4.1977.

Das ist kein Witz, sondern offensichtlich die Order aus Bonn, mit der die Rache für Buback perfekt gemacht werden soll: die im Hungerstreik befindlichen Gefangenen sollen öffentlich verurteilt werden, bevor man sie verrecken läßt. Es wäre an der Zeit, sich massenhaft zu überlegen, wie wir – d.h. jeder, der sich auch für das Leben der Genossen im Knast mitverantwortlich fühlt – dieses Komplott zu durchkreuzen helfen können.

Und es soll niemand sagen, die Gefangenen könnten ja angesichts dieser Perspektive aufhören zu hungern. Dies verkennt, daß den Gefangenen keine Alternative bleibt. Aufhören zu hungern heißt nicht: weiterleben. Wer 5 Jahre in Total- und dann in Kleingruppenisolation (3 - 5 Gefangene) vegitieren mußte, verliert jedes Leben in sich. Der schleichende körperliche und geistige Zerfall ist nach dieser Zeitspanne unter gleichbleibenden Bedingungen unaufhaltsam. Das nahezu vollständige Vorenthalten äußerer Reize für Körper und Psyche ist Folter, die den Tod der Gefangenen langsam und ge ungeheuer quälend, aber unausweichlich herbeiführt. Der Hungerstreik ist deshalb keine Selbstmordaktion, sondern die einzige Möglichkeit, Überlebensbedingungen zu schaffen.

Dem Pflichtverteidiger von Gudrun Ensslin, Künzel, gestand der Vorsitzende Foth nicht das Recht zu, sich der weiteren Beteiligung am Schauprozeß zu entziehen. Sein Antrag auf Entpflichtung wurde abgelehnt. Künzel bezeichnete staatliche Eingriffe in den Prozeß als „in schwerwiegender Weise rechtswidrig". Außerdem wolle er sich nicht zu „Handlungen mißbrauchen lassen, die geeignet sind, rechtmäßiges Verhalten der Vertrauenverteidiger zu unterlaufen." Er sagt, es ist „eine unerträgliche Vorstellung, sich in einem Plädoyer mit einem Strafantrag auseinanderzusetzen, der dreimal lebenslang sowie eine zeitige Strafe von 15 Jahren fordert, während die von diesem Antrag betroffene Angeklagte unter den gegebenen Bedingungen kaum noch eine Spanne Lebens erwarten kann, die möglicherweise nicht einmal groß genug ist, um bis zum Tage der Urteilsverkündung zu reichen."

Die Terminfestsetzung für die Urteilsverkündung wurde übrigens nach der Veröffentlichung dieser Prognose eines nicht mehr ganz blind staatstreuen Staatsverteidigers bekanntgegeben.

ÖFFENTLICHER APELL AN PRESSE UND MASSENMEDIEN DER BRD UND WESTBERLIN

Seit dem 29. März 1977 befinden sich zahlreiche politische Gefangene in der Bundesrepublik und Westberlin im Hungerstreik.

Sie fordern, was die vom OLG-Stuttgart bestellten medizinischen Sachverständigen im Verfahren gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe schon im Herbst 1975 gefordert haben: Aufhebung der auf längere Dauer tödlichen Isolation durch die Zusammenlegung der politischen Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen von mindestens 15 Gefangenen.

Presse und Massenmedien haben darüber in der Mehrzahl diffamierend und verzerrend berichtet. Völlig unzureichend wurde über die Gründe und konkreten Forderungen der Hungerstreikenden informiert.

Bei einem Protest wie diesem gegen Bedingungen und Umstände von Haft- und Prozeßverfahren geht es keineswegs darum, ob man mit Theorie und Praxis der Roten Armee Fraktion übereinstimmt oder nicht. Im Gegenteil: gerade der von Justiz- und Regierungssprechern und der von diesen versorgten Massenmedien wiederholt unternommene Versuch, jeden Protest gegen unmenschliche und destruktive Haftbedingungen und Prozeßmethoden als komplizenhaftes Sympathisantentum oder als Bestandteil einer verbrecherischen Verschwörung zu diffamieren, muß als bewußte Irreführung der Öffentlichkeit und als Teil eines großangelegten destruktiven Rechtsbruches selbst Gegenstand des Protestes sein. Insbesondere der Feldzug zur Verleumdung, Einschüchterung und Existenzvernichtung der Rechtsanwälte und Gefangenen, ihr Ausschluß von Verfahren, die Einleitung von „Ehrengerichts" und inzwischen auch von Strafverfahren – so gegen Klaus Croissant, Kurt Groenewold und Christian Stroebele – ist ebenso verabscheuungswürdig wie rechtswidrig und richtet sich auch gegen die Gefangenen, so wie das direkte Vorgehen gegen diese selbst.

Das Attentat auf Generalbundesanwalt Buback wird jetzt dazu benutzt, die in den letzten Wochen offenkundig gewordene rechtliche Fragwürdigkeit des Stammheimer Prozesses, eine Reihe anderer behördlicher Maßnahmen und die Versuche zu ihrer Rechtfertigung zu verdecken oder rückwirkend zu legitimieren.

Unter Verwendung einer an den Haaren herbeigezogenen Verantwortlichkeit der politischen Gefangenen für Bubacks Ermordung wird Repressalien-Unrecht an Gefangenen geübt, die mit dem Tod Bubacks und seines Fahrers nichts zu tun haben. So hat das OLG Stuttgart am Donnerstag, dem 7. April 1977, die Isolierung der politischen Gefangenen sogar noch extrem verschärft:

Keinerlei Kontakt untereinander
Wegnahme von Radio und Fernsehen
Absolutes Besuchsverbot
Verbot jeglicher Verbindungen zu allen Verteidigern

Gericht, Gefängnisleitung und Anstaltsarzt waren für die Verteidigung nicht zu erreichen. Daraufhin traten 46 Gefangene, darunter Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe in den Durststreik.

Die neueren Maßnahmen der Vollzugsbehörden, die Wiederherstellung des vorherigen Status und der damit verbundene Abbruch des Durststreiks seitens der Gefangenen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die vorangegangenen Maßnahmen ein eindeutiger Verstoß gegen das Recht waren, daß die Haftbedingungen der politischen Gefangenen seit ihrer Inhaftierung keine grundlegende Verbesserung erfahren haben und ein Verstoß gegen grundlegende Menschenrechte sind. Angesichts dieser Lage ist ein Abbruch des Hungerstreiks nicht zu erwarten.

Demgegenüber ist z. B. die vom OLG Stuttgart bereits angeordnete Zwangsernährung nicht nur medizinisch bedenklich, sondern scheint vor allem völlig ungeeignet, das Leben der Gefangenen zu erhalten. So heißt es in dem Schreiben des Anstaltsarztes von Stammheim, Henck:

„Allerdings ist es unter den jetzt gegebenen Umständen nicht möglich, auch nur annähernd rechtzeitig zu erkennen, ab welchem Zeitpunkt bei den Gefangenen der Zustand einer akuten Lebensgefahr eintritt, demzufolge die Vollstreckungsbehörde verpflichtet wäre, eine zwangsweise Ernährung durchzuführen. Sofern im Verlauf des Hungerstreiks eine hierdurch bedingte Lebensgefahr eintreten

sollte, sind die zwangsweise durchgeführten Behandlungsmethoden kaum noch erfolgversprechend, sondern es ist vielmehr mit dem tödlichen Ausgang des Hungerstreiks zu rechnen. Nach den derzeitigen Erkenntnissen ist eine durch den Hungerstreik bedingte Lebensgefahr mit letalem (tödlichem) Ausgang nur dadurch zu verhindern, daß die bereits in meinem Schreiben vom 14. März 1977 für erforderlich gehaltenen Veränderungen der Haftbedingungen unverzüglich in Angriff genommen und durchgeführt werden."

Vier Gefangene, Holger Meins, Siegfried Hausner, Katharina Hammerschmidt und Ulrike Meinhof sind bereits unter teilweise ungeklärten Umständen zu Tode gekommen.
Wir wollen durch unser Schweigen nicht mitschuldig daran werden, daß weitere Gefangene Opfer ihrer Haftbedingungen werden.
Nur eine breite und aktive Öffentlichkeit ist jetzt noch in der Lage, das Leben der Gefangenen zu retten.

Prof. Johannes Agnoli, Politologe; Arnfried Astel , Schriftsteller; Ernst Bloch, Philosoph; Heinz Brandt, Publizist; Prof. Peter Brückner, Soziologe; Andreas Buro, Hochschullehrer; Esther Dayan, Dozentin; F.C. Delius, Schriftsteller; Helga Dierichs, Journalistin; Robert Dinkel, Autor; Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin; Rudi Dutschke, Politologe (Dänemark); Wolfgang Ebert, Journalist; Elisabeth Enders, Schriftstellerin; Dr. Isolde Fellner, Lektorin (England); Inge Felltrinelli, Verlegerin (Italien); Prof. Ossip Flechtheim, Politologe; Erich Fried, Dichter (England); Daniel Guerin, Historiker (Frankreich); Felix Guattari, Psychoanalytiker (Frankreich); Prof. Pierre Hallwachs, Hochschullehrer (Frankreich); Prof. Joachim Hirsch, Soziologe; Otto Jägersberg, Schriftsteller; Sture Johannesson, Künstler (Schweden); Prof. Daniel Kallos, Uni Uppsala (Schweden); Yaak Karsunke, Schriftsteller; Felix Kuballa, Schriftsteller; Dr.phil. Karin Lentz, Wissenschaftlerin (Schweden); Joachim Lentz, Dozent (Schweden); Prof. Helmut Lessing, Pädagoge; Prof. Reinhard Lettau, Germanist (USA); Prof. Bruno Schorig; Margaretha Lundblad, Juristin (Schweden); Herbert Marcuse, Philosoph (USA); Karl Markus Michel, Schriftsteller; Arno Münster, Autor (Frankreich); Uwe Nettelbeck, Verleger; Helga Novak, Schriftstellerin; Günther Pabst, Sekretär d. Sozialistischen Büros; Rosa von Praunheim, Schriftsteller; Jürgen Roth, Schriftsteller; Raimund Rütten, Hochschullehrer; Volker Schlöndorff, Regisseur; Hannes Schwenger, Schriftsteller; Pieter Bakker-Shut, Rechtsanwalt (Niederlande); Prof.Christian Sigrist, Soziologe; Prof. Ulrich Sonnemann, Schriftsteller; Karin Struck, Schriftstel lerin; Dr.med. Svantesson, Oberärztin (Schweden); Sjev Teuns, Mediziner (Isolationsforschung) (Niederlande); Margarethe von Trotta, Schauspielerin; Klaus Wagenbach, Verleger; Peter Weiß, Schriftsteller; Helke Zander, Filmemacherin; Gerhard Zwerenz, Schriftsteller; Sebastian Cobler, Armin Golzem, Bernd Koch, Ruppert v. Plottnitz, Für die Initiative politischer Strafverteidiger u. Juristen REgion Rhein/Main; Jean-Paul Sartre, Philosoph (Frankreich); Prof. Manfred Liebel, Berlin.

(Siehe auch S. 47)

SOLIDARITÄTSAKTIONEN

Kirchenbesetzung in Frankfurt

Am Sonntag, den 17.4.77 wurde die Peterskirche in Frankfurt besetzt. Diese Aktion war ein Protest gegen die gleichgeschalteten Medien, die sich weigern, über die Inhalte des 4.Hungerstreiks der politischen Gefangenen zu berichten.

Der folgende Bericht stammt von einem Mitbeteiligten an der Aktion:

Am Mittwoch, 20.4.77, fand abends eine Veranstaltung mit dem Thema „politische Gefangene und Internationalismus" statt, auf der wir nochmal erklärt haben,daß die Besetzung der Peterskirche nicht etwa wegen der Diffamierungskampagne abgebrochen wurde, die die Massenmedien gegen uns angezettelt haben, auch nicht deshalb, weil wir eine Konfrontation mit den Bullen nicht gewagt hätten, sondern weil es uns darum ging, Öffentlichkeit für die Forderungen des Hungerstreiks zu schaffen.

Auf dieser Veranstaltung sprach der Vater von Gudrun, Pfarrer Ensslin. Er schilderte, wie sich die Verfolgung der RAF und später die Behandlung der Genossen im Knast für die Verwandten dargestellt hat. Er beschrieb seine Erfahrungen und Entwicklungsprozesse, die er selbst bei der Konfrontation mit den Justizbehörden genacht hat, und wandte sich dagegen, daß in all den Jahren die Presse versucht hat, die Verwandten gegen die Gefangenen auszuspielen.

Die RAs Temming und Weidenhammer berichteten anschließend, was im Knast in Frankfurt-Preungesheim mit den Gefangenen im Hungerstreik passiert: Verweigerung von ärztlicher Hilfe, Verweigerung der von Vertrauensärzten verordneten und hinterlegten Medikamente, Verweigerung von Hofgang (nach medizinischen Erkenntnissen ist während des Hungerstreiks Bewegung an frischer Luft zur Stabilisierung des Kreislaufs unerläßlich), stattdessen Verordnung von Bettruhe.

Wir haben das Thema „politische Gefangene und Internationalismus" deshalb gewählt, weil wir damit nicht nur zeigen wollten, daß die Repression gegen politische Gefangene und der Widerstand dagegen international sind, sondern auch, daß die expansive Politik der BRD in zahlreichen Ländern spürbar ist. Es berichteten ehemalige Gefangene aus Spanien, Nordirland, Südafrika, es wurden Berichte und Erklärungen zur Situation im Iran und zum Hungerstreik in Gefängnissen Israels verlesen, alles Länder, die nicht nur foltern, alles Länder, die auch nach und nach begonnen haben, die in der BRD bereits erprobte Praxis der Isolationshaft anzuwenden."

Hungerstreik in Bielefelder Kirche

Am Sonntag, 17. April, begannen in der Altenstädter Kirche 8 Bielefelder einen Hungerstreik. Sie wollten damit die Forderungen der Gefangenen im Hungerstreik unterstützen, forderten darüberhinaus u.a. die Einsetzung einer Untersuchungskommission bei jedem Todesfall im Gefängnis, den freien Zugang zu allen Informationsmitteln im Knast, Auseinandersetzung mit der Forderung der RAF-Gefangenen nach Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention und die Aufhebung der Unterdrückung der Sexualität im Knast.

Am Montag stellte der Pfarrer den Hungerstreikenden ein Ultimatum: bis 12 Uhr sollten sie die Kirche räumen, sonst werde er die Polizei holen. Währenddessen waren die acht eingeschlossen, was der Pfarrer für nötig hielt, weil „das Volk" draußen sehr agressiv reagierte.

Es wurde beschlossen, die Kirche zu verlassen, kurz darauf brachen die Genossen auch den Hungerstreik ab.

Während der Woche machten sie weiterhin Informationsstände in der Innenstadt.

nach einem Telefonbericht

Aktion vor dem Knast in Bochum

„Als die Nachricht kam, daß ein Teil der Gefangenen im Hungerstreik gegen die Totalisolation in einen Durststreik getreten waren, überlegten sich viele Leute, daß wir was machen müßten. Die Entscheidung fi für Aktionen in Bochum.

Am Ostermontag um 21 Uhr trafen sich dann etwa 50 von uns vor dem Knast „Krümmede", in dessen berüchtigtem

Knastkrankenhaus zu Karl-Heinz Roth jetzt die drei hungerstreikenden Gefangenen Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Bernhard Rößner hinzugekommen sind. Viele Fackeln wurden angesteckt, und plötzlich tauchte auch ein Lautsprecherwagen auf, der sich auf der Rückfahrt vom AKW-Osterspaziergang in Hamm wohl verirrt hatte. Als wir Knastlieder von Dave Corner spielten, hingen überall die Gefangenen in den Fenstern und winkten (die kennen uns schon!). Wir versuchten, eine Erklärung zu verlesen (aktuellen Informationen und die Hungerstreikerklärung), aber das gelang nur bis zur Hälfte. Dann stürmte aus der Reihe der Bullen, die sich inzwischen mit 6 - 7 Schäferhunden in gebührendem Abstand versammelt hatten, ein ziviler Typ vor, der ziemlich hysterisch versuchte, sich die Lautsprecheranlage zu krallen. Das gelang ihm auch, denn dummerweise hatten wir den Wagen ziemlich allein gelassen, um etwas näher an die Knastmauer ranzukommen. Die nachgefolten grünen Bullen griffen sich einen von denen, die zu dem Zwischenfall am Wagen hinzugekommen waren, heraus, und versuchten, ihn als Verantwortlichen hinzustellen („Es muß doch einen geben!") Sie verlangten seine Papiere, und als gefragt wurde, wessen er denn angeschuldigt sei, fiel der bezeichnende Satz von dem Zivilen: „Wer sich mit denne da drinnen abgibt, macht sich schon verdächtig." Als der Genosse sich weigerte, seine Personalien anzugeben, solange der Zivilist sich nicht selbst ausgewiesen hatte („Ich heiße Münch wie Münchhausen"), versuchte der Zauberkünstler, sich aus der Tasche des Genossen selbst zu bedienen. Was ihm nicht gelang.

Die Situation war ziemlich brisant: vor uns die Zwingburg „Krümmede", hinter uns der Friedhof, die Straße oben und unten durch quergestellte Bullenautos abgesperrt; um uns kläffende Hunde und ein penetrant blitzender Fotograf. Dazwischen wir, mittendrin Münch und seine Trophäe, die sich gegenseitig festhielten. Im Laufe des Disputs über Personalien, Ausweis, Dienstnummer kamen immer mehr Bullen und schließlich auch ein Herr Pohl (der „Chef"), der dann die Sache in die Hand nahm. Anscheinend schienen die Bullen Muffe zu haben, vor dem Knast einen größeren Zauber - Reinschlagen - zu veranstalten, weil die Gefangenen das ganze aufmerksam beobachteten. Jedenfalls sollte die Situation – so Pohl wörtlich – „entspannt" werden. Er ordnete an, daß ein Teil der Bullen sich zurückzog und daß das Fotografieren eingestellt wurde. Nachdem auch der Genosse seinen Ausweis rausgerückt hatte und EDV überprüft worden war, trennten sich die Fronten schließlich. Den Verstärker bekamen wir allerdings nicht zurück, auch keine Quittung, aber wir sollten mal am nächsten Tag zur Wache kommen. Wir riefen noch ein paar Parolen („Ene mene miste, es rappelt in der Kiste. Ene mene muh, und raus bist du."), und riefen laut, was die Bullen mit uns gemacht hatten.

Mit dem Lied „Wehrt Euch, leistet Widerstand; gegen diese Knäaste hier im Land" zogen wir dann zusammen ab, mit dem Wagen in der Mitte. Insgesamt sind wir ziemlich zufrieden mit dem Verlauf der Aktion: die Bullen haben zwar durch unsere Dummheit den Verstärker und eine Personalie (aber eben nur eine) einkassiert, aber wir konnten ziemlich lange am Knast machen, was wir wollten: Parolen rufen, singen, fackeln. Und weil der Hungerstreik weitergeht, haben wir fürs nächste Mal was dazugelernt."

(Von der Politischen Buchhandlung Bochum)

Aktionen vor dem Untersuchungsgefängnis in Hamburg

„Am 10.4.77 machten ca. 30 Genossen ihren Osterspaziergang durch das Gelände von Planten und Bloomen, das an das UG-Hamburg angrenzt.

Dort sind zur Zeit 12 Revolutionäre gefangen, die den Hungerstreik für die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention machen. Alle 12 waren ab Freitag im Durststreik gegen die Haftverschärfung, die am Donnerstag gegen sie verhängt wurde:
kein Radio, keine Bücher, kein Umschluß - Totalisolation.

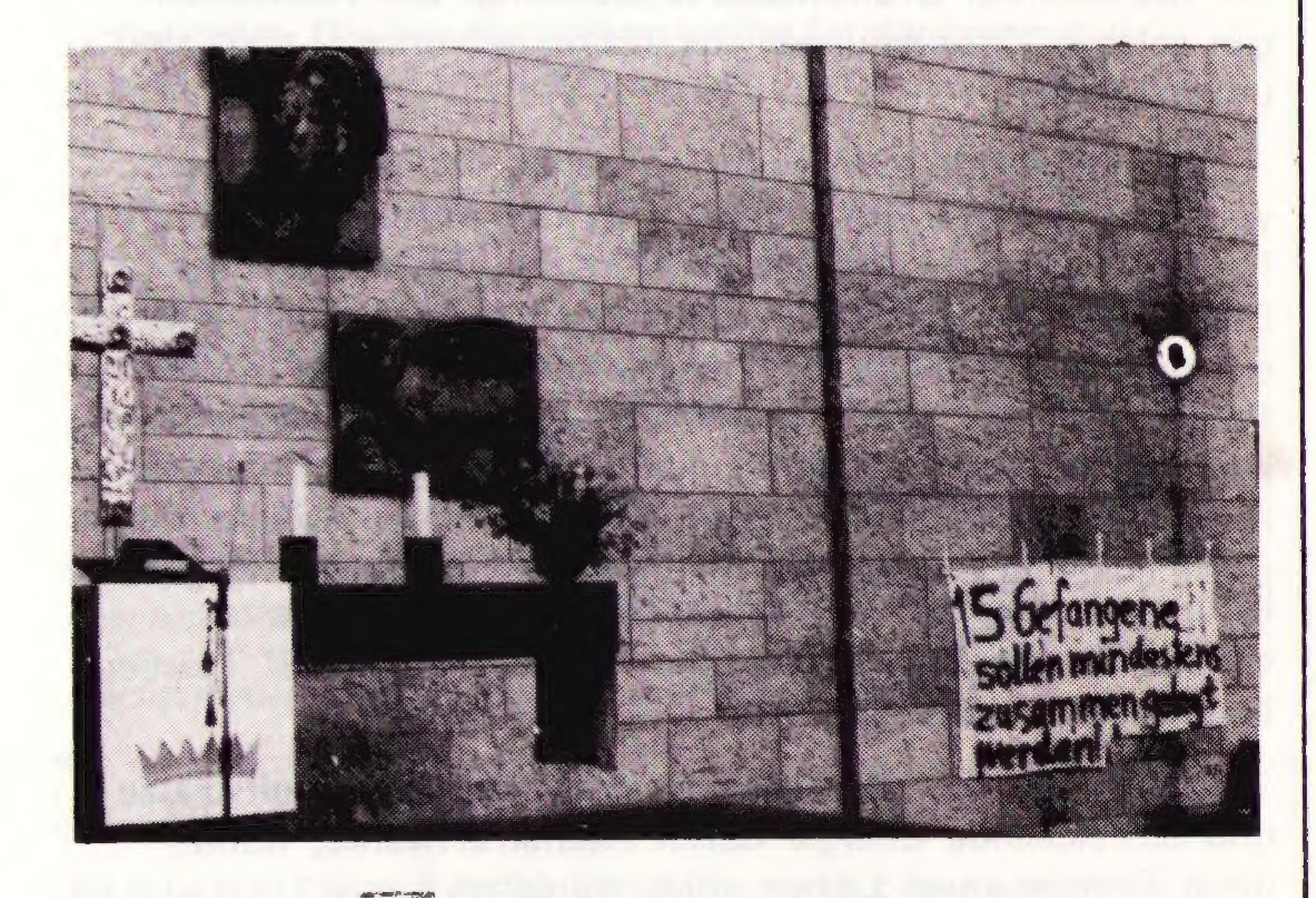
Wir haben auf dem Spaziergang versucht den Gefangenen die aktuellen Nachrichten per Megaphon zu vermitteln:
– Totalisolation in den anderen Knästen aufgehoben
– Durststreik beendet, ausser in Hamburg
– 54 Gefangene aus der RAF und dem 2. Juni im Hungerstreik
– Solidaritätshungerstreik vom Gefangenenrat
– Anwälte ab Dienstag wieder zugelassen
– Lutz Taufer und Karl-Heinz Dellwo von Essen ins Krankenhaus Bochum verlegt
– Buback am Donnerstag erschossen
– internationale Fahndung ohne Erfolg

Aus dem Knast kam Zustimmung, allerdings wissen wir nicht, ob die politischen Gefangenen uns gehört haben, weil sie unterhalb der Mauer liegen. Gleichzeitig wurden die weißen Knastverblendmauern mit Parolen beschrieben:
Hungerstreik – Anwendung der Genfer Konvention auf Gefangene aus antiimperialistischen Gruppen – so etwa.
Geschlossen verließen wir die Parkanlagen. Inzwischen waren mehrere Streifenwagen vors Strafjustizgebäude gefahren.
Wir wurden eingekreist, Personalien erfasst und durchsucht.
Das Megaphon wurde zwar beguckt von den Bullen, niemand von uns erklärte sich dafür zuständig, da haben sie es stehengelassen und wir haben es am Schluß wieder mitgenommen.

Am Dienstag und Mittwoch setzte eine Hetzkampagne gegen uns in Springers Blättern ein. („Linke Radaubrüder" *Bild*, „In Hamburg werden die Mörder gefeiert" *Welt*...)"

(Genossen aus Hamburg)

(Weiteres über den Hungerstreik ab Seite 17)



Zur Kirchenbesetzung in Frankfurt

KKW – KURZES
WIE WAREN DIE OSTERSPAZIERGÄNGE ?

KRÜMMEL Etwa 200 KKW-Gegner marschierten von Geesthacht nach Krümmel. Ein Versuchsreaktor läuft dort schon, ein 1300-Reaktor (Biblis-Dimension) ist im Bau. Polizeikontrollen zu Beginn des Zuges und vor dem Bauplatz (mitten in einem Wohnviertel am Elbhang), Containersperren und Bullen en masse. Vor der letzten Sperre gabs Infostände, Musik, was zu essen und zu trinken.

WITTMAR/ASSE Etwa 300 Spaziergänger aus Wolfsburg Salzgitter, Wolfenbüttel, Braunschweig und anderen Orten sind gestern in die Asse gekommen.

Der folgende Brief (mitsamt drei schwarzen Tennisbällen in silberner Milchkanne auf grüner Holzwolle) ist in einem wohlverschnürten Paket an den Landesvater auf den Weg gebracht worden:

„Wir hören, daß die Brennelemente aus Jülich als Tennisballgroße Graphitkugeln in Stahlkannen in der Asse versenkt und mit Beton und Salz zugeschüttet werden sollen. Die Ihnen mitgeschickte Milchkanne mit den drei schwarzen Tennisbällen – stellvertretend für die Kannen mit den Graphitkugeln – stellen Sie sich bitte auf Ihren Schreibtisch, damit Sie täglich daran erinnert werden, daß wir in unseren Milchkannen keine Substanzen finden wollen, die darin nichts zu suchen haben. Über den Kreislauf Gras-Kuh-Milch-Mensch brauchen wir Sie sicherlich nicht aufzuklären!
Mit abwartender Hochachtung Ihre Arbeitsgruppe Asse im Arbeitskreis gegen Atomenergie Braunschweig c/o Spiel- und Lernzentrum, Bruchtorwall 1 und die Osterspaziergänger."

Wichtiger Hinweis: Wir haben den Vorschlag zu diesem Spaziergang in die Asse gemacht, weil geplant ist, hier in nächster Zeit hochradioaktive Abfälle endgültig einzulagern, und wir damit nicht einverstanden sind. Auch bei störungsfreiem Betrieb werden radioaktive Edelgase in die Luft abgegeben, die sich über die angrenzenden Felder und Landkreise verbreiten und verstärkt Krebs und Erbschäden hervorrufen werden. Außerdem besteht langfristig die Gefahr der radioaktiven Grundwasserverseuchung. Die Auswirkungen solcher Verseuchungen der Natur auf unser Leben sind unvorstellbar.

Salzstöcke sind keineswegs so sicher, wie oft angegeben wird. In den Vereinigten Staaten ist die Atommüllagerung in Salzbergwerken gestoppt worden, weil grundsätzliche Bedenken über die Langzeitsicherung der Salzlagerstätten entstanden sind. Selbst in einem Arbeitspapier der Kernforschungsanlage Jülich, deren abgebrannte Brennelemente jetzt in die Asse kommen sollen, wird zugegeben, daß man heute das Risiko der Endlagerung radioaktiver Abfälle noch nicht entgültig absehen kann., da einige Isotope so langlebig sind, daß man mit Jahrmillionen rechnen müsste., die sie für die Umwelt gefährlich bleiben. (Rowohlt Taschenbuch 4117: Atommüll)

Was nützen uns die wenigen versprochenen Arbeitsplätze und ausreichende Energie durch Atomkraftwerke, wenn diese Energie unser Leben völlig ruinieren kann.

Wir finden, daß wir die Verpflichtung haben, nicht nur an uns, sondern auch an unsere Nachkommen zu denken. Wenn Sie derselben Meinung sind, schließen Sie sich uns an und protestieren Sie auch gegen die Einlagerung von hochradioaktivem Abfall in der Asse.
Arbeitsgruppe Asse im Arbeitskreis gegen Atomenergie, Braunschweig, Spiel- und Lernzentrum.
Genauere Informationen über die Asse, über alternative Möglichkeiten der Energieversorgung, über biologische Schäden durch Radioaktivität usw. bekommen Sie durch die Mitglieder der einzelnen Arbeitsgruppen und an den Informationsständen.

KALKAR 11. April Es war ein friedlicher Osterspaziergang zum Baugelände des schnellen Brüters in Kalkar. Zum Treffpunkt auf dem Marktplatz von Kalkar kamen einige Initiativen mit Verspätung, weil sie auf der Fahrt von Bullen angehalten und durchsucht worden waren. (Helme wurden beschlagnahmt mit der Begründung, man wolle den friedlichen Verlauf der Demo garantieren). Um 11.00 war bereits ein Genosse vom KB verhaftet von Zivilbullen: Er habe gefilmt und damit das Recht der Kriminalpolizei auf ihr eigenes Bild verletzt. Nach Auseinandersetzungen der Demonstraten mit der Demoleitung (die offensichtlich nur aus KBlern bestand) über den Verlauf der Demo, fuhren nach drei Stunden Warterei an die 100 Genossen wieder nach Hause.

Wir konnten uns die Zeit bei einer Theatergruppe und bei zwei Brokdorf-Filmen vertreiben, die auf dem Marktplatz gezeigt wurde. Während der gesamten Zeit wurden wir von Bullen aus dem Rathaus fotographiert und gefilmt.

Auffallend war noch die wahnsinnige Aufrüstung der Bullen in Kalkar: alle Ausfall- und Einfahrtsstrassen (bis auf die Hauptstrasse) waren gesperrt, in und um Kalkar lungerten sicherlich soviel schwerbewaffnete Bullen (mit Schild und Helm) wie Demonstraten herum, und über Kalkar flogen die offensichtlich unvermeidbaren Hubschrauber. Diese Aufrüstung der Bullen war geradezu lächerlich, denn der Großteil der Demonstranten war wirklich nur für einen Osterspaziergang gerüstet, teilweise wurde Gitarre und Flöte gespielt; es sah wirklich mehr nach einem Volksfest als nach einer Demonstration aus.

HANAU 11. April Am Mittwoch den 6. April rief die INITIATIVGRUPPE UMWELTSCHUTZ HANAU zu einer Osterspazierfahrt am Sa., den 9. April auf. Ungefähr 10 Leute sangen Anti-KKW-Lieder zur Gitarre, verteilten Flugblätter mit Blumen und „radioaktive" Eier in der Stadt. Wir wollten auf das Plutoniumlager der Nukem, einer Tochterfirma der Degussa, im Industriegebiet Wolfgang, seine Gefährlichkeit für die Hanauer und für die Arbeiter in den Firmen aufmerksam machen. Schon am Vortag hatten wir erfahren, daß die Angestellten der NUKEM und des KKW Kahl/Großwelzheim, das auch Ziel unserer Fahrt sein sollte, in Alarmzustand versetzt worden waren, d.h. im Werk sein mußten und daß im KKW Kahl drei Hundertschaften Bepo stationiert waren. Das war der Anfang der Kriminalisierung. Aber es kommt noch härter.
Als wir am Marktplatz losfuhren, kreiste ein Polizeihubschrauber über uns, und von der Ausfallsstr. nach Wolfgang ab verfolgten uns wechselnde Zivile. Die Zivis blieben unser Anhang bis Kahl, wo uns dann ein schniker BMW der bayrischen Landespolizei mit 1a Videogerät zu „Erkenntnissen" machte.

Innerhalb des Geländes war alles, vom bayrischen Polizeioffizier über Fotograph zum Werkschutz und einfachem Bepo vorhanden.

Derweil setzte sich das Überfallkommando der Bayern, das in einem leerstehenden Haus in der Nähe war, in Bewegung und stellte erstmal die Nachhut (6 Leute) mit Bravour. Sie merkten bald, daß wir nicht alle waren und leisteten ungebetene Amtshilfe auf hessischem Gebiet, um die „Masse" auch noch zu kriegen. Zivi le leiteten die Aktion, die von Verkehrsbehinderung bis unerlaubte Demonstration viele Erklärungen fand. Wir, unsere Plakate und Ausweise wurden fotographiert, nach ca. ner halben Stunde gings

weiter. Keiner der Beamten hatte Dienstnummer und Personalien gegeben, obwohl sie mehrmals auf ihre Pflicht hingewiesen wurden.
Autonummern von Zivilen: WÜ - HP - 360, AB - AS - 782 WÜ - KA - 862

FRANKFURT
11. April

Am Ostermontag fuhren wir (4-5000 KKW-Gegner), zum größten Teil in einem Autokorso und weil 's schneite, nur 50 Radfahrer, durch die Dörfer in Richtung Biblis. Dem Nicken, Winken und Lachen der Bewohner nach zu urteilen, war ein Großteil von ihnen auf unserer Seite. Nach einer Kundgebung in Großrohrheim spazierten wir durch eisigen Regen zu einem gespentisch und bedrohlich aussehenden größten KKW der Welt. Dort gabs vor dem Gelände Infostände, Musik, Reden, Theater und Verpflegung. Vom Dach des Kühlturms aus wurden wir von Bullen gefilmt und fotographiert, ansonsten war bis auf einige Bewacher auf dem Werksgelände kaum was an „Ordnungskräften" zu sehen. Ein Augenzeuge berichtet: „Als die Kundgebung am Anfang lief, stand etwas abweits ein grüner Mercedes 200. Auffälligerweise waren die Scheiben grün getönt, die Kiste hatte vier Antennen, im Rücksitz lagen Helme und an der Frontscheibe war ne Klein-Kamera angebracht. Drinnen saßen vier oder fünf recht wackere Burschen, einer davon mit einem gerollten Nostalgie-Schnurrbart, Die Nummer des Wagens war SWA-ED - 35.

PHILIPPSBURG

Auch die Philippsburger spazierten zu Ostern. Informationen zu den negativen Auswirkungen des Kühlturmes auf die Umwelt erhielten sie direkt „vor Ort" im noch nicht ganz fertiggestellten Kühlturm. Lieder der Bruchsaler Songgruppe schlossen den Osterspaziergang ab.

GÜTERSLOH
13. April

Am Samstag, dem 26. März 1977 fand in Gütersloh (bei Bielefled) eine Demo gegen KKWs statt, an der ca. 300 Demonstranten teilnahmen. Da die letzte Demo vor 5 Jahren stattfand, und wir erst drei Tage vorher angefangen hatten zu mobilisieren, waren diese 300 Leute ein großer Erfolg für uns. Aufgerufen hatte die BI ge gen KKWs in Gütersloh.

POLIZEITERROR GEGEN OSTERMARSCH

FLENSBURG
11. April

Am Karfreitag trafen sich etwa 150 Atomkraftgegner an der Bushaltestelle Lachsbach, um am Ostermarsch der Flensburger Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke teilzunehmen. Wir wollten einen Marsch zur dänischen Grenze durchführen, um dort gemeinsam mit dänischen AKW-Gegnern gegen die Schikanen des Bundesgrenzschutzes anläßlich der Brokdorf-Demonstration zu protestieren. Damals wurden dänische AKW-Gegner an der Grenze durchsucht und mehrere Stunden aufgehalten, wenn sie nicht gleich ganz abgewiesen worden waren. Doch schon am Sammelplatz wurde unser Marsch von der Polizei einfach für verboten erklärt. Wir wurden aufgefordert, die Aktion aufzulösen und uns in Richtung Flensburg zu entfernen. Wir wiesen darauf hin, daß es sich um einen völlig friedlichen Ostermarsch handele und marschierten trotzdem los. In Wassersleben, ca. 1 km vor der Grenze wurden wir wiederum von einer Polizeisperre aufgehalten, Wir wiesen nochmal daraufhin, daß wir es als unser Recht ansehen, unseren Ostermarsch zur Grenze durchzuführen. Die Antwort der Polizei war, daß unsere Aktion die öffentliche Sicherheit und Ordnung (!) gefährde. Der Einsatzleiter kündigte an, uns gewaltsam zu vertreiben. Durch diese totale Willkürmaßnahme der Polizei wurden wir gezwungen, unseren Ostermarsch abzubrechen. Wir beschlossen einen geordneten Rückzug nach Flensburg anzutreten. In dieser Situation passierte etwas Ungeheuerliches! Die Polizei sperrte uns plötzlich auch den Rückzug ab! Etwa 10 Bullen mit Gummiknüppeln in der Hand stürmten in die Menschenmenge, um einen AKW-Gegner festzunehmen. Mehrere von uns wurden von Schlagstöcken am Kopf getroffen. Eine Frau wurde gewürgt und zu Boden geworfen. Nach der Festnahme zogen wir uns unter Protest wieder zurück. Zwei Unterhändler begaben sich zur Polizeisperre, um vom Einsatzleiter die Freigabe des Festgenommenen zu fordern. Nachdem beide die Polizeikette passiert hatten, stürtzten sich sofort mehrere Bullen auf sie und nahmen sie ebenfalls fest. Sie wurden im doppelten Polizeigriff abgeführt. Einem wurde ein ganzes Büschel Haare ausgerissen.

Da wir gegen die willkürlichen Verhaftungen hier nichts ausrichten konnten, marschierten wir zurück nach Flensburg. Die Polizeischikanen wurden damit noch nicht beendet. Am Ortseingang trafen wir erneut auf eine Polizeisperre, wo wir plötzlich aufgefordert wurden, in Richtung Norden, wo wir gerade herkamen, zu marschieren. Es ging der Polizei offensichtlich darum, jegliche Versammlung von AKW-Gegnern zu zerschlagen. Hier lösten wir unsere Demonstration auf. Die drei Festgenommenen wurden währenddessen zur Polizeiwache gebracht. Sie wurden wie Schwerverbrecher erkennungsdienstlich mißhandelt. Trotz der Aufforderung nannte man ihnen zunächst nicht den Grund der Festnahme. Dann wurde ihnen eröffnet, wenn eine angebliche Demonstration in Flensburg beendet sei, werde man sie erst freilassen. Das ist nichts anderes als Vorbeugehaft! Es dauerte ganze zwei Stunden, bis sie mit ihrem Anwalt sprechen durften. Nach insgesamt ca. 3 Stunden wurden sie freigelassen.

PREUSSENELEKTRAS LÜGEN

HANNOVER
18. April

In vielen Stadtteilen Hannovers fanden die Bewohner am Donnerstag, dem 14.4., unbeschriftete Briefumschläge in ihren Briefkästen. Darin steckte ein Informationsblatt, das den Briefkopf der Informationsstelle Interargem/Preußenelektra und die Unterschrift von Herrn Dr. Salander und Herrn E. Hartmann, und Zitate aus einem KKW-Katastrophenplan enthält. Am selben Tag riefen dort ungefähr 100 besorgte Bürger an. Herr Salander tobte. Die Preußenelektra stellte Strafanzeige gegen die Verfasser, die Kripo ermittelt, bisher aber erfolglos.

In der Wochenendausgabe der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichte die Preußenelektra unter der Überschrift „Fälschung statt offener Diskussion" eine 1/4 Seite große Anzeige, worin sie behauptet: *„Betriebsstörungen ; und selbst der sogenannte GAU (größter anzunehmender Unfall) — in einem Kernkraftwerk sind mit keinerlei Gefährdung der Bevölkerung verbunden". Im NDR II bezeichnete sie die Frage der absoluten Sicherheit als eine philosophische Frage.*

Da sieht man mal wieder, wer hier der Fälscher ist!

BUU–RUFE GEGEN DGB–REDNER MATTHÖFER

HAMBURG
10. April

In einem OFFENEN BRIEF des Hamburger BUU–Plenums an den Kreisvorstand des DGB Hamburg heißt es:

Die Regionalkonferenz der BUU Hamburg nimmt mit Empörung zur Kenntnis, daß der DGB-Vorstand Hamburg Bundesforschungsminister Matthöfer zur DGB-Kundgebung am 1. Mai eingeladen hat.

Dies kann nur als Zynismus den Sorgen der vielen Menschen gegenüber verstanden werden, die gegen Atomanlagen Widerstand leisten und bedeutet objektiv eine Rechtfertigung und Unterstützung der polizeistaatlichen Maßnahmen und politischen Verfolgungen, denen Atomenergiegegner zur Zeit ausgesetzt sind. Wir begrüßen es,wenn Gewerkschaftler wie die Fachgruppe Gymnasien der GEW Hamburg dieses Vorgehen der DGB-Führung entschieden ablehnen und schließen uns ihrer Erklärung an. Weiterhin verurteilen wir die Angriffe und Ausschlußdrohungen gegen aktive Atomkraftgegner in den Gewerkschaften. Kampf der Zusammenarbeit von Atomindustrie, Regierung und Gewerkschaftsführung!

Einstimmig angenommen im Plenum der Hamburger BUU-Gruppen am 7. April 77

Wir fordern alle Kollegen auf, diesen Offenen Brief zu unterstützen oder ähnliche Stellungnahmen an den DGB zu schicken, zu veröffentlichen und den Bürgerinitiativen bekannt zu machen.

POLIZEI GEGEN ‚GELEITSCHUTZ' FÜR AKW–GEGNER

HAMBURG 21.April Bei der Großkundgebung in Grohnde am 19.März wurde ein einzelner Demonstrant - Bernd Löwe - Mitglied der BUU Hamburg willkürlich aus der Menge der Demonstranten herausgegriffen und ihm der Vorwurf des „versuchten Toschlags, schweren Landfriedensbruchs, Widerstand gegen die Staatsgewalt" gemacht. Der Haftbefehl gegen ihn wurde ausgesetzt, aber er muß sich einmal wöchentlich auf dem Polizeirevier melden. Hamburger KKW-Gegner begleiten ihn seitdem jeden Dienstag auf seinem Weg zur Polizeiwache. Treffpunkt ist jeweils 17 Uhr vor dem HEW-Zentrum/Mönckebergbrunnen.

Von zwei dieser „Geleitschutzaktionen" der folgende Bericht: „Wir waren jedesmal etwa 100 Leute, die sich gegen 17 Uhr am Mönckebergbrunnen in Hamburg trafen und als kleiner Demonstrationszug durch die Einkaufsstraße und den Hauptbahnhof zur Revierwache in der Kirchenallee zogen. Wir verteilten Flugblätter, sangen und riefen unsere Forderungen ‚Weg mit den Strafverfahren gegen AKW-Gegner!' Für uns war es ein Ausdruck der von so vielen verbal geforderten ‚praktischen Solidarität' mit einem Freund von uns, den wir nicht im Stich lassen wollen.

Am 5.4. gingen wir zum ersten Mal gemeinsam zur Wache. Wir hatten uns nur von Mund zu Mund über die Aktion verständigt und die Polizei war total überrascht, als wir plötzlich mit 100 Personen in der Wache standen. Der Revierführer verlor die Nerven und schrie nur noch rum, daß alle Beamten sich mit Schlagstöcken ausrüsten und die Wache räumen sollten. Nachdem Bernd seine Unterschrift geleistet hatte, gingen wir wieder. Das Ganze hat nur 15 Minuten gedauert. Wir waren gerade über die Straße gegangen,da kamen schon mehrere Streifenwagen zur Verstärkung.

Eine Woche später war die Polizei natürlich darauf vorbereitet. Im Hauptbahnhof wimmelte es vor lauter Bahnpolizei und als wir an der Revierwache ankamen, versperrten etwa 10 Bullen mit Helm und Schlagstock den Eingang. Bernd ging allein rein, während wir draußen warteten. Wir sahen keinen Sinn in der Auseinandersetzung und wollten wieder abhauen, wenn Bernd zurückkam. Aus dem Fenster sagte der Revierführer was durchs Megaphon, was wir leider nicht verstanden, da wir so laut sangen.

Inzwischen kamen noch 20-30 weitere Bullen dazu. Kaum war Bernd aus der Tür, begann die wilde Knüppelei. Das Resultat: Sechs Festgenommene, eine Verletzte (Finger gebrochen). Uns wurde Landfriedensbruch vorgeworfen. Zuerst weigerten sich die Bullen, für die Verletzte einen Krankenwagen zu holen und uns mit den Rechtsanwälten telefonieren zu lassen. Draußen sammelten sich unsere Freunde und riefen: „Laßt die Leute frei!" Bei einem zweiten Angriff, bei dem einzelne von 5 bis 6 Bullen quer durch den Bahnhof und durch die Straßen gejagt wurden, wurden weitere drei von uns festgenommen.



Nachdem wir etwa 1 Stunde auf der Wache saßen, man uns nach Waffen durchsucht hatte, kamen endlich unsere Rechtsanwälte. Der oberste Chef ordnete an, daß wir alle erkennungsdienstlich behandelt werden sollten. Begründung: Es sei nicht ausgeschlossen, daß wir das nächste Mal wieder dabei seien und dann hätte man ein Beweismittel. Er verstrickte sich während der Auseinandersetzung mit den Anwälten in lauter Widersprüche und hatte schließlich keinen Grund mehr, uns erkennungsdienstlich zu behandeln. Das nützte uns bloß nicht viel. Er beteuerte mehrfach, es sei ja möglich, daß er im Unrecht sei, aber dann könnten wir ja vor dem Verwaltungsgericht auf Vernichtung der Akten klagen. Es war wirklich der reinste Zynismus. Wir wurden in den Gefangenentransporter verfrachtet. Draußen warteten immer noch Leute von uns. Das war wirklich toll. Im Polizei-

präsidium vollzog man an uns dann die Behandlung und nach 5 1/2 Stunden, um 23.30 Uhr, waren wir wieder draussen.
Wir werden uns aber auf keinen Fall dadurch einschüchtern lassen und Bernd auch am nächsten Dienstag wieder begleiten.

WER SICH SOLIDARISIERT, IST KRIMINELL !

HANNOVER 12. April — Presseerklärung:
Der Ermittlungsausschuß der hannoverschen Bürgerinitiaitven gegen Atomanlagen stellt zu den Vorgängen am Sonntag, den 20.3. vor dem Polizeipräsidium in der Hardenbergstraße nach den ihm vorliegenden zahlreichen Zeugenberichten fest:

Eine spontane und damit legale Solidaritätsdemonstration mit 300 - 400 Teilnehmern für die Freilassung der vier in Grohnde verhafteten Kernkraftwerksgegner wurde gesetzwidrig und gewaltsam zerschlagen.

1. Weder gab es einen rechtlichen Auflösungsgrund für die Demonstration, noch wurden die gesetzlichen Räumungsformalien eingehalten. Außerdem wurde der Demonstration keine Zeit gelassen, sich zurückzuziehen.

2. Die Demonstranten wurden bis zum Ende der Hardenbergstraße verfolgt, einzelne wurden zusammengeschlagen und aus nächster Nähe mit der Chemischen Keule beschossen.

3. Danach wurden die Demonstranten von Polizeifahrzeugen bis zum Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße verfolgt. Dabei wurde aus einem Mannschaftswagen heraus mit der Chemischen Keule in mindestens ein fahrendes Auto und auf einen fahrenden Motorradfahrer geschossen.

4. Acht Demonstranten wurden festgenommen. Mindestens einer von ihnen wurde im Polizeigebäude weiter mißhandelt. Keiner der Festgenommenen wurde ordnungsgemäß medizinisch verdorgt. Ihnen wurde die Kontaktaufnahme mit einem Anwalt verweigert. Eine Festnahmebegründung wurde nicht gegeben.

5. Im Polizeigebäude anwesenden Anwälten wurde nach Androhung von Gewalt verboten, sich um Festgenommene zu kümmern.

Wegen des anliegenden Sachverhalts legt der Ermittlungsausschuß der hannoverschen Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen Dienstaufsichtsbeschwerde beim Regierungspräsidenten ein.

GROHNDE FOTOMATERIAL FÜR BUU

HAMBURG 14. April — „Der Ermittlungsausschuß der BUU Hamburg bittet alle Teilnehmer der Demo gegen das KKW Grohnde am 19.3. ihn in seiner Arbeit zu unterstützen. Wir benötigen immer noch Berichte von Augenzeugen der Polizei„maßnahmen", und von Festgenommenen. Für eine geplante Großveranstaltung des E.A. (wahrscheinlich 22.4. audimax) und zur Erstellung einer Materialmappe für die Stadtteilgruppen brauchen wir auch Fotomaterial. Wir bitten alle, die in Grohnde fotografiert haben uns zu helfen, und bei Dieter Romeikat in der Rappstraße 13, HH 13 ihre Adresse oder Telefonnummer zu hinterlassen, so daß wir uns mit ihnen in Verbindung setzen können."

NATIONALE ANTI–ATOM WOCHE

HANNOVER 12. April — Die vom Atom-Info-Zentrum UJZ Nordstadt angekündigte Anti-Atom-Woche vom 25.4. bis 1.5. und die sie vorbereitende Tagung am 16./17. April in Hannover findet nicht statt: Denn:

„Wir sind zu der Einsicht gelangt, daß es besser ist, zunächst die überregionale Bundeskonferenz aller BI's abzuwarten, die gerade geplant ist. Außerdem haben wir in Hannover bei unseren Gruppen festgestellt, daß die Vorbereitungszeit zu kurz ist, weil einige Gruppen auch zum 1. Mai Aktionen vorbereiten.

Sagt das bitte allen, die Ihr am Ort kennt, weiter!"

Freundliche Grüße vom
Anti-Atom-Wochen-Ausschuß Hannover
c/o Atom-Info-Zentrum
UJZ Nordstadt
Kornstr. 30
3000 Hannover 1

„ABFÄLLE " DER KERNENERGIE WERDEN MILITÄRISCH GENUTZT



FRANKFURT 13. April — *Die Zeitschrift „antimilitarismus information" befaßt sich in der Ausgabe 2/77 mit demThemenschwerpunkt Militär, Rüstung, Krieg und Ökologie. Enthalten sind u.a. Thesen über Gesellschaft, Rüstung und Umwelt im Kapitalismus, Berichte über atomare, chemische, geophysikalische Kriegsführung und eine Untersuchung über die Bewegung gegen Atomwaffen in den fünfziger und sechziger Jahren im Vergleich zur Anti-KKW-Bewegung.*

Wir entnehmen einen Artikel über:

Entreichertes Uran als Munition — ein Abfallprodukt der zivilen und militärischen Nutzung von Atomernergie.

Ein zunehmend wichtiger werdendes Abfallprodukt der zivilen und militärischen Nutzung von Atomenergie ist die seit Anfang der siebziger Jahre in den USA begonnene militärische Verwendung von entreichertem Uran (depleted uranium/DU). Im natürlichen Zustand ist das Schwermetall Uran eine Mischung aus den Isotopen U 235 und U 238, wobei U 235 nur in geringem Umfang im Uran vorhanden ist. Zur Verwendung von Uran in Waffen und bestimmten Kernkraftwerken ist es notwendig, den Anteil von U 235 durch Anreicherungsverfahren zu erhöhen. Dabei fällt ebenso wie bei der Wiederaufbereitung von Uranbrennstof das U 238 in größeren Mengen an, für das bisher kaum Verwendung gefunden werden konnte. Dieses U 238 wird auch als depleted uranium bezeichnet. Es ist stark giftig und schwach radioaktiv. Allein die USA sollen hiervon schätzungsweise 100 000 Tonnen auf Lager haben.

Das militärische Interesse an depletes uranium wurde durch dessen Eigenschaft geweckt, eine erheblich größere Dichte als andere zur Munitionsherstellung verwandte Materialien zu haben. So ist depleted uranium zum Beispiel 2,5 mal so schwer wie Stahl, was einer mit depleted uranium gefüllten Granate eine sehr viel größere Durchschlagskraft etwa gegenüber der Panzerung eines Panzers verleiht.

Dies führte zur Verwendung von depleted uranium in der Produktion von Munition verschiedenen Typs, ohne daß in der Öffentlichkeit davon bisher besonders Notiz genommen wurde.

Zusätzlich zur hohen Durchschlagskraft hat Munition, in der depleted uranium verwandt wird, die Eigenschaft, sich selbst zu entzünden. Denn weil depleted uranium weicher ist als Stahl, wird das depleted uranium während des Durchdringens der Panzerung pulverisiert. Pulverisiertes depleted uranium entzündet sich jedoch selbst und wirkt deshalb z.B. im Innern eines Panzers wie ein Brandgeschoß, weswegen es auch in die Bemühungen um ein Verbot der branderzeugenden und deshalb grausamen Waffen einbezogen werden soll. Neben der unmittelbaren Waffenwirkung ist der dabei entstehende Rauch hochgiftig und führt zu anhaltenden Schädigungen von betroffenen Menschen, in höherer Dosis zum Tod.

Die Verwendung von depleted uranium als Munition wurde z. B. im Konflikt um die zukünftige Panzerkanone des westdeutschen Leopard II und des amerikanischen MX-I diskutiert. Während in den USA eine 105-mm Zugrohrkanone bevorzugt wird, hat man sich in der Bundesrepublik auf eine 120-mm Glattrohrkanone festgelegt. Zwar hat eine Zugrohrkanone eine größere Zielgenauigkeit als eine Glattrohrkanone, jedoch ist die Durchschlagskraft einer aus letzterer Kanone abgefeuerten Granate gegen einen „gegnerischen Panzer" größer. Während in der Bundesrepublik davon ausgegangen wird, daß die Entwicklungsmöglichkeiten für eine 105-mm Kanone erschöpft sind, hofft man in den USA durch Nutzung dichterer Materialien für die Munition eine größere Durchschlagskraft für die 105-mm Kanone zu erreichen. Zu diesem Zweck werden von der US-Armee seit längerem Entwicklungsarbeiten für neue Panzermunition durchgeführt, etwa mit Tungestenlegierungen, die gleiche Eigenschaften wie Uran aufweisen, aber vor allem auch mit depleted uranium, wie sie für den MX–1 vorgesehen ist.

FRAGEN AN „INTERATOM"

BERGISCH–GLADBACH 12. April

Im ID 172/3 haben wir darüber berichtet, daß auch bei der Belegschaft der Firma „Interatom" die Gegner der Atomkraftwerke nicht mehr den Mund halten wollen. Ein Mitglied des Betriebsrats hat sich jetzt an die Öffentlichkeit gewandt, weil die Diskussion im Betrieb von Unternehmensleitung und Betriebsratsmehrheit verhindert wird:

Mit einem Aufruf „Pro Kernenergie" (Text s. ID 172/3), der von ca. 1200 Bürgern dieser Republik unterzeichnet worden ist, hat sich der Betriebsrat der Firma Interatom GmbH in Bergisch-Gladbach am 22. März dieses Jahres an den Bundeskanzler gewandt. Ich halte es für dringend geboten, den Inhalt dieses Aufrufes öffentlich zu diskutieren, sehe als Mitarbeiter der Firma Interatom und Mitglied des Betriebsrats, dem ich seit fünf Jahren angehöre, aber nur die Möglichkeit, mich mit einem Offenen Brief an „allgemein zugängliche Quellen" zu wenden. Eine Diskussion innerhalb des Betriebsrates ist aufgrund der gegebenen Verhältnisses sinnlos, und mich an die Betriebsöffentlichkeit zu wenden, ist mir verwehrt, wurde doch schon mein erster Versuch in dieser Richtung durch das Verbot der Unternehmensleitung, „private Veröffentlichungen an den schwarzen Brettern oder sonstigen Wandflächen im Firmengelände" anzubringen, beantwortet.

Hans Walter Krause
Immanuel-Kant-Str. 13
5060 Bergisch-Gladbach

Offener Brief an den Betriebsrat der Firma Internaltionale Atomreaktorbau GmbH (Interatom), 5060 Bergisch-Gladbach 1 (leicht gekürzt)

Mit Ihrem Aufruf „Pro Kernenergie", den zu unterstützen Sie ca. 1200 Bürger der Bundesrepublik Deutschland überzeugen konnten, wobei Sie gegenüber denen, die bei der Firma Interatom ihr Brot verdienen, mittels sanftem Druck durch Besuch am Arbeitsplatz eventuell mangelnder Überzeugung nachhelfen konnten, ist der Diskussion um das Für und Wider der Kernenergie ein Beitrag hinzugefügt worden, der nicht geeignet ist, Unsicherheit und Furcht im Bewußtsein der Bevölkerung abzubauen. Haben Sie doch dadurch, daß Sie es unterlassen haben, Ihre Aussagen zu begründen, zu belegen oder zu beweisen, statt dessen eine Reihe von neuen Fragen aufgeworfen und somit die Besorgnis in der Öffentlichkeit geholfen zu verstärken. Ich kann nicht beurteilen, was Sie zu solch unausgereifter und nur mäßig aussagekräftiger Aktion veranlaßt hat, ob es Zeitdruck war, mangelndes Wissen oder einfach der Wunsch, nicht allzutief in die Materie einsteigen zu müssen.

Sie schreiben in Ihrem Aufruf:

1. Die Unterzeichner teilen die Sorgen aller im Kernkraftwerksbau Beschäftigten um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und

2. wehren sich gegen die unsachliche Ablehnung der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

3. Die Unterzeichner halten den Bau und den Betrieb von Kernkraftwerken zur Energie versorgung für ökonomisch erforderlich und

4. die Sicherheit der hierfür notwendigen kerntechnischen Anlagen für so groß, daß durch den Ausbau dieser Technik keine unverantwortlichen (nb: es muß „unverantwortbaren" heißen) Risiken für die Bevölkerung entstehen.

5. Außerdem ist die Umweltbelastung bei Energiegewinnung durch Kernkraftwerke insgesamt niedriger als z.B. bei Energiegewinnung (nb: es muß „Energieumwandlung" heißen) durch Öl- und Kohlekraftwerke.

Gestatten Sie einem auf dem Gebiet der von Ihnen ansprochenen Problematik blutigen Laien nicht nur, Fragen zu den von Ihnen aufgestellten Statements an Sie zu richten, sondern würdigen Sie ihn auch einer umfassenden und sachkundigen Antwort - aber bitte öffentlich und nicht im Zuge eines Inquisitionsverfahrens hinter verschlossenen Betriebsratstüren. Meine Fragen lauten:

zu 1. Seit wann gibt es das Gesetz, nach welchem das [illegible]cht auf Arbeit, auch Sicherheit des Arbeitsplatzes genannt, an ein bestimmtes Produkt gebunden ist und mit diesem untergeht?
Sind die Mitarbeiter von Interatom unfähig oder unwillig, nach selbstverständlich vom Unternehmer zu bezahlender Umschulung andere als die bisherigen Arbeiten auszuführen, ohne einen Verlust an Sozialprestige und Einkommen hinnehmen zu müssen?

zu 2. Gestehen Sie zu, daß es eine sachliche Ablehung der friedlichen Nutzung der Kernenergie gibt, oder gehen Sie davon aus, Ablehnung sei a priori unsachlich?
Das Gegenteil von Ablehnung ist Zustimmung. Wer ist für die friedliche Nutzung der Kernenergie? Die EVU, die einschlägige Industrie, das Parlament, die Parteien, die Gewerkschaften, die Bevölkerung? Welchen Grad hat die jeweilige Zustimmung? Sind die, die zustimmen, immer sachlich? Ist z.B. die Parole: „Keine Kernkraftwerke, kein Strom!" sachlich?

zu 3. Welche Untersuchungen haben Sie herangezogen, um diese Behauptung zu belegen?

Haben Sie auch solche Untersuchungen berücksichtigt, welche die Interdependenz von Wirtschaftswachstum und Energieumsatz bestreiten?

Haben Sie überprüft, von welcher Seite die von Ihnen beachteten Untersuchungen in Auftrag gegeben worden sind, um so eine Gewichtung der Ergebnisse herbeiführen zu können?

zu 4. Wie groß ist das Ihrer Meinung nach offensichtlich zu akzeptierende „verantwortbare Risiko", und welche Folgen sind für die, die ihm ausgesetzt sind, damit verbunden? Stimmt es, daß die Grenzen des Ridikos durch das „ökonomisch Tragbare" bestimmt wurden und nicht durch das „technisch Machbare"?
Aufgrund welcher Erfahrungen und wissenschaftlicher Untersuchungen ist das zu akzeptierende Risiko festgelegt worden? Wer trägt die Verantwortung für die Fälle, in denen das Risiko Realität wird, und wie sieht diese Verantwortung aus? Etwa wie im Fall der Firma Chemie-Grünenthal (Stichwort Contergan?) Was ist die Verantwortung noch wert, wenn das an die Unmöglichkeit grenzende Unwahrscheinliche doch eintritt, mit Folgen, gegen die die Katastrophe von Seveso eine provinzielle Schmierenkomödie genannt werden kann?

zu 5. Auf welche Untersuchung stützen Sie diese Behauptung?
Von wem sind die von Ihnen herangezogenen Untersuchungen in Auftrag gegeben worden?
Haben Sie bedacht, daß Sei bei dem von Ihnen gewählten Vergleich nicht Vergleichbares gegenübergestellt haben?
Ist Ihnen bekannt, daß bei gleichem Umweltbewußtsein wie heute vorhanden die zu recht kritisierten Öl- und Kohlekraftwerke nicht mehr auf so leichtfertige Art und Weise ihre Abgase in die Luft pusten dürften? Selbst diese Kraftwerke geraten zunehmend in die Schußlinie von Bürgerinitiativen.
Aus welchem Grund versagen Sie sich einen Vergleich zwischen der Umweltbelastung durch die Abfälle aus Öl- und Kohlekraftwerken und denen aus Kernkraftwerken?

Schlußbemerkung:

Der von Ihnen initiierte Aufruf ist nicht nur nicht geeignet, zur notwendigen Erkenntnisbasis etwas beizutragen - im Gegenteil, er stiftet neue Verwirrung, weist er doch aus einige schwerwiegende Punkte hin, deren Behandlung dem Bürger dieser Republik nur ungenügend oder gar überhaupt nicht erfolgt zu sein scheint. Sie erreichen dadurch genau das Gegenteil dessen, was Sie wollten, Sie sichern keine Arbeitsplätze in der Kernindustrie. Sie gefährden Sie. Aber vielleicht ist das gut so. Denn immerhin gibt es Untersuchungen, die besagen, daß für jeden Arbeitsplatz , der in der Kernindustrie verloren geht, durch Aktivitäten auf dem Gebiet sparsamer Energieverwendung etc. zwei andere entstehen.

Sollten Sie meiner Absicht gemäß tatsächlich aus der Deckung hinter Schlagworten hervorwagen - ich stehe Ihnen zwecks öffentlicher Diskussion jederzeit zur Verfügung.
Die hier angeschnittenen Probleme sind zu ernst, als daß man sie einfach dem Wollen einiger wißbekittelter Technokraten zur Entscheidung überlassen könnte - denn sie wissen nicht, was sie tun.

Leute aus Energie-, Bau- und Forschungsbetrieben, bei denen sich ähnliche Probleme stellen, und die Informationen austauschen oder Öffentlichkeit herstellen wollen, sollten sich an H.-W. Krause (Anschrift wie oben; Tel. 02204/68933) wenden.

DREYECKLAND – NEUE LIEDER AUS WYHL

Die Badisch Elsässischen Bürgerinitiativen haben eine neue Doppellangspielplatte mit Liedern und Gedichten aus Wyhl Marckolsheim, Fessenheim und Kaiseraugst herausgegeben. Der Schwerpunkt liegt auf Liedern und Sändern der unmittelbar betroffenen Region, darunter Walter Moßmann, Ernst Born, Franz Brumbt, Franz Keck. Die Platte versteht sich auch als Beitrag zur Wieder- oder Neugewinnung einer eigenen Volkskultur. Einige der Sänger werden am 1. Mai nachmittags in der ARD-Sendung „Zweierlei Volksmusik" von Walter Moßmann und Peter Schleuning zu sehen sein. Die Platte DREYECKLAND Best. Nr. US-26/27 gibts beim Trikont Verlag, Josephsburgstr. 16, 8 München.

PFINGSTMARSCHPROGRAMM DER KKW–GEGNER UM KAISERAUGST

BASEL
6. April

Pfingstsamstag:
10.00 Uhr Besammlung beim Gelände des geplanten Atomkraftwerkes Kaiseraugst. Abmarsch Richtung Rheinfelden. Mittagessen beim „Schützenhaus".
16.30 Uhr bei Mumpf: Der Potonierverein bringt die Marschteilnehmer aus der Region um das geplante Atomkraftwerk Schwörstadt über den Rhein.
Abends auf dem Wabrig, dem Gebiet der heiß umstrittenen Atommüll-Deponie im oberen Fricktal: Die lokale Bevölkerung empfängt den Pfingstmarsch. Ein gemeinsames Fest (mit Dorfmusik und Festzelt) soll die Solidarität aller von Atomanlagen Betroffenen ausdrücken.
Übernachtung in den umliegenden Dörfern.

Pfingstsonntag:
Ab 8.00 Uhr: Abmarsch nach Stein
9.00 Uhr: Der „Atom-Express" der SBB verläßt Stein Richtung Leibstadt. In Leibstadt: Oekumenischer Pfingst-Gottesdienst und Alternativ-Programm. Kundgebung beim Atomkraftwerk-Bauplatz. Anschließend Marsch nach Koblenz. Der „Atom-Express" fährt von hier weiter nach Aarau. Übernachtung.

Pfingstmontag:
Marsch von Aarau nach Gösgen. In Gösgen große, nationale Kundgebung. Forderung: Sofortiger Baustop! Denkpause!

Der Pfingstmarsch ist das wichtigste gesamtschweizerische Ereignis der Atomkraftwerk-Gegner-Bewegung im ersten Halbjahr 1977. Es arbeiten alle Gruppen mit. Es geht um die Vereinigung aller Kräfte, die in unserem Land heute für einen vierjährigen Baustopp aller Atomanlagen eintreten. Bemerkenswert ist ebenfalls die neue Forderung im Zusammenhang mit den Atommüll-Deponien: Keine Sondierbohrungen für Atommüll-Deponien, solange in der Schweiz noch Atommüll produziert wird. Damit unterläuft man den Vorwurf, wir wollten nicht erkennen, daß das Atommüll-Problem schon existiert.

AUSSTELLUNG GEGEN ATOMENERGIE

KARLSRUHE
20. April

In Karlsruhe, Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Gartenstr. 29a, wird am 27. April eine Ausstellung gegen Atomenergie eröffnet. Auf dem Programm sind: Film aus Wyhl, Dichterlesung, Wüstenhagen-Erklärungen und noch mehr, außerdem noch ein Abschlußfest am 13. Mai.

„Die Ausstellung war als Gegenausstellung zu dem Wettbewerb „Wie sieht der Künstler das Kernforschungszentrum Karlsruhe" ausgerufen worden. Als die Gesellschaft für Kernforschung davon erfuhr, widerrief sie ihre Wettbewerbsausschreibung. Die Gegenausstellung findet dennoch statt."

BÜRGERDIALOG KERNENERGIE–KERNREAKTOREN UND UMWELTSCHUTZ

BERGNEUSTADT 10. April

Die Friedrich-Ebert-Stiftung lädt zu einem Seminar mit o.g. Thema ein, das vom 2.5. bis 6.5.77 in der Heimvolkshochschule in Bad Münstereifel stattfindet.

Für diejenigen, die sich dafür interessieren, wie die SPD-Stiftung den Dialog mit dem Bürger versteht, hier die Adresse:

Heimvolkshochschule Bergneustadt
Friedrich-Ebert-Str. 1
5275 Bergneustadt 1

BETRIEB

WIR LASSEN UNS UNSEREN 1. MAI NICHT NEHMEN – DGB–KREISVORSTAND GEGEN 1. MAI–DEMONSTRATION

WIESBADEN 18. April

Von Kolleginnen und Kollegen erhieten wir folgenden Bericht:

„Mitte März tagte der DGB-Kreisvorstand Wiesbaden, um über den diesjährigen 1. Mai zu beschließen. Zur Diskussion stand eine Kundgebung und eine Demonstration. Kundgebung ja — Demonstration nein!

Die Gewerkschaft HBV stellte als erste den Antrag, keine Demonstration wegen der Anwesenheit linker Gruppen stattfinden zu lassen. Rote Fahnen bei einer 1. Mai-Demo passen nicht in das Bild einiger rechter Gewerkschaftler.

Als dieser Antrag in der HBV bekannt wurde, mußte dieser auf Druck der Vertrauensleute wieder zurückgezogen werden. Als die politischen Bedenken, im DGB-Kreisvorstand nicht genügten, brachte der DGB-Kreisvorsitzende Erich Wilhelm technische Bedenken auf's Tablett. Er fragte die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften, für wieviel Demonstrationsteilnehmer die garantieren könnten. Diese Frage ist natürlich unbeantwortbar und nur ein Vorwand für einen politisch keimfreien 1. Mai. Das kennen wir auch vom 1. Mai 1933, bei dem bekannterweise auch keine roten Fahnen wehten.

Die Fraktionierung der einzelnen Gewerkschaften innerhalb des DGB-Kreises Wiesbaden zeigt sich dann bei der anschließenden Abstimmung:

IG Chemie, IG Drupa, IG Metall pro Demo -
ÖTV, GEW, HBV, BSE, NGG und alle anderen Gewerkschaften dagegen.

An der Diskussion über eine Kundgebung am 1. Mai hat sich die IG Drupa nicht beteiligt, da sie Bedenken über die Teilnahme unseres Ministerpräsidenten Holger Börner geäussert hat. Dieser hatte der vor wenigen Monaten in Wiesbaden stattfindenden Nazi-Veranstaltung „Freiheit für Rudolf Heß" eine Solidaritätsadresse geschickt, in der er bedauerte, nicht persönlich anwesend sein zu können. Da fragt man sich überhaupt, wie diese Einladung zustande gekommen ist, und welcher Gewerkschafter sich dafür stark machte.

Diese Vorgänge im DGB Wiesbaden müßten Anlaß sein für alle fortschrittlichen politischen Gruppen, Bürgerinitiativen, Frauengruppen, Vertrauensleutekörper, Schüler und Studenten eine eigene Demonstration mit eigenen Inhalten auf die Beine zu stellen. (Gegen Feste und Musik wäre auch nichts einzuwenden.)

WIR LASSEN UNS UNSEREN 1. MAI NICHT NEHMEN!"

STRASSENBAHNFAHRERIN PROZESSIERT GEGEN KÜNDIGUNG

FRANKFURT April 77

Vor dem Frankfurter Arbeitsgericht in der Addickesallee beginnt am Dienstag, 26. April, 11 Uhr, der Arbeitsgerichtsprozeß einer Frankfurter Straßenbahnfahrerin, die vor einem Monat gekündigt wurde. Grund der Kündigung ist, daß sie sich im vergangegen Jahr dafür eingesetzt hat, daß die Straßenbahnfahrer längere Pausen zwischen den einzelnen Fahrten machen können und die Wendezeiten an den Endstationen verlängert werden. Anlaß der Aktion war, daß - vor allem in der Hauptverkehrszeit - die offiziell festgesetzten Pausenzeiten zur Erholung der Fahrer nie eingehalten werden konnten, weil die Straßenbahnen Verspätungen aufholen mußten. Aufgrund ihres Einsatzes für eine humanere und sicherere Regelung wurde die Fahrerin sowie andere Fahrer, die mit ihr zusammen kämpften, zuerst permanent schikaniert und dann gekündigt.

SIEMENS FEUERT JUGENDVERTRETER

HANNOVER 8. April

Michael Piotrowski, Vorsitzender der Jugendvertretung bei Siemens in Hannover, ist fristlos gekündigt worden. Den Hintergrund bildet der Widerstand von Lehrlingen und Jugendvertretung gegen die Pläne von Siemens, 30 Lehrlinge nicht in die zweite Ausbildungsstufe zu übernehmen. Die Antwort der Geschäftsleitung war die fristlose Kündigung Piotrowskis, in dem sie den „Anstifter" sieht.

Die Geschäftsleitung hatte den zuständigen Meister schriftlich angewiesen, etwas zu finden, womit man gegen Piotrowski vorgehen kann. Am 9. März präsentierte die Geschäftsleitung dem Betriebsrat einen dicken Ordner mit Verweisen, Einsprüchen, Briefen usw., verlangte die Zustimmung zur fristlosen Kündigung wegen Verletzung des Arbeitsvertrages — und der Betriebsrat stimmte bei wenigen Enthaltungen zu. Die Mehrheit ist nicht einmal der Aufforderung Piotrowskis nachgekommen, sich wenigstens der Stimme zu enthalten.

Dann wäre Siemens nämlich gezwungen gewesen, die Verstöße vor einem Arbeitsgericht zu beweisen, und — das ist der springende Punkt — Michael wäre bis zum Abschluß des Verfahrens Vorsitzender der Jugendvertretung geblieben.

Genau das hat der Betriebsrat mit seiner Zustimmung offensichtlich verhindern wollen. Er hatte sich eine bequeme Lösung des Problems der 30 Lehrlinge, die nicht übernommen werden sollten, ausgedacht: Er schloß sich einerseits den Forderungen der Jugendlichen an, andererseits wußte er genau, daß die Verhandlungen scheitern. Damit sollte der Fall erledigt sein. Schwierig wurde die Angelegenheit für den Betriebsrat, als die Jugendlichen sich mit diesem „Verhandlungsergebnis" nicht zufrieden gaben, sondern durch Flugblätter, massenhaften Sprechstundenbesuch und einer Unterschriftensammlung für eine sofortige Jugendversammlung weiter für ihre Forderung mobilisierten und einen Prozeß gegen Siemens anstrebten. Da be-

kannten die Betriebsräte Farbe: Sie verschoben die bereits beschlossene Jugendversammlung auf einen Termin, wo die Kollegen, die nicht übernommen werden sollen, bereits aus dem Betrieb draußen sind. Ein klarer Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz'

Betriebsräte und Ausbilder bearbeiteten die Jugendlichen, gegen Siemens keinen Prozeß zu führen. Sie versuchten, die Jugendvertretung als „kommunistisch unterwandert" zu isolieren. Auch von der Industriegewerkschaft Metall ist die fristlose Kündigung Piotrowskis mit vorbereitet worden. Sie hat Piotrowski einen „strengen Verweis" ausgesprochen. Der Grund: Die Jugendvertretung hatte ein Informationsblatt veröffentlicht, gegen das nach langen Verhandlungen von der IG Metall keine Einwände mehr bestanden, das aber dem Betriebsrat nicht in den Kram paßte. Damit hat die Gewerkschaft Siemens grünes Licht für die Kündigung gegeben.

Auf einer Jugendversammlung wollte Michael eine Erklärung abgeben, wurde aber vom Betriebsrat nicht reingelassen. Dagegen wehrten sich die Jugendlichen, indem sie eine Pause beschlossen, rausgingen und mit Michael diskutierten.

Inzwischen hat Michael folgendes Flugblatt verteilt:
„Liebe Kollegen! ...In ihrem Kündigungsschreiben gibt die Geschäftsleitung als Kündigungsgrund mehrere Fehlzeiten während der letzten 4 Monate an.
Dazu möchte ich Euch Folgendes sagen:
1. Einige dieser „Fehlzeiten" sind nachweislich frei erfunden, weil ich während dieser Zeiten in meiner Funktion als Vorsitzender der Jugendvertretung tätig war und nicht am Arbeitsplatz sein konnte.
2. Einige dieser Fehlzeiten kommen dadurch zustande, daß ein von mir eingereichter Urlaubsschein heute nicht mehr auffindbar ist, bzw. in einem anderen Fall sich niemand in der Personalabteilung an eine telefonische Krankmeldung, die ich dort vorgenommen habe, erinnern kann.
3. Schließlich muß ich leider zugeben, daß es Fehlzeiten gibt, für die dem Betrieb keine ärztlichen Krankmeldungen vorliegen. Hier habe ich mich falsch verhalten und der Geschäftsleitung einen billigen Vorwand für die Kündigung geliefert. Bei Eurer Beurteilung dieses Fehlers bitte ich Euch zu berücksichtigen, daß diese Fehlzeiten während der Wochen der Auseinandersetzungen der JV mit der Geschäftsleitung und dem BR wegen der Übernahme in die 2. Ausbildungsstufe auftraten, während der ich vom Meister bis zum Leiter der Zweigniederlassung und auch vom BR massiv unter Druck gesetzt wurde. Das war eine Situation, in der man wenig dazu neigt, zur Arbeit zu gehen, wenn man sich gesundheitlich nicht auf der Höhe fühlt.
Auch wenn ich der Geschäftsleitung diesen Vorwand für meine Kündigung geliefert habe, so glaube ich doch, daß Siemens mit meiner Kündigung vor allem die Arbeit der Jugendvertretung treffen will.
In den letzten Monaten ist die Jugendvertretung wegen des Zwangsurlaubs und wegen der Nichtübernahme in die 2. Ausbildungsstufe für die Geschäftsleitung sehr unangenehm geworden. Sie hat sich weder von der Geschäftsleitung noch vom BR einfach abspeisen lassen, sie hat Siemens mit einem Prozeß wegen Nichterfüllung des Ausbildungsvertrages gedroht, sie hat sich ihr Recht auf Information der Kollegen nicht nehmen lassen, sie ist zusammen mit den betroffenen Kollegen bei der Ausbildungsleitung und beim BR vorstellig geworden, kurz: Sie hat ihre Rechte und die Rechte der Kollegen voll ausgenutzt. Gegen diese Art der Jugendvertreterpolitik der gesamten Jugendvertretung richtet sich meine Kündigung.
Es muß verhindert werden, daß die Geschäftsleitung damit durchkommt. Deshalb halte ich es auch für richtig, daß ich gegen meine Kündigung gerichtlich vorgehe, auch wenn keineswegs sicher ist, daß ich den Prozeß gegen meine Kündigung gewinnen werde.
Ich habe bereits den Vorstand des IGM; Vertrauensleutekörpers und die JV ermächtigt, alle Unterlagen, die mit meiner Kündigung zusammenhängen, einzusehen und zur Information der Kollegen zu verwenden.
Liebe Kollegen, ich bitte Euch um Eure Unterstützung.
mit kollegialen Grüßen
M. Piotrowski
(Nach: Sozialistische Arbeiterzeitung, c/o Andreas Berlin, Falkstr. 40, 6000 Frankfurt 90

ERFOLGREICHER STREIK GEGEN EINE ENTLASSUNG BEI HALLER

STUTTGART
18. April

Vom 6. bis 15. April 1977 streikten bei der Firma Haller in Stuttgart 140 Kollegen erfolgreich für die Wiedereinstellung eines entlassenen Vertrauensmanns.

Firma Haller GmbH, Fahrzeugbau, Stuttgart-Feuerbach, Mauserstraße 20, Inhaber Helmut Haller, beschäftigt zur Zeit 145 Arbeiter, 106 Angestellte und 28 Auszubildende. Haller macht Aufbauten für Nutzfahrzeuge (Müllautos u. ä.).

Seit einiger Zeit liegen die Kollegen mit der Firma im Clinch. Während in den letzten Jahren kurzgearbeitet wurde und in dieser Zeit die gleichen Produktionszahlen gebracht wurden wie ohne Kurzarbeit, verlangt die Firma jetzt Überstunden von den Kollegen. Von Betriebsrat und Kollegen wird dies eindeutig abgelehnt und die Einstellung neuer Arbeiter verlangt.

Auslösende Ursache für den Streik war die am 5. April 1977, 15.15 Uhr gegenüber dem Kollegen Werner Hübner ausgesprochene fristlose Kündigung. Dem Kollegen Hübner, seit 23 Jahren in der Firma tätig, Vorsitzender der Vertrauenskörperleitung, wird durch die Geschäftsleitung der Firma Haller vorgeworfen, er habe sich unberechtigt in eine Arbeitsablaufstudie (Akkordaufnahme), die am Nebenplatz vorgenommen worden ist, eingemischt. Was war wirklich geschehen? Vor einem halben Jahr hat Kollege Hübner eine Reklamation gemacht wegen seiner Vorgabezeit. Vor dem 6. April kam dann der Kalkulator und machte eine Zeitaufnahme bei seinem Nebenmann, ohne den Kollegen, den Betriebsrat und die Akkordkommission zu verständigen. Als der Kollege Hübner dagegen protestierte (Verstoß gegen den geltenden Tarifvertrag) und den Kalkulator darauf hinwies, daß bei der Zeitaufnahme ein zu großer Brenner für den Schweißer verwendet wurde, brach dieser die Zeitaufnahme ab.

Am 5. April 1977 kam dann die fristlose Kündigung. Am nächsten Morgen um 6.45 Uhr traten von den 145 Arbeitern (von denen 140 in der IGM organisiert sind) 142 in den Streik, nachdem die Firma die Proteste des Betriebsrats gegen die Kündigung ignoriert hatte. Die streikenden Kollegen, die zwischen 8 und 30 Jahren bei der Firma sind, verlangen die sofortige und bedingungslose Wiedereinstellung des entlassenen Kollegen. Firmenboß Haller begründete die Entlassung — nachdem er seinen Urlaub auf Sylt abbrechen mußte — damit: „Ich muß endlich durchgreifen, damit im Betrieb nicht jeder machen kann, was er will". Er kann auch nicht verstehen, daß 142 zu einem stehen. Doch die Kollegen sagen sich: Was heute dem Hübner passiert, kann morgen uns passieren.

Am 13. April wird der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg eingeschaltet. Mit der IGM wird bis Mitternacht verhandelt. Die Kapitalisten sind der Meinung: Man muß den Rechtsweg gehen. Wo kommen wir denn da hin, wenn jeder sein eigenes Recht durchsetzt? !
Sie machen dann den Kompromißvorschlag, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen und die fristlose Kündigung in eine fristgerechte zum 30. 6. 1977 umgewandelt wird. Im übrigen solle man gefälligst die Entscheidung des Arbeitsgerichts abwarten.

Am 14. April findet vor dem Werkstor von Haller eine Kundgebung der IGM mit etwa 400 Kollegen statt. Die Haller-Kollegen sagen ganz eindeutig: Dieses Angebot wird abgelehnt – genauso wie der Kollege Hübner auch ein Abfindungsangebot der Firma (gemunkelt wird von 50.000,-- DM) abgelehnt hat.

Von anderen Betrieben sind inzwischen 20.000,-- DM an Spenden für die Streikenden eingegangen, da der Streik von der IGM nicht offiziell anerkannt wird (wegen etwaiger Schadenersatzforderungen der Kapitalisten). Am Tag danach gab Haller nach, nachdem er vorher noch große Töne gespuckt hat, er könne den Streik auch 6 Wochen durchhalten. Der Kollege Werner Hübner wird ohne Vorbedingungen wieder eingestellt. Die Streiktage werden allerdings – außer den Osterfeiertagen – nicht bezahlt. Am 15. April, 10.00 Uhr, nehmen die Kollegen von Haller die Arbeit wieder auf.

WÜSTE ARBEITSBEDINGUNGEN IM BAUGEWERBE

BERLIN
15. April

„Seit September 1976 hat sich in der Fachgruppe (FG) der Angestellten in Architektur und Ingenieurbüros in der IG-BSE (Bau-Steine-Erden) zunächst gegen den Widerstand des FG-Vorstandes eine Redaktionsgruppe gebildet, um eine Informationsschrift herauszubringen. Die Kollegen sollen so über die Arbeits-, Ausbeutungsbedingungen in den einzelnen Büros, den Stand der Tarifverhandlungen und das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in diesem Bereich informiert werden.

Im November legte die Gruppe dem Landesvorstand Berlin eine Probenummer vor. Sie stieß dort mit dem Vorhaben auf großen Widerstand, da die Gewerkschaftsführung, die ihre Meinung in den offiziellen Gewerkschaftsorganen bereits wiederfindet, die Auffassung vertritt, daß die dort erscheinenden Inhalte auch uns genügen müßten. Es wurde versucht, die entstehenden Druckkosten als Argument zu mißbrauchen, um die Informationsbroschüre abzuwürgen. Durch die hartnäckige, langwierige Diskussion der Kollegen sah sich der Landesvorstand jedoch zu dem Zugeständnis von vorläufig zwei Nummern gezwungen.

Jetzt, mehr als ein halbes Jahr später, ist im März zwar endlich eine achtseitige Nummer unter dem Emblem der IG-BSE herausgekommen, doch hat durch den Landesvorstand in vier Durchgängen eine so hartnäckige Zensur stattgefunden, daß fast alles an fortschrittlichem Inhalt auf der Strecke geblieben ist. Der beigefügte Artikel hat die Funktion, den Kollegen, die besonders in letzter Zeit mit zunehmender Arbeitslosigkeit viel vom gelobten Ausland reden, an einem Beispiel aufzuzeigen, was sie dort tatsächlich erwartet. Er wurde vom Berliner Landesvorstand mit dem fadenscheinigen Argument, daß es sich um eine Auslandsangelegenheit handele, die nicht im zuständigen Tarifbereich liege, verboten."

„Die Berliner Baufirma Gustav Pegel & Sohn existiert seit über 100 Jahren (gegründet 1872). Das heute noch Pegel & Sohn genannte Bauunternehmen und Fertigteilwerk beschäftigt in Berlin etwa 500 bis 600 Arbeitskräfte. Ihre Mindestarbeitsbedingungen regelt der Tarifvertrag der IG Bau-Steine-Erden für das Bauhauptgewerbe.
Im März stieg die Firma mit einem Auftrag über 1,2 Milliarden DM in's Mittelost-Geschäft. Der Auftrag stammt vom Verteidigungsministerium des saudiarabischen Königreichs und umfaßt die Planung, gesamte Ausführung und Baumateriallieferung (außer Sand und Kies) für zwei komfortable Offizierswohnsiedlungen (700 Wohnungen zu 235 und 205 qm) im Zusammenhang mit einer Militärakademie. Im Projekt sind alle Folgeeinrichtungen von der Moschee bis zum Supermarkt inbegriffen. Die Siedlungen sollen innerhalb dreier Jahre schlüsselfertig in die Wüste geliefert werden. Alle Arbeitskräfte sind von der Firma Pegel & Sohn zu stellen, dabei dürfen keine saudiarabischen Bauarbeiter angeworben werden. Mittlerweile arbeiten außerhalb Riads mehr als 250 deutsche und 500 südkoreanische Arbeiter unter den Befehlen von etwa einem Dutzend Managern. Die vertraglich festgelegte Arbeitszeit beträgt für Deutsche 270 Stunden, für Koreaner 208 Stunden pro Monat. Das sind für die Deutschen 100 Stunden mehr als in der BRD; 208 Stunden entsprechen dem arabischen Arbeitsrecht. Die 270 bzw. 208 Stunden sind jedoch in Wirklichkeit nur eine formale Festlegung, normalerweise leisten die Arbeiter auf der Wüstenbaustelle unter skandalösen Arbeitsbedingungen 330 bis über 400 St Stunden je Monat bei einer Sechs- bis Siebentagewoche (siehe Pressemeldungen). Künftig sollen bei vollem Betrieb der Baustelle angeblich etwa 3.000 Arbeiter für Pegel & Sohn arbeiten, die größtenteils aus Ländern der Dritten Welt importiert werden.

Im selben Zeitraum, als man den Vertrag für den neuen Exportauftrag aushandelte, wurde aus der Auslandsabteilung der Firma Pegel & Sohn KG am 23. 3. 1976 eine juristisch eigenständige Firma, die Pegel & Sohn Consulting GmbH. Sie beschäftigt in Berlin-Marienfelde zur Zeit etwa 80 Angestellte (ohne Führungskräfte und etlichen Aushilfskräften). In diesem Unternehmen ist die Firma Sogex International GmbH vertreten, die zugleich für die teilhabende Firma Pegel & Sohn KG mithaftete. Am 19. 9. 1976 wurde Pegel & Sohn KG in Pegel & Sohn GmbH & Co. umgewandelt. Hier tritt die Firma Sogex International GmbH, Berlin, als Geschäftsführer und Alleinvertreter von Pegel & Sohn GmbH & Co. auf. Das Kommanditistenkapital stammt zu 87,5 % von Sogex International Ltd. in St. Hélier, Jersey, Channel Islands, und zu 12,5 % von den drei Brüdern Foitzik. Der Berliner Sitz von Sogex gehört wiederum zu 84 % zu Sogex International Ltd. und zu 16 % den Foitziks (siehe Handelsregister Berlin 10.275 und 9.484).

Es hat sich also die Firmengruppe „Sogex-Pegel" gebildet, die insgesamt mit Saudi-Arabien Baugeschäfte abwickelt. Angestellte von Pegel & Sohn GmbH & Co. wie von Pegel & Sohn Consulting GmbH werden mit Projekten für Saudi-Arabien beschäftigt. Sie haben darum gleichermaßen ein vitales Interesse an den Arbeitsbedingungen der in Riad beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

Das Geschäft mit dem Mittleren Osten läuft für die deutsche Bauindustrie schon seit einem guten Jahrzehnt. Der umständliche und äußerst kostspielige Export komplexer Bauanlagen über mehrere tausend Kilometer zeigt, wie die Krise der inländischen Bauindustrie für eine kleine Weile zu umgehen versucht wird. Das Angebot neuer Arbeitsplätze im Ausland ist also nicht Ausdruck einer Stabilisierung unserer Bauindustrie, sondern lediglich das Aufflackern eines neuen Exportmarktes — ein höchst gewinnträchtiges Geschäft mit der Dritten Welt.

Nachdem Organisation und Planung für den neuen Exportauftrag bereits angelaufen waren, wurde am 1. 7. 1976 die noch junge Belegschaft — der Großteil befand sich noch in der Probezeit — aufgefordert oder besser genötigt, ihre eigene Kündigung durch die KG zu unterschreiben mit der Zusage, sie in die Consulting zu übernehmen. Wer nicht einverstanden sein wollte, dem wurde vorsorglich gekündigt.

Sicherlich brachte die Firmenneugründung eine Reihe von Unternehmervorteilen; für die Kollegen hingegen bewirkte eine schlagartige Verschlechterung ihrer Lohnabhängigkeitsbedingungen. Indem sie über Nacht zu Angestellten einer Architektur- und Ingenieurfirma wurden, fielen sie gleichzeitig aus dem Geltungsbereich des Tarifvertrags im Bauhauptgewerbe. Ihr neuer Angestelltenvertrag — für viele der dritte seit 1976 — regelte beinahe nichts mit Gewähr:

- Zu leistende Überstunden werden nicht bezahlt, d. h. sie werden mit einer unterschiedlichen, unaufgeschlüsselten Zulage zum Grundgehalt (von 0 bis 330,-- DM) als abgedeckt erachtet. Die Zulage ist eine „freiwillige, jederzeit widerrufliche Leistung", die quasi als billige Versöhnung für die verlustiggegangenen Tarifvertragsbedingungen gewährt wird.
- Probezeiten werden mit bis zu sechs Monaten angesetzt und bedürfen an ihrem Ende keiner Kündigung.
- Das Einverständnis, in den Dienst anderer am Projekt beteiligter Unternehmen zu treten, ist gefordert.
- Gar nicht Vertragsgegenstand sind: ein Anspruch auf Weihnachtsgeld, ein Anspruch auf Urlaubsgeld, ein Anspruch auf Bildungsurlaub, ein Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen etc.

Im November 1976 fand die erste Betriebsversammlung statt. Die Geschäftsleitung unterbreitete der Belegschaft die angeblich düstere Auftragslage. Die technische Bearbeitung des Milliardenauftrags werde im März 1977 abgeschlossen sein; ein weiterer Auftrag wäre nicht vorhanden, so daß die technische Abteilung weitestgehend abgebaut werden müsse. (Gleichzeitig werden in allen Abteilungen Überstundenleistungen gefordert.) Die kaufmännische Abteilung könne jedoch noch bis 1978 beschäftigt bleiben.

Der dreiköpfige Betriebsrat der neuen Firma (seit dem 4. 10. 1976) ist der zweite in der faktisch selben Firma Pegel & Sohn, obschon Kollegen aus ein und demselben Betrieb am selben Projekt, jedoch zwei Firmen zugehörig, zusammenarbeiten. Die künftige Aktivität von Belegschaft und Betriebsrat wird darin bestehen, alle Möglichkeiten der Arbeitsplatzsicherung auszuschöpfen. Es müssen eine Gehaltserhöhung, die mindestens dem Tarifvertrag entspricht sowie die tarifliche Urlaubszeitverlängerung der jüngeren Jahrgänge erkämpft werden. Bei tariflosen Verhältnissen wird dies nur durch das einheitliche Zusammenhalten aller Kollegen Erfolg haben können. Die Spaltungspolitik der Geschäftsleitung hat bereits Maßnahmen gezeigt: nebst sehr unterschiedlichen Gehältern wurde einigen Kollegen zum Jahresende 1976 eine Prämie von 1.000,-- DM bezahlt, die übrige Mehrheit mußte sich mit einer Weihnachtsgans begnügen.

Die Geschäftspolitik des Hauses Pegel & Sohn und die durch sie zerschlagenen Errungenschaften der gewerkschaftlich organisierten Kollegen sind ein alarmierendes Zeichen für alle Angestellten in Architektur- und Ingenieurbüros. Um uns künftig vor der Willkür durch Firmenneugründungen wirksam zu schützen, müssen wir die Notwendigkeit erkennen, für einen Tarifvertrag, der unsere Mindestarbeitsbedingungen in Architektur- und Ingenieurbüros regelt, zu streiten. Zugleich müssen wir uns dringend um menschenwürdige Arbeitsbedingungen und rechtlich geschützte Arbeitervertretungen auf den Aulandsbaustellen stark machen. Dazu gehört zunächst eine starke gewerkschaftliche Organisation, die machtvoll unter dem Druck aller aktiv organisierten Arbeiter und Angestellten als Tarifpartner auftreten muß und kann. Darum ist es wichtig, Kolleginnen und Kollegen, trotz oft anzutreffender Bedenken, sich zahlreich in der IG Bau-Steine-Erden zu organisieren. — Nur gemeinsam sind wir stark!

Bis auf weiteres aus den heimischen und arabischen Wüsten!"

KLÖCKNER-HUMBOLDT-DEUTZ WILL BETRIEBSSCHLIESSUNG OHNE SOZIALPLAN ERSCHWINDELN

FRANKFURT 20.April *In der Frankfurter Niederlassung von Klöckner-Humboldt-Deutz sollen Werkstatt und Ersatzteillager geschlossen werden. 86 Kolleginnen und Kollegen sind davon betroffen. Durch Versetzungen in die KHD-Fabrik Oberursel und in eine „befreundete Firma" will sich KHD um einen Sozialplan, Abfindungen, Änderungskündigungen usw. herummogeln. Mitglieder der IG Metall verteilten am 18.April folgendes Flugblatt:*

KHD versucht mit Methoden, die seit 45 in der Bundesrepublik nicht mehr üblich sind, Kollegen und Kolleginnen unter Druck zu setzen!!

Der Personalchef persönlich und ein weiterer kamen mit ihren Privat-PKW's in die Niederlassung Frankfurt und verlangten, 5 bestimmte namentlich genannte Kollegen sollten sofort mit nach Oberursel fahren. Die verantwortlichen Vorgesetzten der Kollegen waren nicht anwesend, der Betriebsrat der Niederlassung Frankfurt wurde nicht informiert. Nur durch Zufall und durch die Aufmerksamkeit der Kollegen wurde der Betriebsrat informiert.

Was war die Ursache dieser hektischen Aktivität? Am 20.4.77 soll die Verhandlung über den Sozialplan erfolgen und die KHD hofft, vorher noch recht vielen Kolleginnen und Kollegen die Unterschrift unter die Versetzung nach Oberursel abzuschwindeln. Anders kann man diese Methode nicht nennen, wenn den Kollegen bewußt nicht die gesetzliche Möglichkeit gewährt wird, den Betriebsrat ihres Vertrauens zu Besprechungen mit der Geschäftsleitung mitzunehmen.

Doch der Betriebsrat war schneller! Vor dem Tor in Oberursel stand bereits der Kollege Betriebsrat Guggenberger, als der Personalchef und die Kollegen eintrafen. Kollege Guggenberger machte sie noch einmal auf ihre Rechte aufmerksam.

Trotz der massiven Beeinflussung, zu unterschreiben, hat sich keiner der Kollegen überreden lassen, einen Vertrag unter Druck zu unterschreiben. Selbst 3 leitende Angestellte der KHD vermochten nicht in Einzelverhandlungen die Solidarität der Frankfurter Kolleginnen und Kollegen zu brechen.

Was ist geplant? Wahrscheinlich wird die Personalabteilung auch am Montag antraben, um wiederum ohne Information an den Betriebsrat andere Kollegen nach Oberursel zu karren, und versuchen, die Unterschrift zu bekommen. Was können die Kollegen dagegen tun?
Verlangt, daß bei einem Besuch euer gewählter Betriebsrat bei allen Verhandlungen und Besprechungen anwesend ist. Unterschreibt keine Verträge vor der Entscheidung durch die Einigungsstelle oder Arbeitsgericht. Wartet ab!
Eure Gewerkschaft, die IGM, hat die Sache fest in der Hand, und euer Betriebsrat ist wachsam."

DAIMLER-BENZ SUCHT ARBEITSPLATZGERECHTE MENSCHEN AUS

STUTTGART 31. März — *„Plakat", Betriebszeitung für die Daimler-Werksteile Untertürkheim, Mettingen, Hedelfingen, Brühl brachte folgenden Bericht:*

„DER RICHTIGE MANN AM RICHTIGEN PLATZ?

Für die Belegschaft einigermaßen überraschend kam auf den letzten Betriebsversammlungen in Mettingen und Untertürkheim schon wieder ein neuer Plan der Werkleitung zur Sprache: Das Arbeitsplatzplanungssystem.

Direktor Hirschbrunn hatte zuerst gar nicht die Absicht, aber auch nur ein Wort über diese neue Sache zu verlieren. Auf den Versammlungen in Brühl und Hedelfingen am Tag zuvor hatte er noch nichts dazu gesagt. Das Thema wurde von Willi Hoss (Mitglied des Betriebsrates) aufgeworfen. Er erklärte, daß er und seine Kollegen im Betriebsrat nicht bereit seien, dem neuen System eine Pauschalzustimmung zu geben.

ARBEITSPLATZPLANUNGSSYSTEM – WAS IST DAS?

Das Arbeitsplatzplanungssystem wurde von einer Projektgruppe im Auftrag der Personalabteilung entwickelt. Es besteht aus einem Eignungsprofil (wozu eignet sich der Mitarbeiter) und einem Arbeitsplatzprofil (welche Anforderungen stellt der Arbeitsplatz). Beim Arbeitseinsatz wird ein Terminal (Bildschirmgerät) aufgestellt, das direkt mit einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage verbunden ist.

Die Frage lautet: Welcher Arbeitnehmer ist am besten für welchen Arbeitsplatz geeignet? Handelt es sich z.B. um den Kollegen mit der Nr. 55 56 57, dann wird diese Nr. über eine Tatstatur in das Terminal eingegeben. Auf dem Bildschirm erscheint das Eignungsprofil des betreffenden Kollegen. Danach wird das Eignungsprofil in das Terminal eingegeben, und auf dem Bildschirm erscheint der passende Arbeitsplatz für den Mitarbeiter Nr. 55 56 57.

MENSCHENGERECHTE ARBEITSPLÄTZE – ARBEITSPLATZGERECHTE MENSCHEN

Die Herren von der Projektgruppe Arbeitsplatzplanungssystem und ihre Auftraggeber sollten sich einmal zur Abwechslung Gedanken machen über die Würde des Menschen in der Arbeitswelt.

Unser Betriebsrat in seiner Mehrheit hat natürlich schon wieder grünes Licht gegeben. Die Firma kann mit seiner Zustimmung ihr neuestes System an 150 ausgewählten Arbeitsplätzen durchführen. Vielleicht überlegen sich die Betriebsratsmitglieder, vor allem diejenigen, die der IG-Metall angehören, was sie nun eigentlich wollen, menschengerechte Arbeitsplätze oder arbeitsplatzgerechte Menschen?

Dieses schlaue System, das wie „Tischlein deck dich" anfängt, könnte für manchen Arbeiter oder Angestellten wie „Knüppel aus dem Sack" enden.

Über jeden Arbeitnehmer bei der Firma Daimler-Benz sollten zunächst rund 70 Eignungsmerkmale zusammengestellt werden. Das geht von der Beherrschung der deutschen Sprache bis zu der Erschütterungsfähigkeit seiner Wirbelsäule.

Es liegt auf der Hand, daß jemand, der die deutsche Sprache nicht beherrscht, kaum an einem Arbeitsplatz zu gebrauchen ist, an dem man Formulare ausfüllen muß. Wer eine empfindliche Haut hat, sollte nicht mit Emulsionen oder dergleichen hantieren müssen. Für solche Erkenntnisse genügt aber der gesunde Menschenverstand, da braucht man keinen Computer, keine Profile und all das andere Zubehör.

FREIWILLIGE VOR!

Wer aber eignet sich besonders gut für...
...einen Hitzearbeitsplatz ?
...einen Lärmarbeitsplatz ?
...einen einsamen Arbeitsplatz ?
...einen unfallgefährdeten Arbeitsplatz ?
...für eine taktgebundene Arbeit ?
...für intensive und andauernde nervliche Belastung ?
Das sind alles Merkmale, die im Eignungsprofil und im Arbeitsplatzprofil aufgeführt sind. Wenn das zu dem Zweck gemacht würde, die Bedingungen an solchen Arbeitsplätzen zu verbessern, dann wäre das gut. So aber kann man nur sagen: Freiwillige vor !

Gespannt dürfen wir auch sein, welche Antwort der Personaldatencomputer geben wird, wenn ihm folgende Fragen vorgelegt werden: „Wer eignet sich besonders gut für das selbstständige Ausführen vielseitiger Aufgaben, z.B. für das Bedienen und Überwachen von Transferstrassen, Einrichten von hochwertigen Maschinen, spezielle Montage und Nacharbeitstätigkeiten, Vorarbeitertätigkeit ?"

Jeder Arbeiter, jeder Angestellte hat das Recht auf einen menschenwürdigen, seiner Gesundheit zuträglichen Arbeitsplatz und auf eine berufliche Zukunft. Kein Mensch eignet sich besonders gut für einen schmutzigen, heißen, lärmenden, taktgebundenen, einsamen, unfallgefährdeten Arbeitsplatz mit intensiver und andauernder nervlicher Belastung. Eine Arbeit, bei der es gilt, selbständig vielseitige Aufgaben zu bewältigen, das fordern wir für jeden.

UND WIE SOLLEN SICH DIE ITALIENER "ORGANISIEREN"?

STUTTGART 31. März — *„INCONTRI – Zeitschrift für Italiener und Deutsche" und der Betriebsrat (consiglio di fabbrica) von Alfa Romeo (Mailand) nehmen in der unabhängigen Betriebszeitung für Daimler-Benz-Kollegen „Plakat" Stellung zum Gewerkschaftsausschluß von Mario D'Andrea (siehe*

ID 72 und 75 vom 16. März und 13. April 1975).
Teseo Tavernese schreibt in INCONTRI unter anderem „Sich organisieren — aber wie?“:

Alle betonen, daß so wenige italienische Arbeitsemigranten in den Gewerkschaften organisiert sind, und alle finden es wichtig und notwendig, daß sich viel mehr im DGB „organisieren“. Aber wie? Und mit welchen Inhalten? Warum „organisieren sich“ die Italiener nicht? Der Fall Mario D'Andrea, Fließbandarbeiter bei Mercedes in Stuttgart, stellt dazu wichtige Fragen.

Am 12. Oktober 1976 hat der Vorstand der IG Metall nach Empfehlung einer Untersuchungskommission den Ausschluß D'Andreas beschlossen (nach § 11.1 der Satzung):

> **„Mitglieder, die nachweislich die Interessen der IG Metall schädigen, gegen die Satzung verstoßen oder sich beharrlich weigern, den Anweisungen des Vorstandes oder der Ortsverwaltung ihrer Verwaltungsstelle Folge zu leisten, können nach Durchführung eines Untersuchungsverfahrens aus der IG Metall ausgeschlossen werden.“**

In seiner Begründung führt der Vorstand aus, D'Andrea habe zwei Mal – 1972 und 1975 – auf Oppositionslisten zum Betriebsrat kandidiert. D'Andrea betont dagegen, daß er nicht auf einer „Oppositions“-liste kandidiert hat – 1972 waren alle Kandidaten Mitglieder der IG Metall und 1975 nur zwei von elf nicht (nämlich Hoss und Mühleisen, die 1972 bereits aus der IG Metall ausgeschlossen worden waren – ID). Die IG Metall hat in den Wahlen von 1975 vielfach mehrere Gewerkschaftslisten anerkannt: zwei bei Opel Rüsselsheim, Ford Köln und VW Hannover, drei bei Siemens in München und bei Klöckner in Bremen sogar sechs! Für die Liste, auf der D'Andrea kandidiert hatte, hatten 1972 3.000 Kollegen gestimmt. Die ausländischen Arbeiter machen bei Mercedes 42 % aus, aber auf der offiziellen Gewerkschaftsliste waren sie nur mit 5 von 28 Kandidaten vertreten.

Zum Ausschluß D'Andreas, der von einem Drittel der Kollegen – und vor allem von denen am Fließband – in den Betriebsrat gewählt worden war, hat die FLM (Federazione Lavoratori Metalmeccanici), die italienische Parallelorganisation zur IG Metall, Stellung genommen. Ihr nationaler Sekretär, Tridente, sagte im Westdeutschen Rundfunk:

„Die disziplinarische Maßnahme gegen Mario D'Andrea beschäftigt uns deshalb, weil damit eine kämpferische Position, wie sie die klassenkämpferischen italienischen Gewerkschaften haben, zurückgewiesen wird . . . Auf diese Weise lassen sich die Probleme der innergewerkschaftlichen Demokratie nicht lösen . . . , auch wenn es sich um harte Kritik der Arbeiter an der Gewerkschaftsführung handelt.

Für uns muß die Gewerkschaft ein Glashaus sein, durchsichtig; alle Arbeiter, vom einfachen Mitglied bis zum Funktionär, müssen gleiche Rechte und Pflichten haben . . Wir unterstützen deshalb Mario D'Andreas Einspruch. Diese Frage geht die gesamte Gewerkschaftsbewegung an, auch die italienische Gewerkschaft. Wir haben vor, dieses Problem mit der IG Metall zu diskutieren, und wir werden nicht schweigen.“

Der Gesamtbetriebsrat (Coordinamento Nazionale) von Alfa Romeo hat auf die Nachricht vom Ausschluß D'Andreas hin an den Hauptvorstand der IG Metall, an den Bezirk in Stuttgart und die Verwaltungsstelle in Eßlingen folgende Erklärung geschickt:

„ . . . Wir lehnen diese repressive Maßnahme gegen den Fließbandarbeiter D'Andrea ab. Sie richtet sich gegen das Engagement, das er und andere Kollegen für die Demokratisierung der Gewerkschaft und besonders für das Recht der Arbeiter gezeigt haben, ihre eigenen Vertreter direkt über eine Liste zu wählen, die den Willen der Basis respektiert. . . . Eine Gewerkschaftsorganisation, die direkt auf Vertretern der Basis aufgebaut ist, . . . trägt zur Einheit der Arbeiter . . . auf internationaler Ebene bei, die notwendig ist, um jeden wirtschaftlichen und politischen Imperialismus zu bekämpfen.“

„Plakat“-Adresse: c/o Peter Grohmann
Neckarstraße 179
7000 Stuttgart

WEITERE NACHRICHTEN ÜBER DEN HUNGERSTREIK

ZUM HUNGERSTREIK DER POLITISCHEN GEFANGENEN

FRANKFURT
21. April

Noch immer befinden sich in der Bundesrepublik und zum Teil auch im Ausland zahlreiche politische Gefangene im Hungerstreik (siehe ID 1972/1973). Der Durststreik, in den etwa zehn Gefangene getreten waren, als die Gefangenen aus der RAF voneinander und nach außen total isoliert worden waren, ist inzwischen abgebrochen worden. Die deutsche Sektion des Internationalen Verteidigerkommitees (IVK) in Stuttgart hat dazu am 10. April folgende Erklärung abgegeben:

„In Stammheim ist heute der Umschluß für die fünf Gefangenen aus der RAF in der bisherigen Form wiederhergestellt worden. Die Einzelisolation ist aufgehoben worden. Die Gefangenen haben den Durststreik beendet. Der Hungerstreik geht weiter.“

Wie wir erst jetzt erfuhren, sind in Arnhem (Niederlanden) drei Gefangene, zwei Italiener und ein Deutscher, in den Solidaritätshungerstreik getreten. Die Gefangenen vom Kommando Holger Meins (Stockholm-Prozeß) und die Gefangenen in Hamburg werden inzwischen zwangsernährt.

Erklärungen der Gefangenen im Solidaritätshungerstreik

Aus der Erklärung der Gefangenen vom 2. Juni (Berlin Moabit)

„ . . . fordern wir, daß die Gefangenen in Hamburg, Kaiserslautern, Köln, Essen, Werl, Straubing, Stammheim und Westberlin nach den Forderungen aller von den Gerichten in den Prozessen gegen die RAF bestellten Gutachter zu interaktionsfähigen Gruppen von mindestens 15 Gefangenen zusammengelegt werden!

Wir fordern außerdem

1. Abschaffung der Isolation und der Gruppenisolation in den Gefängnissen der Bundesrepublik und Westberlins, Auflösung der besonderen Isolationstrakte, in denen Gefangene zusammengebracht werden, um ihre Kommunikation elektronisch auszuschnüffeln und auszuwerten, Auflösung der besonderen Verteidigersprechzellen für Verteidiger aus politischen Prozessen, da in diesen Zellen ständig abgehört wird, Auflösung der Bunker und Beruhigungszellen, in denen die Gefangenen mißhandelt werden, ausreichende medizinische Versorgung und Zulassung und freie Wahl von externen Ärzten.

2. Die Untersuchung des Todes von Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof durch eine internationale Untersuchungskommission, die Unterstützung der Arbeit dieser Kommission und die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse.

3. daß von der Regierung öffentlich deutlich gemacht wird, daß die Meldungen, antiimperialistische Widerstandsgruppen hätten geplant,
   - 1972 in Stuttgart drei Bomben zu zünden,
   - 1974 während der Fußballweltmeisterschaft Raketenangriffe auf besetzte Fußballstadien durchzuführen,
   - 1974 das Trinkwasser einer Großstadt zu vergiften,
   - 1975 gestohlenes Giftgas einzusetzen,
   - 1975 mit atomarem Müll den Bodensee zu vergiften,
   - 1976 und 1977 Kernkraftwerke anzugreifen und nukleare, chemische und bakterielle Waffen einzusetzen,
   - 1977 einen Kinderspielplatz zu überfallen und Kinder als Geiseln zu nehmen
   - das Kommando Holger Meins hätte das Botschaftsgebäude selbst gesprengt,
   - antiimperialistische Widerstandsgruppen hätten die Anschläge auf die Bahnhöfe von Bremen, Hamburg, Nürnberg und München durchgeführt und andere versucht,

   Produkte der psychologischen Kriegsführung sind, daß sie lanciert und die Anschläge von Staatsschutzbehörden durchgeführt wurden, um die Solidarität mit den Widerstandsgruppen zu verhindern, sie zu isolieren, um sie vernichten zu können. ... "

Fritz TEUFEL, Ronald FRITZSCH, Gerald KLÖPPER, Till MEYER, Ralf REINDERS und Andreas VOGEL — seit dem 5. April 1977 im Hungerstreik

Die Anwälte der Gefangenen aus der Bewegung ‚2.Juni' haben sich folgenden Forderungen der Hungerstreikenden angeschlossen:

- *Integration ihrer Mandanten in den normalen Vollzug*
- *Zumindest Zusammenlegung von 15 - 20 Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen*

Unterzeichnet haben die Rechtsanwälte:

N.Becker, Elfferding, Goy, Grönheit, Müllerhoff,Schöndienst Spangenberg, Venedey

Aus der Erklärung der fünf Gefangenen in Berlin-Tegel

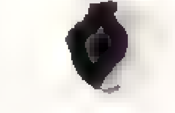
„ ... Wir unterstützen die Forderungen:

1. die Abschaffung der Isolation, Gruppenisolierung und der elektronischen Überwachung in den Gefängnissen der BRD,
2. die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission, die die Ermordung gefangener Genossen im Knast aufklärt,
3. ein öffentliches Bekenntnis der deutschen Bundesregierung zu ihrer in Zusammenarbeit mit den internationalen Geheimdiensten entwickelten Politik der psychologischen Kriegsführung zur Vernichtung der antiimperialistischen Widerstandsgruppen.

Zusätzlich fordern wir

1. Rückverlegung der im Zusammenhang mit der von Tegeler Gefangenen herausgegebenen unabhängigen und unzensierten Gefangenenzeitung DURCHBLICK in die Isolierung Moabit verschleppten Genossen Hans SONTAG, Uwe DROWSKI und Karl-Heinz NEUNDORF,
2. Aufhebung der administrativen Außerkraftsetzung von Grundrechten in der Haft, hier insbesondere Artikel 5 GG,
3. Einstellung aller Strafverfahren gegen Gefangene, die versucht haben, ihre grundgesetzlich garantierten Rechte im Knast wahrzunehmen."

Wilfried TANTS, Dieter ZIELKE, Gerd KONIECZNY, Claus BONEWITZ, Peter GRAMBERG — seit dem 8. April 1977 in Hungerstreik



Aus der Erklärung von Herbert Henrich, JVA Kassel I

„ ... Das Modell Deutschland läuft Orwell's „1984" davon. Die Exekution Buback's diente wieder als Vorwand zur Eröffnung einer globalen Menschenjagd, Diffamierungs- und Verfolgungsaktionen gegen alle Linken und Mordversuche an den hungerstreikenden Genossen. Die Genossen im großen Knast dürfen nicht glauben, daß dieser unbändige Vernichtungswille hier im kleinen Knast halt macht. Er dient — und es ist nur immer wieder zu wiederholen — der kollektiven Verhaltensmanipulation aller!!! Er macht sich fest, hier

- mit der Verschärfung der verschärften Isolation, als weitere Etappe der Vernichtungsstrategie — als schon perfektionierte Methodik der Desorientierung,
- mit fast zweijähriger Dauerisolation mit tageweisen Unterbrechungen, wobei die Unterbrechungen vordergründig abhängig von der Gefahr der Haftunfähigkeit geprägt waren, in IHRER Systematik aber nur das gesteckte Ziel der Desorientierung und ICH-Deformation beinhaltet. Denn es geht darum, Isofolgen, Erscheinungen, unwillkürliche psychische Reaktionen der unmittelbaren Gewalt zu entziehen, sie auf den objektiven und ideologischen Nenner zu bringen. Klappt das nicht, wird die Gefahr, im Terror der Gewalt aufzugehen und dem Wahnsinn der „basalen" Reaktionen zu verfallen, immer größer. Die Basis hierzu liegt im verunmöglichen der Orientierung, wie z. B. der plötzlichen Umstellung auf Halbisolation, dann wieder Isolation. Dieses Schaukelprinzip soll funktionieren, es darf es nicht! Der Kontext ist: der Bezug auf die eigene Identität, auf alles, was das Bewußtsein der politischen Identität, als SEIN bestimmt. Und zur Ergänzung:
- Verschwinden von Post, Manuskripten
- Besuchsverbote
- Keine Ausführung zu einer Beerdigung, trotz formalem Recht dazu
- Postbeschränkung auf drei Briefe zu zwei DIN-A 4-Seiten und zwei Karten
- Das Lineal bestimmt die Verteidigung: 30 cm Verteidigungsunterlagen, 10 cm Bücher

– Weder Rechte als Strafgefangener noch als Untersuchungsgefangener, beide heben sich auf, sie ergänzen sich in den Foltermaßnahmen: was die Strafhaft nicht legalisiert, wird von der U-Haft übernommen und natürlich umgekehrt.

Was bleibt und ist: die Möglichkeit, mit unserem Körper unsere Internalisierten Objekte zu verteidigen, unsre Idendität aufrecht zu erhalten. Ich fordere

- Aussetzung der Strafhaft
- Zurückverlegung nach Frankfurt
- Aufhebung der Isolation
- Zusammenschluß mit den anderen inhaftierten Mitgliedern des Gefangenenrats.

Der unbefristete Hungerstreik hat am 11. April 1977 begonnen.

Aus der Hungerstreikerklärung von Horst Herrmann, Frankfurt-Preungesheim:

„Ich bin betroffen, wenn ich hier miterleben muß, wie gefangene in der b- und dunkelzelle zu psychischen krüppeln gefoltert werden, wenn ich hier in der jva 1 frankfurt/main 1 die folge von isolation erlebe – ca. 7 selbstmordtote 1975, ca. 10 selbstermordete gefangene 1976, jährlich 60 - 80 selbstmordversuche von gefangenen, wenn ich vom tode beate fanders in lübeck lese,
von rakow in berlin,
von rohrmoser und krieger in hamburg,
von holger meins und ulrike meinhof,
von den gefangenen berg und siegfried fenneberger in frankfurt, von vielen zu vielen namenlosen anderen,
die alle durch isolation in vielfältiger form ermordet wurden.

ich bin schließlich auch betroffen durch die verdeckte form von isolation, der ich unterliege; freizeitbeschränkung, sehr kurze besuchszeiten meiner angehörigen, verweigerung auf zusammenschluß, betonblenden vor meinem fenster, hofgang auf überdachten etagenhöfen, nichtbearbeitung meiner anträge der gerichte, – die schon nur noch durch inkraftsetzen einer uvollzo-nummer ‚begründet' wird.

ich beginne den Hungerstreik am 5.4.1977.
der hungerstreik ist unbefristet."

Aus der Erklärung von Peter-Felix Keblys, Frankfurt-Preungesheim

„ . . . Der Hungerstreik ist Ausdruck meiner Solidarität mit den antifaschistischen Gefangenen, mit den subproletarischen Gefangenen, mit den internierten Kindern (JVA III Frankfurt), mit den jugendlichen Gefangenen in den Erziehungslagern, mit allen Gefangenen in der BRD und sonstwo, die Widerstand leisten gegen Ausbeutung, Entmündigung, Folter und Mord wie immer dies auch ausgeführt wird, und schließlich auch mit allen Gefangenen, die sich nicht mehr oder noch nicht wehren können. Solidarität.

Ich bin betroffen, wenn ich hier miterleben muß, wie Gefangene in der B-Zelle zu psychischen Krüppeln gefoltert werden, wenn ich hier in der JVA I Frankfurt die Folge von Isolation erlebe – ca. zehn selbstermordete Gefangene 1976, wenn ich vom Tode Beate Fander's in Lübeck lese, von Rakow in Berlin, von Rohrmoser und Krieger in Hamburg,von vielen, zu vielen Namenlosen anderen, die alle durch Isolation in vielfältiger Form ermordet wurden. Ich bin schließlich auch betroffen durch die verdeckte Form von Isolation, der ich unterliege; Nichtbearbeitung von Besuchsanträgen, Verweigerung auf Zusammenschluß, die schon nur noch durch Inkraftsetzung einer UVollzO-Nummer „begründet" wird.

Ich beginne den Hungerstreik am 5. April 1977. Der Hungerstreik ist unbefristet.

Peter Felix Keblys ist mittlerweile in das Knastkrankenhaus Kassel verlegt worden. Da ihn noch niemand besuchen konnte, ist weder bekannt, ob er den Hungerstreik fortsetzt, noch wie es ihm geht und ob er zwangsernährt wird.

Aus der Erklärung von fünf Gefangenen in Frankfurt-Preungesheim

„ . . . Es geht in diesem Kampf um unsere ureigensten Interessen, deshalb steht die Notwendigkeit unserer Teilnahme an dem Hungerstreik außer Frage. Die Erfahrung lehrt, daß das, was heute an bzw. mit den Gefangenen in Stammheim versucht wird, morgen grauer Repressionsalltag ist. Stammheim ist der Exerzierplatz eines militanten, menschenverachtenden Staats„schutzes". Als die Fahndungsmaßnahmen gegen die RAF immer offener militarisiert wurden, immer mehr den Charakter blanker Machtdemonstration des Staates annahmen, taten dies viele verängstigt als einmaligen „Ausrutscher" des Rechtsstaates ab. Heute werden z. B. in Brokdorf selbst friedliche Demonstranten aus der Luft angegriffen, mit Kampfstoffen, die seit dem ersten Weltkrieg als unmenschliche Waffen gelten (CN). Die „Putativnotwehr" hat sich zum „Todesschuß" in den Polizeigesetzen gemausert, der BGS wurde zur Bürgerkriegsarmee aufgerüstet (GSG 9) usw. Als Tatsachen bekannt wurden, die klarmachten, daß Isolationshaft Produkt der Verwissenschaftlichung der Folter ist (Isolationsforschung in Hamburg-Eppendorf, wo z. B. unter Mitarbeit der Bundeswehr Isolationsmaßnahmen und ihre Folgen getestet wurden), glaubten viele Gefangene, sie seien nicht davon betroffen – heute sprechen die Ergebnisse dieser Forschung aus der Architektur der Knastneubauten. Isolation wird zum Prinzip: Stammheim, Preungesheim, Bielefeld, Stadelheim, Ossendorf . . . Als die Verteidiger der RAF-Mitglieder verfolgt wurden, Verfahren verschleppt wurden, bis der passende Kronzeuge produziert war, hielt man das noch für einmalig, RAF-spezifisch. Heute ist es grauer Alltag. . . . "

Klaus DORFF, Tofe SHAKER, Peter MILBERG, Jürgen TRAURAS, Jürgen OTTMANN – seit 5. April 1977 im Hungerstreik

Klaus Dorff hat inzwischen den Hungerstreik abgebrochen. Dazu ging uns eine Erklärung von ihm zu:

„18. 4. 1977 Ausgangssituation: zwei Wochen Hungerstreik. Die Knastleitung/Knastarzt verweigert auch auf ausdrückliches Verlangen Vitamintabletten und Mineralwasser. Stattdessen Totalisolation und Sperre es Hofgangs/Einkaufs – unmöglich, sich zumindest mineralienhaltige Getränke zu besorgen. Gewichtsabnahme bei mir von 62 kg auf – geschätzt – 50 bis 52 kg. In den letzten Tagen zunehmende Kreislaufstörungen.

Am 18. April gegen 4.15 Uhr morgens werde ich wach, merke, daß ich in den Extremitäten fast kein Gefühl mehr habe. Versuche, durch Bewegung des Rumpfes, der Schulterpartie und des Nackens die Zirkulation wieder in Gang zu bringen. Kann die Gliedmaßen schließlich auch wieder bewegen, sobald ich mich einen Moment ruhig hinlege, schlafen die Arme und Beine sofort wieder ein. Ich versuche noch-

mal den Kreislauf durch leichte Bewegung in Ganz zu halten, was aber ein enormes Ansteigen der Pulsfrequenz zur Folge hat – wobei der Puls flach und flatternd wird. Schließlich halt ich's für besser, die Klappe zu drücken und nach 'nem Arzt/Sani zu verlangen, der mir ein Kreislaufmittel geben soll. (Das Problem ist, daß ich keine Informationen eines zuverlässigen Arztes über meinen Gesundheitszustand hatte, ich mußte mich auf Selbstdiagnose verlassen). Der Schließer in der Zentrale meldet sich auf mein Knopfdrücken, antwortet mir, der Sani käme in zwei Stunden. Ich sage, es ist dringend, Kreislauf kippt weg. Er: gut, der Sani kommt in anderthalb Stunden. bis dahin müßte ich warten. Ich kann mich mit Mühe auf den Beinen halten, sprechen, lasse mich in's Bett zurückfallen. Die geringfügige Anstrengung des Aufstehens hat gereicht, um die Pulsfrequenz nochmals zu steigern und die Zirkulation durcheinanderzubringen, wird heiß und kalt, will nochmal die Klappe drücken und Notarzt verlangen, bleibe aber lieber im Bett liegen, fürchte, auf dem Weg zur Sprechanlage zusammenzuklappen. Zu diesem Zeitpunkt sind die Schwierigkeiten am größten, rechne jetzt ernsthaft damit, daß ich in die Kiste hüpfe. Nach 'ner Viertelstunde vielleicht kommt der Schließer mit 'nem zweiten Typen an, fragt, wie's mir geht; meint, er könne nichts machen, er selber habe keine Ahnung, was zu tun sei, macht als einzige 'Sofortmaßnahme' das Fenster weit auf, sagt dann, der Sani käme ja um 6, haut wieder ab. Mir geht's dann etwas besser, mit einzelnen Rückschlägen, aber der Flash ist vorbei. Der Sani kommt dann aber tatsächlich erst um 7.40 Uhr, also 3 1/2 Stunden nach dem ersten Klappendrücken! Ich mache ihn darauf an, er sagt nur, jaja, sei eben schlecht hier, wenn nachts irgendwas ist, bestätigt, daß die einzige Möglichkeit in echten Notfällen der Notarzt sei.

Ich habe aus der Geschichte gefolgert:

- Die Knastleitung wußte, daß nach zwei Wochen Hungerstreik jederzeit die Gefahr eines Kreislaufkollapses besteht. Bei sieben Genossen im Hungerstreik war rein statistisch damit zu rechnen, daß das bei irgendjemandem im Laufe der letzten Tage passieren mußte. Trotzdem war niemand anwesend, der in der Lage gewesen wäre, wirksame Erste Hilfe in einem solchen Fall zu leisten.
- Alle Anfragen wegen Medikamenten, Mineralwasser, besonders aber Vitamintabletten wurden negativ beantwortet (völlig im Gegensatz zu anderen Knästen übrigens). Auch für die anderen Gefangenen wurden keine Vitamintabletten ausgegeben!
- Durch die Sperre von Hofgang und Einkauf wurde erreicht, daß sich die gesundheitliche Situation weiter verschlechtert. Beim Einkauf hätte die Möglichkeit bestanden, sich bestimmte mineralienhaltige Getränke ohne Kalorien selbst zu beschaffen.

Die Knastleitung hat – andere Schlüsse kann man nicht ziehen – darauf gepokert, daß einer oder zwei der Genossen im Hungerstreik draufgehen! Sie tun das immer noch, analog der Situation in Stammheim."

Der Preungesheimer Anstaltsleiter Klüsener hat inzwischen in der Frankfurter Lokalpresse verbreiten lassen, das sei alles gar nicht wahr, dem Klaus ginge es prächtig und die Isolationsmaßnahmen dienten nur seinem eigenen Schutz vor Infektionen.

Seit dem 18.4. ist Jürgen Tauras den gleichen Bedingungen unterworfen wie Klaus Dorff. Von Leuten, die ihn noch besuchen konnten, bekamen wir die folgende Meldung:

„Der mittlerweile schon berüchtigte Anstaltsarzt Dr. Paulsen hat „strenge Bettruhe" verordnet. Das kann in der Hungerstrelksituation tödliche Folgen haben, weil dann umso schneller der Kreislauf zusammenbricht. Um das ganze noch abzurunden, hat sich dieser Arzt auch geweigert, dem Gefangenen Vitamintabletten zu verschreiben.

Zustäzlich haben Anstaltsleitung und -arzt ihre Behandlungsmethode noch durch din Besuchsverbot ergänzt!

Heute morgen, am 20.4.1977, ist Jürgen dann voll zusammengeklappt. Er wurde auf die Krankenstation verlegt, wo die Isolation dadurch noch schärfer ist, daß beispielsweise keine Gegensprechanlage vorhanden ist, womit ein Arzt oder Sani SCHNELL gerufen werden kann.

Zu all dem existiert kein richterlicher Beschluß. Was hier abläuft, hat auch offensichtlich mehr mit den Interessen der Staatsschutzorgane zu tun. Hier wird ein weiterer Mord eiskalt einkalkuliert."

Hungerstreik gegen Zensurterror im Knast

„Seit dem 21. März 1977 befindet sich der Gefangene Werner Schlegel in einem unbefristeten Hungerstreik (siehe ID 171, 172/173). Dieser Hungerstreik soll der Forderung nach Informationsfreiheit für ALLE Gefangenen Ausdruck verleihen. Die Entwicklung geht dahin, immer weniger Informationen in den Knast rein und aus dem Knast raus zu lassen. Wenn in der Öffentlichkeit nicht bald etwas geschieht, sind die Gefängnisse in wenigen Monaten total dicht. Ohne Informationsaustausch aber können alle Gefangenen einzeln und lautlos fertiggemacht werden. Darum geht es ihnen. Deshalb der Generalangriff auf den spärlichen Rest der Informationsfreiheit und alternativen Informationsmöglichkeiten. Das steht in unmittelbarem Kontext mit der Vernichtungshaft.

Werner selbst ist einem ganz besonderen Zensurterror ausgesetzt. So bekommt er nichts, aber auch gar nichts Gedrucktes ausgehändigt, außer Tageszeitungen – den täglichen Lügen der Gegenseite. Dies ist um so schlimmer, da Werner, der für mehrere Zeitschriften als Autor tätig ist, die Arbeitsgrundlage entzogen wird. Werner betont jedoch ausdrücklich, daß sein Hungerstreik nicht nur darauf abzielt, seine persönliche Situation zu verbessern, sondern es ihm um Informationsfreiheit für ALLE Gefangenen geht. Außerdem dokumentiert er so seine Solidarität mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF. Um den Zensurterror zu bekämpfen, ist eine möglichst breite Öffentlichekt notwendig. Setzt deshalb alles daran, die Zustände in den Gefängnissen publik zu machen. Massenhafte Eingaben beim Justizministerium (Posser) könnte auch schon helfen. Wenn sie sehen, daß massive Öffentlichkeit da ist, dann bringt das vielleicht etwas. Aber Eingaben sind nicht alles.

Also laßt euch selbst was einfallen. Ihr habt schließlich euren eigenen Kopf. Laßt euch aber nicht zu lange Zeit. Am 8. April schrieb Werner: *„Schätze, zwei Wochen kann ich noch gut halten, auch noch einigermaßen Post beantworten. Dann wird's kritisch werden! Nun schön, wenn's schief geht: liegt's an euch, was draus wird, ob's Sinn hatte! Ob ihr endlich mal anfangt, um die Infofreiheit drinnen zu kämpfen. Was heute drinnen praktiziert wird, habt ihr morgen draußen!"*

Weitere Informationen über Verlauf und Erfolg des Hungerstreiks könnt ihr über die folgende Adresse bekommen. Es wäre gut, wenn ihr dort auch Berichte über eure Aktivitäten hinschicken würdet."

Schwarze Hilfe
c/o Rolf Löchel
Postfach 1421
6400 Fulda

Erklärung englischer Anwälte

„Als Mitglieder der Englischen Anwaltschaft möchten wir unsere tiefe Betroffenheit über die folgenden Nachrichten ausdrücken:

1. Die Verschärfung der Isolationshaft, in der die Stuttgart-Stammheim-Häftlinge gehalten werden. Wir bedauern insbesondere die Tatsache, daß die Begründung dafür die Ermordung des Generalbundesanwalts Buback ist, in die die Gefangenen nicht verwickelt sein konnten.
2. Die fortgesetzte Verweigerung von Rechten der Stammheim-Gefangenen, insbesondere das der Zusammenlegung, welches den gewöhnlichen Gefangenen gewährt wird.
3. Die fortgesetzte Behinderung der Strafverteidiger durch die Anwendung der neuen Strafprozeßordnung vom 1. Januar 1975. Die Kriminalisierung der Strafverteidiger Croissant, Groenewold und Stroebele.
Wir verstehen dies alles als Begründung der Gefangenen für die Aufnahme ihres Hungerstreiks, der zu ihrem Tode führen kann. Wir fordern die bundesdeutschen Verantwortlichen auf, die Behinderung der Strafverteidiger aufzuheben und den Gefangenen alle Rechte zuzugestehen, die allen Gefangenen in zivilisierten Staaten zugestanden werden.

Lord Gifford, Richard Harvey, David Watkinson, Helena Kennedy, Jeremy Smith, Owen Davies, Elisabeth Szwed, Richard Olfrey, Margarete Rae, Robin Allen, Henry Spooner, Joana Hall, Joana Dodson, Jane Wood, Margareta Russell, Sadie Robarts, Andrew Huxley, Nick Blake, Mike House, Madalena Còlvin, Ed. Rees, Sarah Foster, Mark George."
(Übersetzung: AStA Ffm.)

ZUM TOD VON BUBACK

FRANKFURT
21. April

1. Was soll ich sagen
von einem toten Menschen
der auf der Straße lag
zerfetzt von Schüssen

den ich nicht kannte
und nur wenig zu kennen glaubte
aus einigen seiner Taten
und einigen seiner Worte?

2. Dieses Stück Fleisch
war einmal ein Kind
und spielte

Dieses Stück Fleisch
war einmal
ein Vater voller Liebe

Dieses Stück Fleisch
glaubte Recht zu tun
und tat Unrecht

Dieses Stück Fleisch
war ein Mensch
und wäre wahrscheinlich

ein besserer Mensch
gewesen
in einer besseren Welt

3. Aber genügt das?
Könnte man nicht dasselbe
von anderen Menschen sagen
die eingingen in die Geschichte
befleckt und verurteilt
vom Nachruhm
ihrer Unmenschlichkeit?

4. Was er für Recht hielt
hat Menschen
schaudern gemacht

Was er für Recht hielt
hat dieses Recht
in Verruf gebracht

Seine Nachrufe waren
nur so
wie Nachrufe sind

5. Was er getan hat
im Leben
davon wurde mir kalt ums Herz

Soll mir
nun warm ums Herz werden
durch seinen Tod?

6. Der Abscheu vor ihm
half Herzen
verhärten wie seines

sein Tod
wird helfen
sein Lebenswerk fortzusetzen

Sein Tod wird helfen
das Denken
auf ihn abzulenken

und so verdecken das Unrecht
von dem dieser Mensch
nur ein Teil war

Schon darum
kann ich nicht ja sagen
zu seinem Tod

vor dem mir fast so graut
vor dem mir
fast so sehr graut
wie vor seinem Leben

7. Es wäre besser gewesen
so ein Mensch
wäre nicht so gestorben

Es wäre besser gewesen
so ein Mensch
hätte nie gelebt

*

Aus dem Buch von

E R I C H F R I E D : „So kam ich unter die Deutschen" — Gedichte

(erscheint Mai 1977 im Verlag Association)

KLEINE BERICHTERSTATTUNG
aus dem Tegeler „Lager"

„Mit Begeisterung und lautstarkem Jubel haben die Gefangenen der JVA–Tegel die Hinrichtung des Bundesanwalt Buback aufgenommen:

In der JVA Tegel herrschte am Donnerstag vormittag, den 7.4.77, die übliche - aufgezwungene „Ruhe". Kaum hatten die Gefangenen die Hinrichtung des BA Buback durch ihre Rundfunkgeräte und Lautsprecher erfahren, brachen sie in einen spontanen Jubel aus. Besonders im Haus III, wo die Kollegen auf den Gängen anfingen zu tanzen, während ein großer Teil Beifall klatschte.

Ludwig und seine Kohorten wirkten wie ein aufgescheuchter Hühnerhaufen; er selber fegte wie ein geölter Blitz zu seinem Vorgesetzten Mayer ...:

Wahrlich, die Gefangenen hatten und haben bei diesem Anlaß Grund zu jubeln, da sie, also wir, diese Verbrechen, Schikanen und praktizierten Selbstmorde u.a. täglich an eigenem Leibe verspüren, für die einzig und allein BA Siegfried Buback als letzter Mann dieses mörderischen deutschen Justizapparates in hohem Maße die Schuld und Verantwortung trug !!! Buback war und ist für uns eine Verkörperung für deutschen Faschismus und Sadismus innerhalb der BRD und Westberlin !! Die Hinrichtung von BA Siegfried Buback war und ist eine unmißverständliche Warnung an alle - JENE, Faschisten, die skrupellos wie vor 35 Jahren schon wieder unschuldige Menschenleben zerstören und vernichten ! Nun endlich muß es diesen zweibeinigen Raubtieren langsam dämmern, klar geworden sein, daß KEINER von ihnen, früher oder später, der gerechten Strafe des Volkes entgehen wird!"

DIE ALS ORDNUNG GETARNTE GEWALT
Pressererklärung des Jugendwerks Arbeiterwohlfahrt

Generalbundesanwalt Siegfried Buback wurde erschossen. Mit ihm sein Fahrer und ein Justizbeamter.

Wir fragen, wem dieser Mord dient. Und wenn wir weiter fragen, fallen uns Zusammenhänge ein und auf. Der amerikanische Geheimdienst CIA, soviel steht fest, hat in der Vergangenheit Mörder eingestellt und mit Anschlägen beauftragt.

Das Gegenstück zum CIA ist bei uns der „Verfassungsschutz." Die staatliche Gewalt nimmt den Anschlag auf Buback zum Anlaß, sich mannigfaltig zu betätigen.

Die geistigen Terroristen aller Parteien rufen wieder nach der Verschärfung der Strafgesetze, nach dem, was sie sich unter „Recht und Ordnung" vorstellen.
Als wäre es nicht schon jetzt fast strafbar, eine Meinung zu haben und sie auch noch zu schreiben.

Weiter zu den Einfällen der Staatsorgane:
In Frankfurt haben - bezeichnender Weise Beamten der Abteilung „Terrorismus" - in der Nacht zum Karfreitag das Jugendzentrum Bockenheim durchsucht. Angeblich, um die Mörder von Buback zu finden.

Zum Verlauf dieser Aktion sei der Artikel der Frankfurter Rundschau vom 12.4. Lektüre empfohlen. Das Jugendzentrum wurde von der Abteilung „Terrorismus" total verwüstet.

Wir haben die Zeit des tausendjährigen Reiches nicht aus eigenener Anschauung miterlebt. Nur, wir haben irgendwann angefangen, zu denken, zu lesen, uns unwohl zu fühlen. Freunde haben wir befragt, die diese Zeit miterlebt haben. Die heute noch sehr genau wissen, was Spitzel sind, nächtliche Verhöre, staatlicher Terror, SA-Schlägertrupps.

Hier, heute in der BRD haben wir noch keinen neuen Faschismus?

Die staatlichen Terroristen heißen nich SA oder SS, sondern Bundeskriminalamt, Verfassungschutz, Polizei, Staatsanwaltschaft Richter.

Darauf müssen wir uns einstellen.

ALARMFAHNDUNG UND RAZZIA

FRANKFURT 21. April *Wie zu erwarten, war der Anschlag auf Buback wieder eine willkommene Gelegenheit, Wohnungen zu durchsuchen (d.h. verwüsten), alle möglichen potentiellen „Symphathisanten" zu besuchen und nach ihrem „Alibi" zu befragen, bei bisher freundlich gesonnenen Nachbarn nach verdächtigen Besuchern nachzufragen, Materialen und Dokumente zu politischen Gefangenen zu beschlagnahmen, vorher genehmigte Veranstaltungen als „Anarchistenversammlungen" zu denunzieren und zu verbieten und so weiter.*

Erstmalig wurde in der BRD eine „Alarmfahndung" durchgeführt; d.h. praktisch sämtliche Gefahrenabwehrer der Republik stehen Gewehr bei Fuß und können eingesetzt werden. Es wurde selbst in der „Sportschau" spürbar: der Reporter verkündete, daß jetzt sogar die „Anarchoszene in den Wasserballsport hineinreicht". Bei einem Turnier in Krefeld bekam nämlich ein Nationalwasserballer, der unglücklicherweise auch Polizist ist, für den Wettkampf kein Dienstfrei!

Etwa tausend Leute wurden in der ganzen BRD nach ihrem Alibi für die Buback-Tatzeit befragt. Auf vorgefertigten Fragebögen wurden noch darüberhinausgehende Informationen verlangt. Den Betroffenen wurde nicht mitgelteilt, wessen sie beschuldigt wurden, und daß sie zwischen Tür und Angel auch die Aussage verweigern können. In der Presse konnten sie später nachlesen, was eh zu vermuten war: Die Überprüften seien „terroristischer Neigungen verdächtig„ (FAZ) und unterlägen einer vorbeugenden, „beobachtenden Fahndung"(Spiegel).

Die Klassifizierung dieses Kreises potentieller Gesinnungstäter geht offensichtlich außerhalb „rechtsstaalicher" Ermittlungen nur nach Vermutungen, Erkenntnissen und gefährlichen Kontakten. Mit anderen Worten, die schwarzen Listen, die nur hervorgeholt und abgechckt werden müssen, sind bereits computerfest zusammengestellt. Wie mit den denunzierten Leuten verfahren wird, ist nurmehr eine Frage der politischen Entwicklung.

Uns gingen eine Reihe von Berichten zu; wir haben den von Betroffenen aus dem Jugendzentrum Bockenheim ausgewählt, weil er uns exemplarisch erscheint für die praktische Umsetzung von Bundeskanzler Schmidts Parole: den „Sympathisanten" müsse begreiflich gemacht werden, daß sie Mördern moralischen Beistand leisteten (Regierungserklärung zur inneren Sicherheit, nach Frankfurter Rundschau vom 21. April).

"Am Donnerstag, den 7.April 77, um 20.30 Uhr stürmten ca. 60 bis 80 Bullen, - darunter ein Großteil Ziviler - in Bürgerkriegsmontur das Jugendzentrum Bockenheim in der Varrentrappstr. 38. Dabei wurde die Varrentrappstraße gesperrt und das um das JUZ herumliegende Schulzentrum (Siemesschule, Gutenbergschule) umstellt.
Im JUZ wurden Stahltüren und Stahlschränke aufgebrochen, Holztüren eingetreten und die Räume wurden total verwüstet: Stühle und Tische umgeworfen, Sofas umgekippt, Regal- und Schrankinhalte auf dem Boden zerstreut. Selbst vor den Küchenvorräten machte die Bullenwut nicht halt: Nudeln, Zucker, Reis wurden auf den Boden geschüttet.

Parallel zur Durchsuchung des JUZ wurden die Wohnungen von Vorstandsmitgliedern, JUZ–Besuchern und teilweise bei

Eltern durchsucht. Ca. 20 Personen wurden vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt (Ganz- und Kopffotos, Finger-und Handabdrücke, Gewicht, Größe, Personenbeschreibung). Begründung der Bullen: Die Verhafteten wären Mitglieder oder Unterstützer einer kriminellen Vereinigung oder es wurde ihnen erklärt, sie seien an der Erschießung des Generalbundesanwaltes Buback beteiligt gewesen.

Bei der Durchsuchung wurde sackweise „Belastungsmaterial" beschlagnahmt. (Schreibmaschinen, Video-Gerät und Filme, Fotos, Aktenordner, usw.) Durchsuchungen und Festnahmen liefen dabei unterschiedlich ab. Teilweise wurden die in den durchsuchten Wohnungen Angetroffenen mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt und die Wohnung verwüstet (Kommentar eines Zivilbullen: „Wir sind hier zum Arbeiten und nicht zum Aufräumen"), teilweise wurden nur die Personalausweise kontrolliert.

Am Samstag, den 9. April, konnten wir dann den offiziellen Grund der Durchsuchungen und Festnahmen in den Zeitungen lesen: Es wurde eine Geheimdruckerei gesucht. Im JUZ gibt es zwar eine Druckerei, die ist allerdings von der Stadt FFM finanziert und somit wohl nicht geheim.

War die Razzia also ein Fehlschlag?

Geht man von der offiziellen Begründung, Suche nach einer Geheimdruckerei, aus, dann ja. Aber die Gründe für die Durchsuchung des JUZ sind andere.

1. Die beabsichtigte Schließung des selbstverwalteten JUZ

Seit der Besetzung des JUZ im Oktober 74 ist es immer wieder Zielscheibe für Verleumdungen in der Presse (Schlägerzentrum, linksradikales Terrorzentrum), ein beliebtes Objekt für Anfragen und Schließungsvorschläge rechtsgerichteter Kreise sowie Überwachungs- und Einsatzobjekt für die Bullen. Durch die Razzia am Donnerstag und die Pressemeldungen ist natürlich wieder das Klima geschaffen, auf das JUZ einzudreschen und dazu noch Scheinlegitimationen zu besitzen, das JUZ endgültig zu schließen. Auf jeden Fall, das richtige Thema zur Profilierung einiger Rechtsstaatsfanatiker. Insbesondere jetzt nach der Wahl. CDU über 50 % und die SPD wird natürlich auch einige heiße Eisen fallenlassen, um damit vielleicht das Kommunale Kino oder das Historische Museum zu retten.

2. Unsere Solidarität mit den von Berufsverboten betroffenen Anwälten

Daß Besucher vom JUZ Kontakte zu linken Anwälten haben und auch diese Anwälte unterstützen, ist bekannt. Wir haben Veranstaltungen mit ihnen gemacht, auf denen sie über die Unmöglichkeit einer relevanten Verteidigung von politischen Gefangenen in der BRD berichteten. (Aktenunterschlagungen, Einführung von Kronzeugen, Beschlagnahmung von Verteidigungsunterlagen der Gefangenen, Isolationsfolter, Aussageverweigerung des Gerichts für Zeugen, Abhören der Gespräche zwischen Anwälten und Gefangenen, Kriminalisierung und Berufsverbote für Verteidiger der politischen Gefangenen etc.)

Wir haben versucht, für die Berufsverbotsverhandlungen der Assesoren Knöss und Düx zu mobilisieren und sind zur letztinstanzlichen Verhandlung von Mike Knöss zum BGH nach Karlsruhe gefahren. Der (Trug)schluß der Bullen ist also klar: Anwälte, dazu noch linke, die „Terroristen" verteidigen, sind verdächtig, diese zu unterstützen. Und wer diese linken Anwälte unterstützt, unterstützt die „Terroristen". Und somit hat sich der Kreis geschlossen.

Der Sozialarbeiter im JUZ hat bereits wegen eines von ihm nicht zu vertretenden Flugblattes, das zur Fahrt zur Berufsverbotsverhandlung von Mike Knöss aufrief, eine Vorladung zur Polizei bekommen. Es geht also auch darum, den Sympathisantenkreis um linke Anwälte, also die, die versuchen, Öffentlichkeit zu den totgeschwiegenen Berufsverbotsprozessen und ihren haarsträubenden Begründungen zu schaffen, zu kriminalisieren und einzuschüchtern.

3. Counterinsurgency (frei übersetzt: vorbeugende Konterrevolution)

Neben konkrete Ziele bei Hausdurchsuchungen (z.B. Suche nach Belastungsmaterial) tritt heute immer mehr das Vorabsolvieren und -einschüchtern. Wer auch nur ansatzweise verdächtig sein könnte, Sympathien zu linken Anwälten, politischen Gefangenen oder linken Gruppen zu haben, wer zu jemandem Kontakt hat, der dessen verdächtigt wird, wer auf teach-ins gesehen wird, wer an Demos teilnimmt, - er ist das Ziel polizeilicher Ermittlungen, liegt auch absolut nichts gegen die betreffende Person vor: eine Hausdurchsuchung kann ja nicht schaden.
Welche Bücher liest die Person? Welche Flugblätter liegen herum? Welche linken Posters sind an den Wänden? Welche Telefonnummern sind zu finden? Welche Adressen? Welche Personen werden in der Wohnung angetroffen oder sind auf Privatfotos abgebildet? Außerdem kann die Person gleich erkennungsdienstlich behandelt werden.

So hat man beim BKA Fotos und Fingerabdrücke gleich parat. Auf diese Weise gewinnt das BKA Informationen über Verbindungen zu anderen Personen, Freundeskreis, Lebensstil, politische Ansichten, Engagements usw. So sind bereits heute Millionen Bundesbürger beim BKA registriert. Nicht nur Namen und Passnummer usw., sondern sogenannte Psychogramme. Also neben den oben beschriebenen Sachen wie Freunde, politische Richtung etc. auch Daten über Verhaltensweisen, Sprach- und Schreibstil, graphologische Erkenntnisse, Emotionen (aggressiv, labil, leicht einzuschüchtern etc.), Werdegang (politisch, beruflich), Privatverhältnisse, Reisetätigkeiten usw. Diese Daten dienen dazu, eine vollständige Kategorisierung des Einzelnen zu erbringen. So kann innerhalb weniger Minuten Computerarbeit der in Frage kommende Täterkreis bei polizeilichen Ermittlungen stark reduziert werden. Diese Datenspeicherung dient jedoch nicht nur der Aufklärung, sondern ist gleichrangig auch eine vorbeugender Ansatzpunkt. Die Methoden, die angewandt werden, reichen von Einschüchterung (Hausdurchsuchungen, vorübergehende Festnahmen, Drohungen) über Vorbeugehaft (Unterstellung von angeblich geplanten Straftaten), Einschleusung von Spitzeln und Provokateuren, bis zum Lancieren von Falschmeldungen (Terroristen wollen bei WM Fußballstadien mit Raketen beschießen oder das Leitungswasser von Großstädten vergiften).
Es sollen also jegliche Aktivitäten von den leisesten Solidaritätsbekundungen an im Voraus unmöglich gemacht werden.

Durch die Zusammenfassung von Einzel- oder Gruppenerkenntnissen ist es für die Bullen dann auch wesentlich leichter, sich auf im voraus absehbare Proteste oder Demonstrationen (z.B. FVV) ideologisch und militärisch vorzubereiten und im voraus diejenigen auszusuch alten, von denen die meisten Aktivitäten zu erwarten sind.

Jüngestes Beispiel ist die Verhinderung von Solidaritätsaktionen zu den Forderungen der sich im Hungerstreik befindlichen Gefangenen in Frankfurt, Stammheim, Kaiserslautern, Düsseldorf, Hamburg etc. So wurde – neben den Durchsuchungen, die sich nicht nur auf das JUZ beschränkten – in Frankfurt ein Autokorso am 9. April in der Stadt aufgelöst. Jeder, der sich auch nur im Ansatz wehren will, soll von vornherein eingeschüchtert werden und som it ausgeschaltet werden.

KNAST–STORY

BIELEFELD 15.April — *Die Theatergruppe ,Maloche' informierte uns über ihr Stück: Knast-Story, ein Theaterstück über den Strafvollzug in der BRD. Dauer: 60 Minuten, anschließende Diskussion. Eine Eigenproduktion der Maloche nach Unterlagen und in Zusammenarbeit mit Gefangenengruppen und Organisationen, die sich mit Knastarbeit beschäftigen. 5 Szenen mit dem Inhalt: Arrest, Wärter, Medizin im Knast, Arbeit im Knast,Familie.*

„Jemand nennt sich Theatergruppe und erklärt gleichzeitig, daß das Wesentliche nicht das Stück, sondern die Diskussion hinterher ist. Wieso dann Theater? " (Jugendkunstschule Wanne-Eickel!) Die Meinung der MALOCHE-Gruppe:

„Gegen Knast! Der Knast muß weg! Wir spielen Theater für Leute, um die man sonst kein Theater macht, d.h. wir spielen nicht die antike Schlacht des großen klassischen Königs, sondern Stücke zum aktuellen Kampf des Volkes. Wir legen keinen Wert auf große Kulisse, Aufmachung und Stil, sondern vielmehr auf die Aussage eines Stückes. Wir wollen den den Zuschauern nicht ein paar schöne Stunden bereiten,sondern eine Situation klarmachen. Ihre eigene Situation. Keiner von uns hat – abgesehen von ein paar Jugendstrafen – selbst Knasterfahrung. Unsere Konzeption ist daher auch, als Außenstehende über die Probleme des Strafvollzugs zu informieren. Das Stück soll zeigen, daß der Knast den Gefangenen nicht hilft oder gar nutzt, sondern lediglich eines der Instrumente eines Ausbeutersystems ist, dem man sich entweder unterordnet oder aber systematisch kaputt gemacht wird.

Unser Stück „Mein Freund Conny" für 8-15jährige über den Kampf Jugendlicher für ein Jugendzentrum und einen Bolzplatz steht natürlich weiterhin auf dem Programm.

Unser Preis für eine Vorstellung ist Vereinbarungssache und bewegt sich je nach Finanzlage des Veranstalters zwischen den Fahrkosten für zwei PKW und 700 DM. Wenn wir mehrere Aufführungen machen sollen, kosten die weiteren kein Geld.

Weitere Informationen und Texte (letztere allerdings gegen Unkostenbeitrag) durch:

Kontaktadresse: Jacob Rohrbach,Buddestraße 1
4800 Bielefeld

DU SCHWEIN' WIE SIEHST DU DENN AUS ?

FRANKFURT 6. April — Am Mittwoch, den 6. April wurde im Frankfurter Steinweg das Denkmal des „REINEN ANWALTS" mit feierlichem Zeremoniell enthüllt. Etwa 200 ihrer demokratischen Einkaufspflicht nachgehende Passanten sowie geladene Gäste aus gutinformierten Kreisen wurden von der „Polizei" zum Absingen der Nationalhymne in würdiger Haltung aufgefordert.

Angesichts der vielen Ehrengerichtsverfahren, in denen die „Würde des Anwaltsstandes" gegen linke Rechtsanwälte wie Knöss, Plottnitz und andere „verteidigt" worden war, stellte eine Frankfurter Juristen-Initiative dar, wie man, frau, kind sich den „reinen Anwalt"vorzustellen hat: Schauspieler des nationalen Chaos Theaters veranschaulichten den stauenden Zuschauern, wie ein guter Anwalt mit weitgeöffneter Hand die besten Argumente für seine Mandanten sammelt: Je mehr du zahlen kannst, desto eher gewinnst du deinen Prozeß.

WIR MACHEN, DAß ES SICH VERÄNDERT

BERLIN 13.April — Film, 72 min. – Super 8 – Farbe – Magnetton – Berlin 1976 – Arbeiterkommissionen und Stadtteilbewegung in Barcelona 1976 – Der Film will am Beispiel der Arbeiter- und Stadtteilbewegung in Barcelona einen tieferen Einblick in die Kämpfe geben, die heute in Spanien geführt werden. Die Demokratisierung fällt nicht vom Himmel und auch nicht vom Thron, sondern muß von der Arbeiterbewegung, der Basis,Stück für Stück erkämpft werden. Zwei wichtige Organisationsformen sind dabei die Comisiones Obreras (CC.OO.) und die Stadtteilgruppen.

Im ersten Teil des Filmes berichten führende Vertreter der CC.OO. über Geschichte, Struktur und Politik der Kommissionen. Die praktische Arbeit auf Koordinationstreffen, Streikversammlungen, Demonstrationen wird dargestellt. Mitglieder der Belegschaft von Motor Iberica, die einen der längsten und wichtigsten Streiks des Jahres 1976 durchführten, erzählen über ihre Aktionen und Erfahrungen. In einem längeren Gespräch diskutieren drei Frauen, die in den Kommissionen mitarbeiten, die Rolle der Frauen im politischen Kampf in Spanien und die Schwierigkeiten, die dabei auftreten.

Im zweiten Teil wird zunächst die Arbeit einer Stadtteilgruppe in einem Arbeiterbezirk Barcelonas gezeigt. Ihr Kampf setzt an den unmittelbaren Bedürfnissen der Einwohner an. Danach berichtet die führende Mitarbeiterin einer Assoziation mehrerer Nachbarschaftsgruppen über den Aufbau, die Erfolge und die Schwierigkeiten der Stadtteilbewegung. Auch hierbei werden die Kampf- und Aktionsformen der Selbstorganisation in den Bezirken dargestellt.

„ Wir machen, daß es sich verändert" kann jederzeit (gegen eine Leihgebühr) ausgeliehen werden. Zu bestellen ist der Film bei: **Thomas Pampuch/Erich Rathfelder 1 Berlin 30, Eisenacherstr. 101, Tel. (030) 2165700.**

RUNDREISE PORTUGIESISCHER JOURNALISTEN IN DER BRD

FRANKFURT 20. April — Zur Zeit befinden sich einige Vertreter der linken unabhängigen Wochenzeitung 'Gazeta da Semana' auf einer Rundreise durch die BRD. Ihr Besuch soll einerseits über die aktuelle Situation in Portugal, besonders die Entwicklung der Basisorganisationen, informieren, zum anderen dient er der Unterstützung der Gazeta, die wegen finanzieller Schwieirigkeiten ihr Erscheinen vorübergehend einstellen mußte.

Die Gazeta erschien zum ersten Mal im März 1976, knapp drei Monate nach dem REchtsrutsch vom 25. November 1975. Sie versuchte, die Aufgaben der inzwischen von der Regierung geschlossenen Tageszeitung 'Republica' publizistisch fortzuführen. Die Gazeta versucht nicht nur, ihre Leser unabhängig von Parteiapparaten, die die Kontrolle über die anderen Zeitungen gewonnen haben, zu informieren, sie engagiert sich auch kritisch für die Basisbewegungen und für die Interessen der Frauen, also Themen, die in allen anderen relevanten linken Zeitungen weiterhin tabuisiert sind. Die Genossinnen und Genossen arbeiten zur Zeit daran, durch geeignete organisatorische Formen wie die Errichtung einer Kooperative, die finanzielle Basis für ein weiteres Erscheinen der Zeitung zu verbreitern; hierbei ist auch unsere Unterstützung hilfreich.

In den Informationsveranstaltungen werden auch einige kurze Dokumentarfilme über politische Aktionen in Portugal gezeigt, z.B. Landkooperativen und illegale Abtreibungen.

Nachfolgend sind die Termine der Rundreise angegeben, bei den veranstaltenden Organisationen sind nähere Einzelheiten zu erfragen — nur im Notfall auch beim ID:

26.4. Hannover
27.4. Hamburg (Veranstalter: Kommunistischer Bund)
28./29.4. Berlin (Sozialistisches Büro)
30.4. Göttingen
1./2.5. Stuttgart (Sozialistisches Zentrum)
3.5. Freiburg (Kommunistischer Bund)
4.5. Karlsruhe (Portugiesischer Verein)

STRASSE / MUSIK / KULTUR / FORTSCHRITT

FRANKFURT
19. April

Nach Anfängen in Frankfurt und München (ID 168) treffen sich die Asphaltaktivisten das nächste mal vom 20. bis 22. Mai in Lübeck. Eingeladen sind wieder Strassenmusiker, Strassentheatergruppen, Pflastermaler und dergleichen Leute, die sich auf der Strasse in kultureller und subkultureller Form betätigen. Danach ist ein Strassen- und Waldfest in Berlin zu Pfingsten vorgesehen und eine Woche später, 3.-5. Juni noch eins in Kiel.
NÄchste Kontaktadresse: Henry Pico Pateau, Engelsgrube 67, Glockengiesser Hof, 2400 Lübeck 1

ADM-Tagung
Gelaufen ist bereits eine Tagung des Arbeitskreises Demokratischer Musiker (ADM), wo es am 6.10. April um drei Schwerpunktthemen ging: Im Rotbuchverlag wird ein linkes Liederbuch erscheinen; wer dazu noch Texte und erklärende Zwischentexte beitragen will, schicke diese bitte eiligst an die ADM Adresse. Weitere Themen waren „Straßentheater" und „Folk Scene" hauptsächlich bezogen auf die Möglichkeiten im schulischen Musikunterricht. Über die Tagung wird ein ausführliches Info zusammengestellt, welches zu beziehen ist bei:
Arbeitskreis Demokratischer Musiker
c/o W. Fuhr, Ziegelmattenstr. 21, 7800 Freiburg

TRI BÜHNE
heißt die laut Impressum „linkslastige Zeitschrift für Kunst und Kultur der Initiative Fortschrittlicher Kulturschaffender — I.F.K." Diese Initiative will „über den Kampf gegen Zensur und Unterdrückungsmaßnahmen gegen fortschrittliche Künstler hinaus den Kampf gegen die politische Unterdrückung allgemein mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.". Bei der IFK machen verschiedene Polit-Rock-Gruppen (Oktober), Straßen- und Agitationstheater und andere Sänger mit. Einige davon bekennen sich zum KB (Kommunistischer Bund). IFK KONTAKT: c/o Kalla Wefel, Dillstr. 6, 2000 Hamburg 13

STRASSENMUSIK IN KÖLN
– Gespräch mit Klaus dem Geiger –

KÖLN
5. April

Der Tommi (T), Straßensänger aus München, hat mit Klaus (K), Straßengeiger und -sänger aus Köln ein Gespräch geführt. Über Musik, Straße, Freiheit, Kultur und Ähnliches. Das erscheint in voller Länge in der nächsten Nummer von „Unsere Stimme", der Musikerzeitung aus dem Trikont Verlag. Zu beziehen dasselbst, nämlich Josephsburgstr. 16, 8 München 80.

T.: Jetzt erzählt der Märchenonkel? !

K.: Jetzt erzählt der Märchenonkel Euch eine schöne Story, was mit der Straßenmusik los ist. Also mit der Straßenmusik geht das folgendermaßen: Man geht auf die Straße, packt seine Geige aus, stellt sich hin, fängt an zu spielen und wenn die Leute das mögen, dann spielt man weiter, bis man nicht mehr will oder nicht mehr kann und dann packt man seine Geige wieder ein. . . .

T.: . . Es sei denn, man spielt Gitarre. . .

K.: Dann packt man seine Instrumente wieder ein, geht nach Hause, zählt das Geld und macht irgendwat anderes, beschäftigt sich mit den Liedern, mit der Liebe und mit was der Deubel wat; und dann wahrt man sich als Musiker — ich sprech jetzt als Berufsmusiker — einfach eine große Freiheit. Bei der Straßenmusik, das wird dir auf die Dauer natürlich auch vermiest, weil jeder Job muß einem vermiest werden.

T.: . . . wenn's zur Routine wird. Ist ja klar, wenn du davon lebst, kann es natürlich leicht sein, daß das in Arbeit ausartet.

K.: Ja, also wenn das Arbeit wird, wird das natürlich schrecklich, aber solang's keine ist, ist das ganz schön. Nu' ist das allerdings, wenn du jetzt ganz der Arbeit entsagst, ganz und gar, dann kannst du auch irgendwie mit den vielen, vielen Leute, die da in unserem Land so leben, hinvegitieren, kannst du auch irgendwie nicht mehr, sagen wir mal, viel kommunizieren oder sagen wir mal, die sind irgendwo — na, sagen wir mal, sauer auf dich. Ob das nun der Neid ist. . .

T.: . . . Die Leute sind sauer auf dich, wenn Du auf der Straße spielst?

K.: . . . wenn ich nicht arbeite!

T.: Erkennen die das als Arbeit an, wenn du da stehst? Hast du da nie mal Ärger gehabt mit den Leuten, die sagen, geh doch arbeiten?

K.: Wenn ich jeden Tag da stehe, erkennen die das an, na klar, Am Anfang haben die schon mal sowas gesagt, weil, die sehen mich ja nur vielleicht einmal im Monat. Aber ich steh ja echt jeden Tag da — meistens wenigstens — und das haben die dann auch mitgekriegt und voll akzeptiert. Das ist dann 'n normaler Job, isses dann ja auch.

T.: Das ist aber wieder typisch deutsch, oder? Uns ham sie irgendwie so kaputtgemacht, daß wir Angst vor Freude und Spaß haben, hinter der nicht irgendwie auch Arbeit steckt und bei anderen akzeptieren wir das auch nur so.

K.: Ja, ja. Wenn das aber so läuft, dann ergeben sich sehr starke Probleme. Dann ergeben sich erstmal Probleme wie bei jeder andern normalen Arbeit. Die Geschichte, was machste mit dem zuhause. Zweitensmal, was machste gegen die Routine, die da einschleicht; oder du müßtest dich wirklich mit einem ungeheuren Energieaufwand gegen die Routine zur Wehr setzen, dadurch, daß du immer was neues bringst, das ist ne andere Möglichkeit, so hab ich mir das damals mal vorgestellt, hab das teilweise auch gemacht und machs, wenn's mich überkommt. Aber wenn's mich nicht überkommt und ich hab ne lahme Zeit, dann wird der Job wahnsinnig haarig Weil dann läufts leer, gibt's Leerlauf, dann tu ich als ob und dann stimmt's überhaupt nicht. Und das merkt jeder, ich natürlich besonders, wenn ich spiel. Und dann wird die ganze Geschichte wirklich zur Qual. Dann bleibt einem als freier Unternehmer, als freier Arbeitnehmer — der sich die Arbeit nimmt, wo sie zu holen ist, haha, — nichts anderes übrig als abzuwarten, bis man wieder im Lot ist und dann kann man wieder loslegen. Nun kommt außerdem dazu, unsereins schreibt ja seine Lieder selber, das geht ja nicht einfach so hopplahopp — das geht immer hopplahopp, aber da gibts ne lange Zeit vorher, die man zum Überlegen braucht und wo auch sehr viel Leerlauf drin ist, bis da einfach mal die Gehirnströme fließen, wie's Bächlein auf der Wieder, Und dann kann man innerhalb von 'ner halben Stunde manchmal ein dolles Lied zu Papier bringen, wenn dat mal rappelt, dann rappelt dat.

T.: Das gute an der Straßenmusik ist doch, daß du durch die Musik Bezug zur Realität hast, den du nicht hast, wenn du im Orchester spielst und oder. Da hast du zwar deine ORchester-Realität, aber das ist nicht die aus'm Leben, der einfachen Leute oder so und die kriegste halt auf der Straße voll mit. Und gerade, wenn du Lieder machst, dann brauchste das einfach.

K.: Ist klar, das ganze ist ungleich sinnvoller als sowat. Der Udo Jürgens hat's nich, der baut da entsprechende Klöppse. Es ist ja für Straßenmusiker schwierig immer am selben Ort zu spielen, die meisten reisen ja — aber wir spielen fast immer am selben Ort, deshalb.

T.: Das liegt aber wohl auch daran, daß es so keine Tradition mehr gibt. In Köln ist das ja wohl ein bißchen anders, aber in München gibt es ja auch viel Straßenmusiker, aber die kommen alle von außerhalb.

K.: Ja, hier gibt's ja noch die Alten, hier in Köln gibt's noch eine echte, gute Straßenmusikertradition. Da gab's die „Rabaun", vorm halben Jahr ist wohl der letzte gestorben. Kö hieß der Sänger, ach und Bluna und Jupp, Fiet. Wer jetzt noch ist von den Alten, das ist 'n ganz toller Typ, der heißt Hein Dix, Heiner Fritz, der ist auch schon über 70 Jahre alt. Eine ungeheurliche Energie und KRaft hat der noch drauf. Mit dem ham wir mal zusammen in 'nem Jugendzentrum gespielt, du, der hat uns alle an die Wand gespielt, aber total. Der hat son Gitarrenbanjo, wenn der mal loslegt, dann kannste überhaupt nichts mehr verstehen, da kann der Toni mit seinem dicksten Akkordeon nicht gegen an. Und der haut da rein, booh! Und da wird der ganz munter und total jung. Der singt eigene Lieder. Die Melodien holt der sich meistens von Schlagern, z.B. von Udo Jürgens mit der Pinte, der Kneipe an der Ecke. Da macht der dann da einen ganz wilden Text drauf.

T.: Und machen die das auch so professionell?

K.: Die Rabaun ham das jeden Tag gemacht, die ham das auch steuermäßig anders gemacht, die ham so'n Steuerbuch gekriegt von der Stadt, vom Ordnungsamt hamse 'ne Erlaubnis, 'nen Gewerbeschein. Da hamse dann immer eigetragen, was sie pro Tag so verdient haben und ham auch am Jahresende abgerechnet, Nullovert natürlich, ist ja klar. Ein Straßenmusiker bezahlt nämlich keine Steuer, das gehört zur Berufsehre, das ist immer so gewesen und wird auch immer so sein. Auch ein angemeldeter Straßenmusiker zahlt keine Steuer, wie sollte er denn. Beim Kö stand grundsätzlich pro Tag DM 37,50 drin. Montag DM 37,50, Dienstag DM 36,80. . . Samstag DM 39,33. Da brauchst du keine Steuern zu zahlen. Nu, wenn das zuviel war, dann hat er eben weniger verdient. Kein Problem, das ist doch nichts weiter als 'ne Sache des Schreibens.

T.: Dadurch ham die wahrscheinlich aber auch weniger Ärger mit den Bullen gehabt?

K.: Doch, na ja, wenn die sie verscheuchen wollten, dann ham die sich auch verscheuchen lassen. Bei uns ist das eben so, daß wir uns nicht ham verscheuchen lassen, deswegen ham wir natürlich schon mehr Ärger mit den Bullen als die. Weißte, die ham die Geschichte doch mehr anerkannt als System, in dem sie da gelebt ham. Die hatten zwar zu knacken an dem Leben in dem System, in dem sie da gelebt ham, aber, na ja, sie ham nicht dagegen gekämpft. Und da liegt ja wohl auch ein Unterschied zu den Jungen, zu uns. Da gibt's zwar auch ne Menge, die singen diese englischen Texte und diese Scherze, die ziehen von Stadt zu Stadt. Aber da gibts ja schon viele andere, Leute, die in der Straßenmusik unter anderm auch gerne ausdrücken, was ihnen stinkt am ganzen Leben hier. Jeder auf seine Art. Ihr da unten, hier der Jürgen, der Kurt, Fliege, Toni, also da machen auch mehr und mehr ihre Texte selber.

T.: Ihr seid jetzt zu sechst zusammen, ist das nicht schwierig, mit dem Geld und so?

K.: Ja, das ist viel fürs Geldverdienen. Wir können nicht mehr nur Straßenmusiker bleiben mit 6 Mann. Wir müssen da Veranstaltungen einbeziehen, sonst kommen wir nicht hin. Verdienst, na das ist wenig, auf der Straße verdienen wir zu wenig, geht ja immer geteilt durch sechs, ob da nun alle mitspielen oder nicht. Ist auch sehr verschieden, da ham wir mal 'nen Tag, da verdienen wir über 100 Mark und dann mal unter 100 Mark. Und unter 100 Mark, teil das mal duch sechs, das ist zuwenig.

T.: Und wie oft spielt ihr dann?

K.: 3 Sessions, das langt aber auch. Mehr kannst du gar nicht schaffen. Ist ja eine Riesenbrüllerei, und du mußt ja mordsmäßig Energie reinstecken, ist ja keine Unterhaltungsmusik in dem Sinne, wir tändeln uns da ja keinen ab, sondern wir ham so'ne Art politischen Anspruch dadrin; und das macht die Straßenmusik eigentlich so anstrengend. Wenn das nicht wäre. . . du mußt die Leute wirklich packen. Die Leute müssen erstmal stehn bleiben, dann müssen sie zuhörn und dann müssen sie außerdem noch zustimmen. Das sind 3 wesentliche Sachen, sonst kannste die ganze Straßenmusik vergessen. Stehenbleiben tun natürlich nicht alle, aber es müssen doch soviel bleiben, daß du sowas wie'ne Bestätigung und Sympathie merkst. Darauf bist du angewiesen. Wenn du im Konzert spielst, z.B. dann hören die automatisch zu. Sie haben bezahlt, dann sitzen sie da und lassen sich bedrüddeln. Das ist ein großer Unterschied, die ham sich vorher entschieden, jetzt sitzen sie da und wenns zu Ende ist, gehen sie wieder — vielleicht gehn sie auch zwischendurchraus, ärgern sich, aber normalerweise bleiben sie sitzen. Auf der Straße sieht das so aus, daß die Leute eben dran vorbeigehen — oder auch nicht. Und wenn sie stehenbleiben, dann muß was kommen. Was die LEute wirklich interessiert, sowohl musikalisch, als auch inhaltlich, die Story. Und da mußte dann wirklich arbeiten, das ist gar nicht so ohne, daß du da echt was Richtiges und Schönes bringst. Der Straßenmusiker-Job ist ein Job für die Leute. So frei du bist, was Arbeitsbedingungen und Zeit angeht, so abhängig bist du von der Sympathie der Leute. Aber weißt du, das ist 'ne Abhängigkeit, die ist sehr gut und angenehm. Denn diese Art von individueller Freiheit, wo du und nur du allein frei bist, egal was die anderen sind, das kannste dir sowieso in den Arsch stecken, das ist ja keine Freiheit. Das ist zwar 'ne Freiheit, aber die bringts ja nicht, bringt keine Befriedigung. Wenn die Freiheit 'ne Befriedigung bringen soll, dann muß 'ne Gemeinsamkeit drinstecken. Wenn die Gemeinsamkeit ausgeklammert ist, das ist ja gerade die kapitalistische Freiheit, die immer so angepriesen wird, da haste Ruhe vor deinem Nachbarn, ziehst ins Eigentumwohnheim, baust dir selber 'nen Häuschen, dann haste Ruh vor den ganzen Schweinereien. Oder, sieh zu, daß du viel Geld verdienst, dann brauchste dich mit dem ganzen Scheiß nicht mehr auseinanderzusetzen, dann biste frei davon. Das ist also so'ne Freiheit, die überall angepriesen wird wie ein Konsumartikel, mit dem gehandelt wird. Das ist ein wirkliches kapitalistisches Kulturverbrechen, das bringt dich nur in die totale Isolation. Und am stärksten sind die Bonzen selber in der Isolation, die sind wirklich arm dran, aber solln sie noch mehr darein kommen, hoffentlich krepieren sie dran. Und die werden auch dran krepieren, denen haben wir ja auch unsere eigne Isolation zu verdanken, von denen kommt wirklich nichts mehr, kann ja auch nicht. Kultur, solche Sachen kommen immer aus dem Volk raus, müssen einfach daher kommen, aus der Gemeinschaftlichkeit raus. Wenn die da ist, wenn Leute sich wie Fische im Wasser frei bewegen können, miteinander, nebeneinander, auch gegeneinander, ohne daß der eine den anderen auffrißt, das ist 'ne Freiheit, da bin ich für, da sind wir alle für.

T.: Aber von der andern Seite kommt doch noch ganz schön viel, wenn du so schaust, was die so vom Stapel lassen, also an Kultur, natürlich total kaputter Kultur, aber trotzdem fahren Leute da noch drauf ab. Mir ist es auch schon auf der Straße passiert, daß die Leute gesagt haben, so einer, der vergeudet

hier sein Talent. Der könnte doch gleich 'ne Platte machen, der könnte doch glatt im Fernsehen auftreten. Das ist ja son Punkt, daß versucht wird, einen zu vermarkten und die Leute sowas auch die Kopf haben, die sagen, sowas müßte in die Hitparade kommen, das haben sie mit dir ja auch schon gemacht?

K.: Ist ja klar. Aber sieh mal, die Klutur, die ist ja drin, in jedem Menschen. Jederbraucht die Klutur wie eine Pflanze Luft, Licht, Zeit, um bewußt zu werden, zu wachsen usw. Diese Luft, dieses Licht, diese Zeit hat hier keiner von den normalen Leuten. Wenn du arbeitest , hast du 'nen 8-Stunden-Tag, den Rest kannste mehr oder weniger nur noch rumhängen, vorm Fernseher und so. Durch diese Arbeitsteilung zwischen Beruf und Zuhause – da kommt dann noch der Familienterror, der Liebesterror, ja, da is ja auch überall Terror dabei – da geht alles kaputt. Da kann auch keine Kultur mehr hochkommen, die bleibt irgendwo in der Ecke hocken, aber da ist sie trotzdem. Da ist sie schon, das zeigt sich. Und wenn sie mal hochkommen kann, wie z.B. bei uns und wenn wir Erfolg haben und wir so gut ankommen, wie wir hier meist ankommen, dann haste den Beweis dafür, daß was anderes losgeht. Soll sich doch mal der Udo Jürgens oder der Heino auf die Straße stellen, da lachen doch die Hühner. Das machen sie natürlich nicht, so blöd sind sie nicht, sich ihr Geschäft zu verderben.



rechts oben Klaus, diesmal am waschbrett, links Toni mit Schildmütze und Quetsche zusammen mit anderen Straßenmusikern während des treffens in frankfurt

T.: Biermann habt ihr doch auch mal gefragt, ob er nicht mal auf die Straße will?

K.: Ja, Biermann, der hat 'n Bock gebracht, wo war dat denn – in Kassel. Der Jürgen war auch dabei und da hamse mit dem Biermann son bißchen geredet und so. Über was hamse da eigentlich geredet, achso ja, über die Veranstaltung in Köln in der Sporthalle. Da sagt der Biermann, das wäre so wunderbar gewesen, mit den vielen Arbeitern auf einen Haufen. Darauf sagte der Jürgen ganz trocken – also der ist ja nun Arbeiter, wir sind ja alle außer mir aus Proletenfamilien – da waren ganz wenig Arbeiter dabei, ich habe keine gesehen. Was, sagt er da, selbstverständlich, das war doch von der IG Metall, selbstverständlich war'n da Arbeiter. Sagt der Jürgen: dann weiß ich echt nicht, was ein Arbeiter ist. Das ging aber weiter. Jetzt fahren sie nach hause und der Jürgen ist getrampt. Und er sitzt da in 'ner Raststätte, trinkt 'nen Kaffee und wartet auf 'nen Wagen. Dann kommen der Biermann und der Wallraff, trinken auch Kaffee. Er haut sie an, wegen mitfahren, dann ist er mit denen bis Köln gefahren. Und dann haben sie nochmal angefangen zu reden, und dann hat der Jürgen ganz vertrauensselig dem Biermann 'nen Text von seinem neuen Lied gezeigt. Und zwar geht das ungefähr so: „Alle, die mit uns in den Kommunen wohnen, wollen nicht gerne alleine sein/ Jungen und Mädchen und Mädchen und Jungen wollen zusammen, wollen so gerne zusammen sein/ doch manchmal gibt es ein' handfesten Streit und aus ist es mit aller Freud/ zack und päng und wums und bumm, da geht der Streit los, da geht der Streit los, das ist doch wohl nicht des Lebens Zweck/ ja, wo komm'n denn die vielen Probleme her, das zu erraten ist gar nicht schwer, von der Erziehung, von der Erziehung, da kommen die vielen Probleme her/wir sind nicht zur Gemeinschaft erzogen, wir sollen immer alleine sein, sagten die Eltern, sagten die Lehrer, schaffe dein Glück nur für dich allein." Die letzte Strophe ist dann ungefähr: „Aber wir wollen das nicht mehr hörn, wir gehn jetzt gegen diese, also gegen diese ganze Sauerei vor, wir schließen uns zusammen, da sollen die Schweinehunde, die uns sowas eintrichtern und diejenigen, die sowas veranlassen, daß sie uns das eintrichtern, mal was erleben." Ein schönes Lied, einfach, wunderbar – da sagt der Biermann zum Jürgen, das wär nix, das wär nicht künstlerisch genug! Das ist interessant, gell? Ich find den gut, Biermann, irgendwie, also seine Lieder usw. Aber das ist natürlich 'ne Geschichte, wo er meiner Meinung nach voll falsch liegt. Weil, was heißt: nicht künstlerisch genug? Da steckt viel Mumpiz drin.

T.: Ich find das unheimlich künstlerisch.

K.: Wenn einer schon anfängt über künstlerisch zu reden und das als eine Bedingung stellt für irgendwas, also das Wort und der Sinn dieses Wortes, der gilt nicht mehr, für unsere Zeit nicht. Da gibt's ganz andere Sachen, die wir jetzt rausfinden müssen, was gilt und das ist der Inhalt, der Sinn und die Intensivität, die Energie, die drinsteckt und die Verständlichkeit, was die Form und den Inhalt anbetrifft. Das sind Kriterien für mich.

T.: . . . und wo du's spielst und für wen. . .

K.: Das ist ganz klar, wenn der Jürgen dieses Lied auf so'ner Großveranstaltung, wie der Biermann da normalerweise spielt – und wir hin und wieder ja auch, obwohl's uns stinkt – da würd er ausgelacht, möglicherweise, von diesen Typen, die so stark auf Biermann stehen. Das glaub ich sicher, aber soll der Biermann doch mal versuchen auf der Straße zu singen, bei der Masse der Menschen, den einfachen Leuten zu singen und das mal jeden Tag, also ich weiß nicht, ob da die Leute stehen bleiben würden. Oder, und das würde ich jedem Menschen und natürlich auch dem Biermann zutrauen, er würde sich drauf einstellen. Klar, woher soll er's denn auch wissen, diese Erfahrung mit der Straßenmusik, dieses ganz neue Gefühl, wo keine Bühne ist, der Biermann kennt ja kaum was anderes als die Bühne oder sein Zimmer, Zimmer und Bühne, d.h. Schallplatte oder Großveranstaltung, außerdem kennt er ja nur Fans.

Auf der Straße ist das ja ein hartes Brot, wenn du nicht ankommst, die Leute laufen vorbei. Ich kenn das von mir selbst, wie oft bin ich stehengelassen worden. Und wenn ich mir die Sache genau überlegt hab, dann wußte ich auch den Grund dafür und ich konnte ihn von mir aus verändern, d.h. die Schuld lag nicht bei den Leuten, sondern das kam erst gar nicht zu denen hin und das lag wiederum an mir. Ich hab mich gar nicht mehr so reinversetzt, daß ich's wirklich rüberbringen wollte zu den Leuten, mit viel zuwenig Energie. Da hab ich einen schlechten Job gemacht.

T.: Da fühlst du dich dann wie so'n Bettler, dem die Leute ab und zu was fallen lassen.

K.: Oh, und du wirst wahnsinnig böse auf die Leute, und wahnsinnig einsam fühlst du dich, biste dann ja auch. Und bist bitter, am liebsten möchteste volle Pulle reinschlagen, wirst glatt zum Terroristen. So böse wirste dann, daß sie dich nicht akzeptieren. Und das ist ein Blödsinn, weil, die akzeptieren dich schon, aber es kommt erst gar nicht dazu, daß was zu ihnen rüberkommt. Die enormen Reizungen,die auf der Straße sind, der Kaufreiz, die Luft ist voller Geräusche, die Straße ist voller Menschen, die aneinander vorbeirennen und sich dabei sehr unwohl fühlen und sich dabei trotzdem immerzu mustern und gucken und schnell wieder weggucken und wieder hingucken. Dieser ganze Scheiß der da immer so läuft an „zwischenmenschlicher Beziehung" in Bruchteilen von Sekunden.

Da laufen ungeheuerliche Dinge, aber da ist nichts ausgelebt, sondern es passiert bei den meisten Leuten nur im Unterbewußtsein, aber es hat eine starke Wirkung auf den Menschen. Das arbeitet den ganzen Tag lang und besondern, wenn du auf die Straße gehst und dadurch sind die gar nicht mehr aufnahmebereit für so'ne konzentrierte Geschichte, wenn irgendwo was läuft, was sie banspruchen könnte, da laufen die eben schnell dran vorbei. Und das ist eben der Punkt, wo ein guter Straßenmusiker die Energie einsetzen muß, daß er die Gleichgültigkeit der Leute , bedingt durch die Umstände auf der Straße, . – natürlich kommt die auch noch woanders her – durchbrechen muß. Diese Umstände der Kommunikation mit den Leuten, dieses scheinbar neutrale auf der Straße, diese Kaufanreize links und rechts – ich red jetzt von Fußgängerzentren, denn da muß der Straßenmusiker heuzutage hin, anders gehts nicht – dieses Schaufenster des Kapitalismus; und da muß der arme Straßenmusiker jetzt arbeiten. In dem Fall sag ich mal armer Straßenmusiker, obwohl ich ihn ja eben noch anders beschrieben habe, daß er wirklich gut dran ist – aber da ist er wirklich schlecht dran. Das ist schon haarig, aber 10mal so gut, als wenn ich in so'ner Prunkoper sitzen würde und müßte da sone komische Oper runterhauen, auch wenn sie noch so schön ist. Dieser ganze Glitter und Prunk, dieses blödsinnige Zeug und das in jeder Stadt und puuh was das fürn Geld kostet, kostet ein Schweinegeld und interessiert überhaupt niemanden bis auf ein paar Männeken.

T.: . . . und uns vertreiben sie aus den Fußgängerzonen! Wie war das überhaupt mit deinem Prozeß?

K.: Den letzten meinste? Ja, also immer wenn die vom Ordnungsamt meinen, sie könnten uns nicht mehr aushalten, sie müßten mal wieder was tun, dann holen sie was hervor. Jetzt hat sich das Ordnungsamt über ein halbes Jahr damit beschäftigt, uns jedesmal, wenn wir auf der Straße waren, 'ne Anzeige zu schreiben über 150 Mark. Den Grund ham sie sich auch schön rausklamüsert: Verkehrsbelästigung, Behinderung des fließenden Fußgängerverkehrs und 2x wegen Verkaufs von Schallplatten; diese Single „Herstatt-Blues", die ham wir da verkauft auf der Straße, die ging auch wunderbar, reißender Absatz, kann ich nur jedem Straßenmusiker empfehlen. Damit boykottierst du die ganze Schallplattenindustrie und ist wirklich 10x so einfach und gut wie so'ne Geschichte über irgend so 'nen blöden Schallplattenverlag laufen zu lassen. Ich meine, Trikont Verlach is ja jut, aber es gibt 'ne ganz andre Industrie, schrecklich. Kannste leicht so 10 Stück pro Mal auf der Straße verkaufen, das lohnt sich schon. Und die Leute freuen sich echt, mal was anderes und aktuelles zu kriegen, sowas gibts ja fast nicht in normalen Plattenläden.

Ja, jut, die ham also immer schön notiert und sind darumgeschlichen und ich hab dann immer schön die Dinger gekriegt, die Strafbefehle. Darauf hab ich nicht reagiert und dann kam's zum Prozeß.

T.: Haste den denn allein gehabt?

K.: Komischerweise alleine. Die Anzeigen gegen die andern sind niedergeschlagen worden irgendwie. . .

T.: Die sehn dich da als musikalischen Rädelsführer oder so. . .

K.: Ja, die sagen sich, wenn der da aufhört, dann hören die andern auch auf. Das wäre früher vielleicht so gewesen, aber heute ist das nicht mehr so. Heute ist die Situation total anders. Da sind wir alle richtig selbstständig geworden, da geht jeder, alleine oder mit andern. Jetzt hätten sie sich damit voll verrechnet, wir sind alle selbstständige Musiker geworden.

Ja, also sie hatten da ungefähr 40 Anzeigen gesammelt, es ging also um die Fußgängerzone und den Plattenverkauf. Ist natürlich ein Witz, aber die hatten die ganze Zeit schöne Bildchen geschossen, die sie da nun alle zeigten. Ich hatte natürlich vorher noch ein Liedchen dazu gemacht, kennste dat?

Wir sind zwei Herren, sehr unauffällig vom Ordnungsamte der Stadt Köln/
wir sollen wachen über die Sachen, die auf der Schildergasse nicht genehm/
vor allen Dingen muß es gelingen, daß unsere Bosse von Kauf und Co/
die Leute melken, die Leute verarschen, nur um ranzukommen an die Moneten/
wenn da ein Fiedler singt garstige Lieder, so daß die Leute zusammenstehn/
dann steht es schlecht um die Geschäfte, weil dann die Leute darauf nicht stehn/
ja, Recht und Ordnung, das sind so Sachen, für die wir beide im Solde stehn/
doch Recht und Ordnung, das ist ne Sache, die muß man eben nur richtig verstehn/
bei uns geht es zu, wie bei Roß und Reiter/
wer oben sitzt, der hat die Macht über das Recht und die Ordnung/
und aus dem Volk wird da ne Milchkuh gemacht.
Ein Reiter zu werden, das Recht hat ein jeder/
wir leben ja schließlich in Demokratie/
doch keiner ist Reiter ohne die Pferde und darum also züchtet er sie/
nun, sitzt erst der Reiter, sitzt der auf dem Pferde und hat in den Händen die Zügel der Macht/
dann ist sein Bestreben und Sinnen im Leben, daß er die andern zu Pferden sich macht/
und da kommt der Fiedler und singt garstige Lieder und dies ist ein garstiges Lied/
schmeißt runter den Reiter, denn wenn er fällt, dann schreit er/
und fällt er in den Sumpf, macht der Reiter plumps.

Das ist natürlich dufte angekommen, die Kölner ham sich krank gelacht und das ham wir so 2 Monate gesungen. Damit hat das ganz Köln gewußt und die Leute waren irgendwie auf unserer Seite und damit der Prozeß gewonnen. Denn damit hatten wir die Öffentlichkeit auf unserer Seite, die Bevölkerung, und wenn du die auf deiner Seite hast, dann kann dich kein Gericht auf der ganzen Welt verurteilen. Dat ham die alle gesagt die Leute, da gab's Leserbriefe an Zeitungen, die waren wild, diese Arschlöcher vom Ordnungsamt, was machen die mit unseren Steuergeldern und die Zeitungen selbst, die ham seitenlang berichtet , der Kölner Stadtanzeiger und so, die sind ja auch scharf drauf, die Öffentlichkeitsströmungen für ihre Sachen auszunutzen. Wenn sie genau sehen, daß die und die Leute erfolgreich sind und dann sehen sie immer zu, daß sie sich irgendwie ranmachen und die sozusagen in ihrem Sinne interpretieren.

T.: Und dann gabs Freispruch?

K.: Nä, Freispruch, das is zuviel verlangt. Eingestellt wurde die Sache mit dem Verkehrsbehindern und wegen dem Reisegewerbeschein wurde ein Deal gemacht. Das muß ich erzählen, das war ja 'n toller Prozeß. Das ging los und der Richter sagte also, ja, sie sind ja nun angeklagt wegen Verkehrsbehinderung. Sag ich: wie soll ich denn den Verkehr behindert haben, wer sagt denn das eigentlich. Na und dann holte der vom Ordnungsamt also seine hübschen bunten Bildchen hervor, 'ne ganze Bildermappe war das und dann gingen also alle nach vorne zum Richtertisch, um die sich anzugucken. Und der ganze Saal hinten war voll, und etwa alles Langhaarige, so wie wir, sondern echt Kölner Bevölkerung, von jung bis alt, alle auf meiner Seite. Einer sauste da immer rum mit 'm Till Eulenspiegel Buch und wollte das unbedingt dem vom Ordnungsamt schenken, mit 'ner Widmung drin. Der sagte, hier sollste mal lesen, vielleicht wirste dann was schlauer. Und die hatten ganz schöne Muffe, toll. Aber wenn sie mich kriegen wie neulich, dann ham sie mich auch ganz schön verdroschen, aber is egal. – Also, diese Fotos, die waren noch nicht amal gut fotographiert, das war doch kein Beweis. Sag ich, ja, wo is

denn eigentlich die Behinderung. Und der Richter sagte auch: ja, Herr. . . also ich sehe hier auch nicht so recht. . . — ja, aber es haben sich doch Leute beschwert, sagte da der vom Ordnungsamt. — Ja, wer hat sich da denn eigentlich beschwert? — Geschäftsleute haben sich beschwert, murmelte der so halb — und der Richter machte da so'ne Bemerkung, als ob ers nicht gehört haben wollte — mein Rechtsanwalt darauf: Also, es hat sich gar niemand beschwert! Aber in dem Augenblick hab ich anders geschaltet und weiter gedacht, sag ich dann: Entschuldigen Sie mal, Herr Richter, es hat sich eben doch einer beschwert, er hats zwar nur gemurmelt, aber er hat gesagt: die Geschäftsleute ham sich beschwert. Und es sind auch immer nur die Geschäftsleute, die sich beschweren, diese verdammten Geschäftsleute, die meinen, daß sie die ganze Straße gepachtet haben, daß ihnen die Straße gehört, obwohl sie im Grunde genommen an unsereins verdienen — und wurde also echt ein bißchen böse. Hinten großes Volksgemurmel, 50 Leute oder mehr und der Richter: ich bitte mir Ruhe aus, und dann: also die Bemerkung des Angeklagten ist wohl kaum im Sinne des Prozeßfortgangs, ich hab den Eindruck, daß das mehr agitatorisch gemeint war. — Der Rechtsanwalt hat mir dann noch so gewinkt, ich soll das sein lassen. Aber ich hab mir gesagt: nä!: Aber entschuldigen Sie mal, Herr Richter, ich seh überhaupt nicht ein wieso das jetzt eine agitatorische Bemerkung gewesen sein soll, wenn Sie hier dafür da sind, die Wahrheit rauszufinden, und wenn er sagt, wer eigentlich die sind, die sich beschwert haben, und ich hab das nun nur noch mal bestätigt und dann sagen Sie, dadaurch daß ich das bestätige, wär das 'ne agitatorische Bemerkung — dann weiß ich überhaupt nicht, was hier gespielt wird.' Und alle kriegen solche Glupsaugen davorn, aber solche Dinger und gucken mich an, als ob ich vom Mars wäre. Der Richter sagt dann: Ja, also Herr (Ordnungsamt). Wie, ehem, wie war das, Sie, Sie sagen also, also Sie sagen, die Geschäftsleute hätten sich beschwert? — Da sagt der glatt: Nä! So mein ich das gar nicht! — Auweia, da hat der Richter aber gemacht, daß er von dem Punkt wegkam. — Also lassen wir das doch jetzt mal.— Und damit hatte ich schon gewonnen.

Und dann fing der Richter also mit dem Schallplattenverkauf an! : Also hier auf dem Foto verkaufen Sie doch Schallplatten, stimmt das? — Na ja, das kann schon mal vorgekommen sein. . . — aber da fällt mir der RA ins Wort und sagt: Nein, nein, die Schallplatten werden doch nicht verkauft, die sind doch nur vom Verlag übernommen, die sind doch alle schon vorher bezahlt, der Herr vom Wrochem (so heißt der Geiger) hat im Grunde dabei gar keinen Verdienst, das geht doch direkt vom Verlag. Das ist ein ganz normaler Vertrag mit dem Trikont-Verlag, daß er da für ihn die Platten verkauft. — Dann haben sich der RA und der vom Ordnungsamt noch eine Zeitlang gestritten, ob das jetzt kaufmännische Betätigung wäre oder nicht und mein RA meinte, dazu gehörte ja wohl auch, daß man Gewinn mache usw. und hin und her. Und der Richter meinte dann: Ja, also das müssen wir jetzt mal klären — und dann sind die alle nach vorn und fingen an zu mauscheln. Das ging dann babbel, babbel davorn und hinten im Saal da wurd es unruhig: was machen die denn da! Was bedeutet dattan? Ach lasse doch babbeln! — Das ging da vorn hin und her und plötzlich kommt mein RA zu mir: Also, die Bedingung ist, daß du dir ne Reisegewerbekarte zulegst. — Hab ich abgelehnt. — Ja, wieso? — Wenn ich jetzt ne Reisegewerbekarte anfordere, was ist dann mit den vielen Straßenmusikern eigentlich, die dann keine haben? In dem Augenblick bin ich schon wieder isoliert und das ist ja nicht der Sinn der Sache. Entweder ich bin Straßenmusiker, das urälteste Gewerbe der Welt, der Menschheit. Das ist ein ehrenwerter Beruf, schon seit eh und je gewesen, über die Jahrhunderte hin, besonders, weils meistens immer arme Leute sind. Und wir brauchen sowas nicht, wir sollten wirklich davon verschont bleiben, von der ganzen bürokratischen Scheiße. ' Dann ging also der RA wieder nach vorn und dann ging das wieder los, babbel, babbel, babbel. . . und derRichter: kommen Sie doch mal alle in die Ecke. Und dann sind sie alle da in die Ecke rein, die Presse ist da auch mit hin, die ham da auch mitgebabbelt und dann war da noch 'ne Ratsfraktion von 2 oder 3 Mann, die sind da auch noch hin und ham mitgebabbelt — öffentlich! Stell die das mal vor! Hinten saß das Volk und guckte da zu. Dann kam der RA wieder und sagte: Also, wenn du das nicht machst, dann kriegste die nächsten Prozesse rein, aber der will jetzt mit dir 'nen Deal machen: du brauchst also keine Reisegewerbekarte fürs Gewerbe, sondern nur fürn Verkauf von Schallplatten — na und ich: Ja, also Mann, was soll ich denn machen? — Mach das! hat der RA da gesagt, und ich: ok.— mach ich. — Habs dann aber doch nicht gemacht, hahaha!

UNVERÖFFENTLICHTER LESERBRIEF AN HENRI NANNEN

WESTBERLIN 9. April *Seit einigen Wochen erscheint in der Illustrierten „Stern" eine Artikelserie mit dem Titel „Folter 77" über die Zustände in den Gefängnissen, bisher über die in der dritten Welt. Detlev Müllerhof, Rechtsanwalt des 2. Juni-Gefangenen Till Meyer, hat dazu einen Leserbrief verfaßt, der im „Stern" bisher nicht abgedruckt wurde:*

„Sehr geehrter Herr Nannen!

Zu dem Folterbericht aus einem uruguayischen Konzentrationslager lassen Sie mich einen Aspekt hervorheben: „Gefangene und Besucher dürfen einen Kuß austauschen; Gefangene dürfen mit ihren Kindern spielen", immerhin dies, muß ich da leider anfügen. Denn als Verteidiger eines politischen Gefangenen im hiesigen Moabiter Gefängnis muß ich mitteilen, daß diesbezügliche Anträge für meinen Mandanten, Herrn Till Meyer, vom höchsten deutschen Gericht zurückgewiesen worden sind. Denn auf Grund der Tatsache, daß jeglicher körperlicher Kontakt meines Mandanten mit seinen Verwandten von den Anstaltsbeamten verhindert wurde, hatte ich am 27.1.1977 beim zuständigen Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs beantragt: „Es wird dem Beschuldigten gestattet, anläßlich von Verwandtenbesuchen diese in ihm genehmer Weise zu begrüßen und körperlich zu berühren, insbesondere auch zu umarmen und zu küssen; der minderjährige Sohn des Beschuldigten darf auch auf seinem Schoß Platz nehmen." Diesem Antrag trat die Bundesanwaltschaft entgegen mit dem Argument, „die unbefugte Weiterleitung insbesondere von kleinen Gegenständen" sei dann „nicht unmöglich." Der Herr Ermittlungsrichter schloß sich dem an, obwohl bekannt ist, daß sowohl Mandant als auch Besucher vor jedem Besuch gründlichst durchsucht und durchleuchtet werden. Auch die Beschwerde dagegen wurde verworfen: der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (er)fand noch einen weiteren Grund: „daher können Umarmungen und Küsse dazu benutzt werden, Mitteilungen auszutauschen"; „insoweit könnte sogar der minderjährige Sohn als Nachrichtenübermittler mißbraucht werden."

Die in diesen Ausführungen liegenden unterstellten Pläne und Beschuldigungen gegen Verwandte meines Mandanten gehen in ihrer Ungeheuerlichkeit m.E. noch über das Maß der uruguayischen Behörden hinaus. Derartige Ausführungen gewinnen noch umso mehr Absurdität, wenn man weiß, daß Besuche — übrigens wie in Uruguay — nur alle zwei Wochen zulässig sind, und daß derselbe Verwandte etwa alle acht bis zehn Wochen wieder an der Reihe ist.

Ich kann daher nur hoffen, daß in Ihrer Serie „Folter 77" ein Teil auch der Realität der BRD-Gefängnisse gewidmet sein wird. In diesem Fall gehe ich davon aus, daß viele meiner Kollegen Ihren Recherchen entgegenkommen würden.

Hochachtungsvoll Detlev Müllerhof, Rechtsanwalt."

PROZESS GEGEN R. OTTO UND K.H. ROTH

KÖLN 15. April — 28. Prozeßtag am 15. April

Das Gericht hatte für den heutigen Tag seine Entscheidung über die Anträge der Verteidigung angekündigt, die Haftbefehle gegen die Angeklagten aufzuheben. Angesichts der Ergebnisse der bisherigen Beweisaufnahme gingen nicht nur die ständigen Prozeßberichterstatter davon aus, daß entsprechend den Anträgen der Verteidigung verfahren werden müßte.

Zu Beginn der Verhandlung gab Draber bekannt, mit dieser Entscheidung sei nach der Mittagspause zu rechnen. Nach Beendigung der öffentlichen Sitzung um 10.45 Uhr erörterte die Verteidigung in der nichtöffentlichen Sitzung die von der Staatsanwaltschaft abgegebene Stellungnahme zu den Anträgen auf Aufhebung des Haftbefehls. Nachmittags, außerhalb der Hauptverhandlung, kam die Entscheidung:
Die Haftbefehle gegen die Angeklagten bleiben aufrechterhalten!

Die Begründung der Entscheidung erfolgt schriftlich, sie ist z.Zt. nicht bekannt. Das Gericht wird vermutlich darauf abstellen, daß die Sachverständigen noch gehört werden müssen, bevor über die Frage des „dringenden Tatverdachts" entschieden werden könne.Wir können hier nur eingehen auf die Stellungsnahme der Staatsanwaltschaft, die jedoch schon deutlich zeigt, wie die Staatsanwaltschaft versucht ihr Anklagekonstrukt zu retten. In der Stellungsnahme der Staatsanwaltschaft heißt es u. a.: „Die bisherige Beweisaufnahme hat ... nichts dafür ergeben, daß Roth nicht versucht hat, von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen. (Und:) Es haben sich ... im bisherigen Verlauf der Beweisaufnahme keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Angeklagten nicht in stillschweigendem Einverständnis mit dem verstorbenen Sauber gehandelt hätten."

Beide Sätze signalisieren, wie die Staatsanwaltschaft unter entgültiger Preisgabe des strafprozessualen Beweisverfahrens ihre Anklage versucht über die Hürden zu retten. In der Hauptverhandlung durch die Beweisaufnahme sind nicht die angeklagten Taten zu beweisen, sondern die Unschuld der Angeklagten muß offenbar werden. Anders: In der Hauptverhandlung müssen keine Beweise für die Anklage, sondern Beweise gegen sie gefunden werden. Im übrigen behauptet die Staatsanwaltschaft entgegen den bisherigen Ergebnissen der Beweisaufnahme: Die Schilderung des Tathergangs der Anklageschrift sei nicht erschüttert, sondern bestätigt worden: es könne keine Rede davon sein, daß die ersten Schüsse von den Polizeibeamten abgegeben worden seien. .....

Dazu wies Draber im übrigen bei Sitzungseröffnung darauf hin, daß laut Mitteilung des Innenministers NRW's die Lichtbildmappe der Kriminalpolizei an das Gericht zu übergeben sei. Ob auch das innerdienstliche Fernschreiben vom 10.5.1975 überreicht werden müsse, soll noch geprüft werden. Die Verteidigung geht davon aus, daß dieses Fernschreiben Angaben über den Funkverkehr enthält, aus denen sich der zeitliche Ablauf ergibt und sich damit die Frage beantworten läßt, was den eingesetzten Beamten bei Beginn der Schießerei über die Insassen der NSU bekannt war.

Nach Drabers Hinweisen hatte Verteidiger Hannover das Gericht aufgefordert, sich insbesondere bei seiner Entscheidung über die Anträge auf Aufhebung der Haftbefehle nicht von der Stimmungsmache in Zusammenhang mit dem Attentat auf GBA Buback beeinflussen zu lassen.

KÖLN 21. April 77 — Am Freitag, den 15.4.77 sind die von der Verteidigung gestellten Haftentlassungsanträge abgelehnt worden. Karl Heinz Roth gab am Montag, den 18.4.77 hierzu folgende Erklärung ab:

„Seit Freitag lebe ich im Zustand der Freiheitsberaubung. Alle Beweismittel der Mordanklage sind widerlegt. Niemand hat versucht zu schießen, niemand hat einen Fluchtversuch gemacht. Alle Beweismittel, soweit sie nicht unterdrückt oder gefälscht worden sind, liegen dem Gericht vor. Nur ganz wenige stehen noch aus. Wir haben nachgewiesen, daß der Funkkontakt zwischen der Zentrale und den Einsatzwagen der Polizei auf dem Parkplatz verschleiert werden sollte. Sein wesentlicher Inhalt ist jedoch inzwischen aufgedeckt. Es ist nachgewiesen, daß bezüglich meiner Papiere sowie der Spurensicherung Fälschungsversuche unternommen worden sind.

Trotzdem halten die drei Berufsrichter am dringenden Tatverdacht fest. Die Frage der noch ausstehenden Gutachten nehmen sie zum Vorwand, um die nächste Phase des Prozesses durchzusetzen, die reine politische Gesinnungsjustiz sein wird. Das mußten die Richter in ihrem Beschluß (Seite 2) erkennbar werden lassen. Dort heißt es: „Gleiches gilt auch für die subjektive Tatseite. So kommt es für deren Feststellung nicht allein auf den unmittelbaren Tathergang an. Insoweit sind vielmehr alle in Frage kommenden sonstigen Umstände zu berücksichtigen. Dazu gehören gegebenenfalls auch Äußerungen und Handlungen der Angeklagten ohne unmittelbaren zeitlichen Bezug zum Tathergang, die möglicherweise Rückschlüsse auf die innere Einstellung der Angeklagten im Zeitpunkt der vorgeworfenen Tag zulassen."

Nachdem die Fakten gesprochen haben, nachdem die Fakten zum Teil auch als unterdrückt nachgewiesen sind, der materielle Ablauf geklärt ist, greifen die Richter jetzt auf die ultima ratio der politischen Justiz, nämlich die politische Gesinnung der Angeklagten zurück.

Die Berufsrichter betreiben damit eine gezielte Ausuferung des Verfahrens und sie werden jetzt auf ihre seit Prozeßbeginn praktizierte Tätigkeit zur Sicherung von Beweismitteln, nämlich die Beschlagnahme von Briefen, zurückgreifen. Die Briefe, die Notizen der Beamten des LKA Düsseldorf, die bei den Besuchen gemacht worden sind, rücken in das Zentrum des Prozesses, der nur noch politische Gesinnung zum Gegenstand hat. Der Gesinnungsprozeß hat auch einen politischen Hintergrund, der in der Erklärung zur Person nicht erläutert worden ist. Bundesinnenminister Maihofer hat im Mai 1976 noch in der Süddeutschen Zeitung verlauten lassen, eine Politik, wie ich sie vertrete, müsse notwendig bei Mord und Totschlag enden, Dies ist in der Umkehrung insoweit richtig, als die Polizei mich zusammengeschossen hat. Gleichzeitig wirft diese Äußerung ein Licht auf meine politische Lebensgeschichte der letzten 10 Jahre. Maihofer wollte im Jahre 1968 ins Kuratorium Notstand der Demokratie. Ich argumentierte damals gegen Maihofer, der mit formalen Argumenten, die durch die Notstandsgesetzgebung geplante Radikalisierung der westdeutschen Klassenherrschaft verschleiern wollte. Schon damals zeigte dieser Konflikt, daß die herrschende Macht mit allen Mitteln daraufhin arbeitet, eine Antwort auf jede Form des Systemwiderstands durch bedingungslose Repression bis hin zur Vernichtung zu finden. Der Hintergrund dazu ist in der politischen Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland zu finden.

Es hat sich gezeigt, daß die Berufsrichter sich diesen Zwängen des Systems beugen. Das schließt aber individuelle Verantwortung nicht aus.

Die Haftentlassung von Roland Otto und mir wäre besonders in der gegenwärtigen Situation ein Signal gegen den gewalttätigen Alltag der Polizei in dieser Region, der seit Jahren in Köln praktiziert wird. Der gewaltsame Alltag wird über die politischen Prozesse hinaus auch in ganz normalen Strafverfahren von den Gerichten für die Polizei verwaltet. Ich nenne dazu Beispiele: Mitglieder des Kölner Sondereinsatzkommandos, bezeichnenderweise Polizisten von der Hundestaffel, haben unschuldige Bürger angefallen, werden aber in den darafuhin stattfindenden

Prozeß von jeder Anklage freigesprochen, ein Prozeß, der nur scheinbar unpolitisch war.

In Düsseldorf werden Polizeibeamte nach einem Überfall auf Unschuldige, die zusammengeschlagen wurdne, unter Hinweis darauf freigesprochen, daß die Arbeit der Polizei nicht leicht sei und daß wegen der schweren Arbeit, die die Polizei zu verrichten habe, Fehleinschätzungen und Fehlgriffe hinzunehmen seien, wenn man die Polizei wirksam arbeiten lassen wolle. Dies ist ein Zitat aus dem Urteil der großen Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf, das erging, nachdem die Polizeibe amten in erster Instanz zu 17 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden waren.

Das wirksame Arbeiten der Polizei macht es notwendig, die Polizei zu decken. Die bundesrepublikanische herrschende Klasse ist unfähig, soziale Konflikte in der Form der Auseinandersetzung politisch zu regeln, sondern reagiert immer nur mit Gewalt. Es entspricht der inneren Logik des Systems, daß die Brutalität, die wir am 9.5.1975 selbst erfahren mußten, nun auf uns übertragen werden soll. Der Versuch, einzutreten in die neue Phase des Prozesses wird von uns angenommen und angenommen werden müssen. Nicht wir sind es, die diesen Prozeß immer ausweiten, es ist allein das Gericht."

Roland Otto verliest anschließend den Teil aus seiner Erklärung zur Person, die sich mit den Aussichten befaßt, der perfiden Anklage zu entgehen. Dort heißt es:

„Die Anklage selbst ist ein perfides Machwerk. Von diesen Berufsrichtern habe ich keinen Schutz vor dieser bösartigen Anklage zu erwarten. Wenn mich dieses Gericht als uneinsichtig bezeichnet hat, weil ich aufgrund der Verhandlungsführung durch den Vorsitzenden Richter Dr. Draber die Besorgnis gewonnen habe, er sei in dieser Sache nicht unbefangen, so empfinde ich es nur als Zynismus, den ich aushalten muß, weil ich in der Zeit noch der Gewalt dieses Gerichts ausgeliefert bin. Nicht noch so klare Tatsachen und nicht eine noch so gute Verteidigung können mich vor der Verurteilung als Mörder durch dieses Gericht retten: vor dieser Verurteilung kann ich mich nur bewahren, daß die Menschen in dieserm Land erfahren, was in diesem Gerichtssaal passiert. Denn das ist das einzige, wovor die Herrschenden und ihre Helfershelfer Angst haben: sie fürchten die Menschen, die arbeiten und die das Volk sind. Angesichts dieser Öffentlichkeit scheuen die Herrschenden die offene Willkür und bemühen sich, die Ausschaltung des politischen Gegners mit justizförmigen Mitteln zu erreichen, damit man den Unwissenden erzählen kann, daß in den Gefängnissen nur Verbrecher sitzen. Die Herrschenden versuchen den Widerstand gegen ihre Herrschaft mit Hilfe der Polizei und Strafjustiz zu brechen. Dabei scheuen sie, die Grenze vom Recht zur Willkür für alle erkennbar zu überschreiten, weil sie genau wissen, daß dWillkür den Widerstand im Volk vervielfacht. Von der politischen Strafjustiz wird das Recht mißbraucht zur Verschleierung der nackten und brutalen Gewaltanwendung der Herrschenden gegen diejenigen, die sich der Ausbeutung widersetzen und sich nicht unterdrücken lassen."

Der vorsitzenden Richter Dr. Draber hat am 20.4.77 eine Presseerklärung herausgegeben, die sofort in der Bildzeitung und in anderen Kölner Zeitungen abgedruckt wurde. Draber behauptet, daß er seit Ostern verstärkt bedroht würde (z.B. würden von Unbekannten Termine in der Sauna auf Drabers Namen gebucht). Aufgrund dieser Presseerklärung hat die Verteidigung einen Befangenheitsantrag am Donnerstag, den 21.4.77 gegen Draber gestellt: durch diese Presseerklärung werde der Versuch unternommen,d ie Öffentlichkeit zum Nachteil der Angeklagten zu beeinflussen.

Über diesen Befangenheitsantrag ist noch nicht entschieden worden.

WALTRAUT BOOCK ERWARTET NEUES GESINNUNGSURTEIL

WIEN 10. April — Den folgenden Bericht schickte uns Krista Krumbiegel, Theresianumgasse 10/14, A-1040 Wien, zu. (Zu Waltraud Boock s. ID 162, 163 164).

Prozesserklärung gegen faschistische Provokationen

„Ich bin eine politische Gefangene und erkläre meine Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes, mit den Völkern und Kämpfern, die in der BRD und den anderen Teilen Westeuropas den bewaffneten Kampf gegen Völkermord und die brutale Ausbeutung der Völker durch Imperialismus und Faschismus aufgenommen haben.

Der Bombenanschlag auf das Wiener Verkehrsamt und die Drohung, einen vollbesetzten Zug in die Luft zu jagen, ist Terror gegen das Volk, ist die Sprache des Faschismus. Diese Provokation der Reaktion ist ein Produkt der Counterinsurgency und Teil der Vernichtungsstrategie gegen die Guerilla, mit dem Ziel, den antiimperialistischen Kampf der Guerilla zu liquidieren. Die Aktionen der Guerilla sind Ausdruck der revolutionären Kraft des Volkes. Ihre Aktionen richten sich niemals gegen das Volk." (schriftlich abgegeben am 4.2.77)

Hungerstreik

Waltraud ist am 4.4.77 in den Hungerstreik getreten, den sie am 7.4. abgebrochen hat. Hinzuweisen ist auf die Seltenheit eines Hungerstreiks in österreichischen Gefängnissen und auf die damit verbundenen Strafmaßnahmen – Besuchersperre zum Beispiel und erhebliche psychische Druckmittel. Laut § 69/2 Strafvollzugsgesetz ist ein Strafgefangener, verweigert er beharrlich die Aufnahme von Nahrung, ärztlich zu beobachten. Sobald dies erforderlich ist, ist er nach Anordnung und unter Aufsicht eines Arztes zwangsweise zu ernähren. . . . (!)

Repressalien und Gesinnungsurteil in erster Instanz

Politische Gefangene in Österreich kann man an zwei Fingern abzählen. D I e politische Gefangene in Wien. Landesgericht I, Waltraud Boock, ist Maßnahmen ausgesetzt, die „normale" Gefangene zweifelsfrei nicht zu erleiden haben. Briefe werden wochenlang zurückgehalten, manche verschwinden überhaupt. Die anfängliche Einzelhaft ist in eine Isolationshaft zu zweit umgewandelt worden.

Besuche finden unter schärfsten Sicherheitsvorkehrungen statt, die wohl eher den Besucher einschüchtern sollen, als Waltrauds Kontakt zur Außenwelt zu gewährleisten (so sie überhaupt stattfinden. . .). Ich selbst zählte sechs Sicherheitsbeamte. Besuche aus der BRD wurden erst vor kurzem völlig grundlos zwischen zwei Stockwerken des Landesgerichts von fünf Staatspolizisten verhaftet, in Handschellen (!) in die Polizeidirektion Wien gebracht, erkennungsdienstlich behandelt, und am Abend des gleichen Tages mit großem Aufwand in mehreren Polizeiwagen zur Grenze gefahren. Was war der Grund für diese gesetzwidrige Vorgangsweise des Gerichtsbzw. Polizeiapparats unbescholtenen Bürgern der BRD gegenüber? Man hatte Waltraud besucht bzw. am drauffolgenden Tag versucht, eine weitere Besuchsgenehmigung zu erwirken!

Die zitierten Praktiken, die mal ausprobiert worden sind, aber mangels rechtlicher Grundlage doch wohl nicht zur Regel werden können, sollen Besucher abschrecken und Waltraud immer weitergehend isolieren. Gerade deshalb ist es umso wichtiger, daß diese sich nicht abschrecken lassen. Da es Waltraud nicht erlaubt ist, Politisches zu schreiben oder sich – ihren intellektuellen Bedürfnissen entsprechend – gesellschaftspolitisch zu informieren, ist ihre Existenz sowieso total gefährdet. Es stehen ihr zwei Viertelstunden Besuch die Woche zu.

Bekanntlich ist Waltraud nach wie vor Untersuchungsgefangene. Der Prozeß muß neu aufgerollt werden: denn die Richter Edwin Schulz und Dr. Klothilde Eckbrecht hätten am Prozeß nicht teilnehmen dürfen, da sie schon vorher in gleicher Sache als Untersuchungsrichter tätig waren. Das exemplarische Schnellgerichtsverfahren sowie die Voruntersuchung um Waltraud Boock wurde von den Medien in einer

anprangernden Art und Weise ausgeschlachtet, um einer Humanisierung des österreichischen Strafvollzugs vorzubeugen. Die Höchststrafe für Raub – 15 Jahre – ist der Strafsatz aus dem Jahre 1812. Das Urteil – 15 Jahre – beudeutet bei Waltraud: zwei Drittel davon für Gesinnung und zur Vorbeugung.

Zensur der Anwaltspost

„Wesentlicher Unterschied zwischen den deutschen Abhörfällen und der Wiener Richteraktion: in der BRD ging es klammheimlich, der Wiener Richter agierte ganz offen." So der „Kurier" vom 9.4.77.

Rechtswidrig zensiert Richter Schulz Verteidigerpost. Hierzu führt der „Kurier" weiter aus: „Und das wird auch von Richter Schulz gar nicht bestritten. Er deponierte allerdings gegenüber der ZIB 2 (Zeit im Bild/Fernsehen) am Donnerstag abend seine eigene Rechtsansicht: Um zu überprüfen, ob eine von Untersuchungsgefangenen hinausgehende Korrespondenz tatsächlich Verteidigerpost ist oder an eine andere Person, also der Überwachung unterliegende Korrespondenz darstellt, muß meiner Rechtsansicht nach die Post, ein verschlossenes Kuvert, geöffnet werden, und festgestellt werden, ob das darin enthaltene Schreiben an den Verteidiger adressiert ist."

Sektionschef Hermann Fleisch vom Justizministerium zum „Stern": „Wenn das ein RIchter vorsätzlich macht, dann hat er einen Amtsmißbrauch begangen."

Ein Brief Waltrauds, in dem sie ihrem Verteidiger Alexander Kubicek den Verhandlungstermin mitteilte, erreichte den Anwalt fünf Tage nach Prozeßschluß.

Waltraud Boock in einem Brief an den „Stern" (6.4.77): „Während des Transports zum Polizeipräsidium sind mir durch Schläge (wahrscheinlich mit einem Gegenstand) Verletzungen an der Schläfe und am Hinterkopf beigebracht worden. Nach der Ankunft in der Dienststelle wurde ich mehrere Male in die Hüfte getreten.

Bei der weiteren Einvernahme durch deutsche Kripobeamte soll einer von ihnen zu ihrer Mutter und Tochter gesagt haben: Ich bin froh, daß sie hier sind und das Verhalten Ihrer Tochter sehen. Sie werden sich dann nicht wundern, wenn sich Ihre Tochter wie Ulrike Meinhof in der Zelle erhängt."

Waltraud Boock schließt in diesem Brief nicht aus, „daß man mich durch Beamte oder Beauftragte des Staatsschutzes foltern läßt, um meine Aussageverweigerung zu brechen. Die mögliche Vortäuschung meines Selbstmordes könnte das Ergebnis einer mißglückten Folterung sein."

Während unseres Gespräches am 7.4. sagte Waltraud: „Ich sehe die Situation realistisch, aber ich lasse mir meine politische Identität nicht zerstören."

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

DURCHBLICK-REPORT

BERLIN
19. April

Wir haben bereits mehrmals über die Repressalien gegen die Gefangenenzeitung „Durchblick" berichtet (siehe ID 158/159, 163, 165). Das Redaktionskollektiv des Durchblicks schickte uns jetzt folgenden Report:

"Seit gut acht Jahren existiert in der JVA Tegel die angebliche Gefangenenzeitung „Der Lichtblick". Sie genießt die volle Unterstützung der Knastverwaltung, wird finanziell aus dem Etat des Senators für Justiz und zum Teil in der anstaltseigenen Druckerei gedruckt. Die Gefangenen haben bei dieser Zeitung kein Mitspracherecht. Die jeweiligen Redakteure werden nicht von den Gefangenen gewählt, sondern vom Anstaltsleiter Glaubrecht eingestellt und aus dem Justizetat bezahlt. Deshalb kann von einer unabhängigen und unzensierten Gefangenenzeitung in keinem Fall die Rede sein. Eine Zensur dieser Pseudo-Gefangenenschrift durch die Anstaltsleitung wäre auch gar nicht notwendig, weil die Redakteure eifrig Selbstzensur üben.

Aus diesem Grund ergriffen mehrere Gefangene aus den einzelnen Häusern der Strafanstalt Tegel die Initiative und gaben als Alternative zum „Lichtblick" eine Zeitung heraus der sie den programmatischen Namen „Durchblick" gaben. Diese von Gefangenen für Gefangene gemachte Zeitung hat sich zur Aufgabe gesetzt, den Lesern innerhalb und außerhalb der Knäste einen unzensierten und realistischen Ein- oder Durchblick in das wirkliche Vollzugsgeschehen zu vermitteln sowie die Mißstände und die dafür Verantwortlichen beim Namen zu nennen.

Ende November 1976 setzten sich zahlreiche Gefangene innerhalb der einzelnen Häuser zusammen, verfaßten im Kollektiv Artikel für die Zeitung und tippten sie auf ihren Schreibmaschinen, bis sie ungefähr 100 Exemplare der ca. 20seitigen Zeitung geschrieben hatten; und so etwas ist in einem Knast gar nicht so einfach.

Am 2. Dezember 1976, als die an der Herstellung der Zeitung beteiligten Gefangenen Uwe Drowski, Karl-Heinz Neundorf, Hans Sontag und Ismail Yousef die Zeitung zusammenstellen wollten, stürmten mehrere Beamte in die Zelle und beschlagnahmten alle vorhandenen Exemplare des „Durchblick". Gegen diese Nacht- und Nebelaktion erhoben die vier Gefangenen im Auftrag des Redaktionskollektivs beim Anstaltsleiter Glaubrecht Beschwerde, in der sie auf die im Grundgesetz verankerte Meinungs- und Pressefreiheit hinwiesen und die Herausgabe der widerrechtlich beschlagnahmten Exemplare des „Durchblick" forderten. Diese Beschwerde wurde vom Anstaltsleiter Glaubrecht ohne Angabe von entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen mit dem üblichen Sicherheit und Ordnung-Blabla abgeschmettert.

Daraufhin richteten die Gefangenen eine Beschwerde an den „liberalen" Justizsenator Baumann. Dieser reagierte auf diese Beschwerde mit der alten Methode, indem er den „Durchblick"-Mitarbeiter Hans Sontag am 23. 12. 1976, also einen Tag vor Weihnachten, in die UHA Moabit verschleppen ließ. Außerdem wurden gegen ihn und die drei anderen beschwerdeführenden Gefangenen drakonische Hausstrafen von jeweils zwei Monaten Einkaufssperre sowie vier Monaten Veranstaltungs-Kommunikationssperre verhängt Ferner wurde den drei n o c h nicht verlegten Gefangenen ebenfalls die Verlegung in die UHA Moabit angedroht, falls sie sich weiterhin an der Herstellung und Verbreitung des „Durchblick" beteiligen würden. Und schließ-

lich erstattete der „liberale“ Justizsenator auch noch Strafanzeige und stellte gegen die vier beschwerdeführenden Gefangenen Strafantrag wegen angeblicher Beleidigung von Justizbediensteten, Aufruf zur Gewalt und Anstiftung zur Meuterei. Seitdem ist die nicht nur in Westberlin berüchtigte politische Staatsanwaltschaft mit der Sache befaßt, damit den vollkommen wehrlosen Justizbediensteten Gerechtigkeit widerfahren kann.

Doch auch diese drakonischen Unterdrückungsmaßnahmen waren nicht dazu angetan, die Gefangenen davon abzubringen, freiwillig auf das auch ihnen zustehende Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit zu verzichten. Noch am Tage der Verschleppung von Hans Sontag in die UHA Moabit wurden die nach der Beschlagnahme vollständig neu geschriebenen Exemplare der Nr. 1 des „Durchblick“ in allen Häusern Tegels an die Gefangenen verteilt. Und obwohl die Repressalien seitens der Beamtenschaft von Tag zu Tag zunahmen, erschien im Januar 1977 programmgemäß die Nr. 2 des „Durchblick“.

Als im Februar 1977 die Nr. 3 in den Häusern verteilt wurde, wurden sogleich zahlreiche Zellen von Gefangenen durchsucht, wobei ca. 20 Exemplare gefunden und beschlagnahmt wurden.

Am 16. März erfolgte der nächste Schlag von seiten der scheinbar immer mehr in Bedrängnis geratenen Justiz- und Anstaltsadministration gegen den „Durchblick“, als sie die Gefangenen Uwe Drowski und Karl-Heinz Neundorf in einer Nacht- und Nebelaktion ebenfalls in die UHA Moabit karrten, wo sie seitdem ihrem bereits drei Monate vor her verschleppten Kollegen Hans Sontag zwangsläufig Gesellschaft leisten müssen.

Gleichzeitig mit diesen erneuten Verschleppungen ließ die Justizverwaltung in den einzelnen Tegeler Häusern sowie in den anderen Berliner Knästen Aushänge anbringen, in denen den Gefangenen unter anderem sinngemäß mitgeteilt wird, daß es sich bei der unabhängigen und unzensierten Gefangenenzeitung „Durchblick“ um eine illegale Agitationsschrift handeln soll und daß eine Mitarbeit bei oder Unterstützung derselbigen verboten ist und mit Hausstrafen geahndet werden kann. In der UHA Moabit wurde dies den dort eingesperrten Menschen über die Rundfunkanlage bekanntgegeben, weil es in dem dortigen mittelalterlichen Vollzug keine schwarzen Bretter für Aushänge, Mitteilungen oder dergleichen gibt.

Doch mit ihren ganzen Bemühungen, den „Durchblick“ doch noch kaputt zu machen, haben die Justiz- und Vollzugsherren genau das Gegenteil von dem erreicht,was sie ursprünglich damit bezwecken wollten; denn statt die Gefangenen abzuschrecken und einzuschüchtern, wurden sie dadurch erst richtig motiviert, aktiv an der Herstellung und Weiterverbreitung des „Durchblick“ mitzuwirken. Wenn anfangs nur einige Gefangene an der Herstellung des „Durchblick“ beteiligt waren, so sind es jetzt bereits erheblich mehr geworden. Sogar ehemalige Mitarbeiter der Pseudogefangenenzeitung „Lichtblick“ beteiligen sich aktiv an der Gestaltung und Weiterverbreitung des „Durchblick“, weil sie sich nicht länger als Aushängeschild für eine Zeitung mißbrauchen lassen wollen, deren Funktion fast ausschließlich darin besteht, von den wirklichen Mißständen im Tegeler Strafvollzug abzulenken und einer zumeist uninformierten Öffentlichkeit ein Bild vom Vollzug vorzugaukeln, das in der Knastrealität gar nicht vorhanden ist.

Auch wenn die Unterstützung von seiten der Gefangenen für den „Durchblick“ von Tag zu Tag zunimmt, werden die Gefangenen ohne Unterstützung von draußen dem ständig zunehmenden und immer massiver werdenden Druck von seiten der Justiz- und Vollzugsherren auf die Dauer nicht standhalten können, weil das Reservoir an Unterdrückungs-, Erpressungs- und Schikanierungsmaßnahmen gerade im Knast einfach zu groß ist. Deshalb werden nochmals alle fortschrittlichen Menschen, Gruppen und Organisationen hiermit aufgefordert, die Gefangenen in ihrem Kampf um mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu unterstützen!!!

Der DURCHBLICK darf und wird nicht untergehen – und wenn er auf Toilettenpapier geschrieben werden muß!“

DA BISTE BLATT:
NEUES VON MÜNCHEN' S STADTZEITUNG

MÜNCHEN 18.April „Am 12.4., ein Dienstag – beste Kaffeezeit, so um halb vier, erscheinen hier in der Blattredaktion 6 Herren samt einer Dame. Sie händigen uns einen Wisch aus, der uns beschuldigt, das Volk in der Adelgundenstraße (Sitz der Redaktion) zu verhetzen. Außerdem soll gleich im selben Aufwasch die Redaktion durchsucht werden. Grund: ein Plakat im Schaufenster, das Bullen, die aber wahrhaft nicht so aussehen, bei der ‚Behandlung' von Brokdorf-Heimkehrern zeigt, versehen mit dem Kommentar: *„Deutsche Polizisten sind die Terroristen – MEK: Wenn wir nicht töten, provozieren wir".*

Dann gehts los: Das Plakat wird entfernt (Spurensicherung am Schaufenster, toll, toll!); unsere Personalien werden aufgenommen, auch die von Leuten, die zufällig hier sind. Dann kommt der Hammer: 6 Leute inclusive zufälliger werden mitgenommen zur erkennungsdienstlichen Behandlung. Ein Bulle verstellt die Tür und die Durchsuchung beginnt, Papierkörbe werden durchgeschnüffelt, Aktenordner oberflächlich mit dem Finger angetippt, besonderes Interesse wird Briefmarken und fabrikneuen Kouverts gewidmet. Nach einer Stunde ist's vorbei, wir bekommen einen Bescheid über das beschlagnahmte Plakat. Man bittet um Verständnis und ab.



Nachdem alles gelaufen ist, finden wir noch eins von den volksverhetzerischen Plakaten an der Wand – wurde einfach übersehen; wir habens den Herren mit Begleitschreiben nachgeschickt.

Wir sehen dies als eine reine Einschüchterung, das Plakat hing schon ziemliche lange im Schaufenster – auch diese Aktion muß man im Zusammenhang mit der von der Bundesregierung angestrebten ‚Austrocknung des Symphatisantenfeldes' sehen. Diese neue Wortschöpfung ist nichts anderes, als ein Legitimationsversuch für die abenteuerlichen Fahndungsmethoden seit Bubacks Tod."

NEUES VON DER JUSTIZ–FRONT

Das Verfahren wegen BLATT 68 (der französische Hippie, der eine leere Plastikflasche wegwirft) ist jetzt endgültig abgeschmettert. Das Landgericht hat die Beschwerde der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen, die diese gegen die Ablehnung der Hauptverhandlung eingelegt hatte.

Dafür ist unsere Revision vom BLATT 41 (Bayer.Hintergründe der Lorenz-Entführung) verworfen worden. Das Urteil gegen Anatol: 1.600 DM ersatzweise 80 Tage Knast plus Gerichts- und Anwaltskosten, ist rechtskräftig geworden. Die genauen Kosten wird man uns noch präsentieren. Damit ist das BLATT zum 2.Mal rechtskräftig verurteilt. 10 Verfahren sind noch anhängig (das neueste eingeschlossen).

Der GOPPEL-Prozeß (Beleidigung desselben + Verunglimpfung des Staates anläßlich der rechtswidrigen Trikont-Durchsuchung) ist im letzten Herbst vom Landgericht (Berufungsinstanz) ans Amtsgericht zurückverwiesen worden, wegen formaler Fehler des 1.Urteils.
Der Prozeß landete direkt vor den Füßen desselben Richters, der dieses Urteil gefällt hatte. Der wandte sich mit Grausen und stellte gegen sich selbst einen Befangenheitsantrag, den aber ein Amtskollege von ihm als unbegründet ablehnte.
In der Hauptverhandlung letzten Montag haben wir erneut Befangenheitsanträge gestellt, die — man lese und staune — von Staatsanwalt Gehrig unterstützt wurden. Die Anträge dieser unheiligen Allianz wurden schließlich akzeptiert.
Das Verfahren, das jetzt bald ins 3.Jahr geht, wird neu anberaumt.

POLIZEI DURCHSUCHTE OLDENBURGER BUCHHANDLUNG

OLDENBURG April 77 — 12 Beamte der Oldenburger Polizei durchsuchten am Mittwochmorgen, den 6. April, in Begleitung eines Staatsanwaltes die Carl-von-Ossietzky-Buchhandlung in Oldenburg. Sie beschlagnahmten insgesamt 11 Broschüren und Veröffentlichungen, darunter auch Dokumentationen, die sich mit dem Thema Gewalt befassen. Ferner wurden Anschriften für Dokumentationsquellen beschlagnahmt, die in Zusammenhang mit dem bevorstehenden Prozess gegen einen ehemaligen Bundeswehroffizier stehen, der „wegen fortgesetzter verfassungswidriger Einwirkung auf die Bundeswehr" angeklagt ist. Vor der Razzia in der Oldenburger Buchhandlung waren die Wohnungen der beiden Eigentümer des Geschäftes durchsucht worden. Bereits vor zwei Wochen hatten die Buchhändler von der Polizei eine Vorladung in Zusammenhang mit dem sog. Gewaltparagraphen 88a erhalten.

SCHWARZER ALLTAG — ZEITUNG FÜR DRINNEN UND DRAUSSEN

FULDA 19. April — Mehrere Knastgruppen in Hessen und Niedersachsen haben eine neue Zeitung mit dem Namen „Schwarzer Alltag" gemacht. Wir wollen in dieser Zeitung zeigen, wie es im Knast aussieht. Wir zeigen dies zunächst an Einzelbeispielen auf, die jedoch keine einzelnen Vorfälle sind, sondern eben Alltag. Es wird in späteren Ausgaben versucht werden, mehr die Zusammenhänge aufzuzeigen, warum der Staat die immer offenere Vernichtung von gefangenen Kämpfern wie Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof verfolgt und warum er bewußt Situationen schafft, in denen sich Menschen umbringen (zum Beispiel Horst Rakow). Ansatzweise ist dies schon jetzt der Fall. Darüber hinaus sollen die Leute, die nicht im Knast sitzen und sich wehren, auch nicht in den Knast kommen. Deshalb berichten wir darüber, wie die Staatsschutzorgane arbeiten und wie mensch sich am besten verhält, um sich vor ihnen zu schützen. Natürlich können wir da nur Informationen und Tips geben, und ansonsten muß sich da wohl jeder selbst Gedanken machen und aufpassen. Die erste Ausgabe hat einen Umfang von 48 Seiten und kostet 2,50 DM. Gefangene erhalten den „Schwarzen Alltag" selbstverständlich kostenlos.

Kontakte zum Redaktionskollektiv und Bestellungen über die Schwarze Hilfe in Fulda:

c/o Rolf Löchel
Postfach 1421
6400 Fulda

Legt das Geld bitte in Briefmarken bei oder überweist es auf folgendes Konto:

Theo Bruns
Volksbank Marburg
Konto-Nr. 14 950

HENRICH GEFÄHRDET DIE ANSTALTSORDNUNG — HAFTVERSCHÄRFUNG

BUTZBACH 24. März — Jetzt erst bekamen wir die Ab schrift einer Verfügung der Butzbacher Anstaltsleitung gegen den Strafgefangenen Herbert Henrich vom Januar 77. Es heißt darin:
„Gegen den Gefangenen Herbert Henrich werden wegen Fluchtverdachts in erhöhtem Maße — erhöhter Gefahr von Gewalttätigkeit gegen PErsonen oder Sachen, erheblicher Störung der Anstaltsordnung — als besondere Sicherungsmaßnahmen angeordnet (88 StVollzG):
Entzug — Vorenthaltung von Gegenständen, die geeignet sind, eine Flucht oder Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen zu fördern oder die Übersichtlichkeit in der Zelle beeinträchtigen. Wiederholte Beobachtung bei Nacht. Absonderung von anderen Gefangenen (auch Ausschluß vom Gottesdienst — von allen Veranstaltungen). Einzelfreistunde, tägliche Durchsuchung des Gefangenen, seiner Sachen und des Haftraumes.
Gründe: der Vu(Verurteilte) Henrich ist in der Zeit seiner Inhaftierung wiederholt auffällig in Erscheinung getreten. Bei diesen Gelegenheiten wurden z.T. Sägeblätter gefunden, z.T. Fluchtversuche unternommen und z.T. entwich der Verurteilte. Darüberhinaus beteiligte sich der Vu an Sitzstreiks und Meutereien in der JVA Frankfurt. Auch wurden von ihm am 28.2.76 anläßlich eines Ausbruchsversuchs im Zentralkrankenhaus Kassel Pistolenmunition sichergestellt. Wegen der Einzelheiten wird auf die Personalakte verwiesen.

Mit Eingang der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Ffm. vom 30.12.1976 (4 Js 1054/75) ist zu befürchten, daß der Vu als Mitglied des Gefangenenrats von Plänen Kenntnis hatte, die letztlich am 2.6.76 zum Tode des damaligen Anstaltsleiters führten. Darüberhinaus soll sich der Gefangenenrat auch intensiv mit der Tötung des Anstaltsarztes befasst haben. Daß unter diesen Umständen von dem Gefangenen eine erhebliche Störung der Anstaltsordnung

zu befürchten ist, bedarf keiner weiteren Begründung."
(Anm. der Red. : In der Anklageschrift gegen den Gefangenenrat wurde sowohl der Vorwurf Beteiligung an der Tötung des ehemaligen Anstaltsleiters Künkeler, als auch der Vorwurf des „Mordversuchs" an dem ehemaligen Anstaltsarzt Maykemper fallengelassen).
Henrich merkt dazu an: „Daß es dazu keines Kommentars bedarf, ist klar. Klarstellen will ich nur: 1. bei mir wurden nie Sägeblätter gefunden
2. in Kassel hab ich keinen Ausbruchversuch gemacht
3. ich hab niemals Pistolenmunition gehabt.
Entsprechende Ermittlungsverfahren wurden bisher alle eingestellt, da der Nachweis fehlt. Und was ich sonst noch wissen könnte, weiß vielleicht der Staatsschutz, Verfassungsschutz, aber ich nicht."

URTEIL GEGEN CHRISTOPH UND PETER

WESTBERLIN
19. April

Am 2. Dezember letzten Jahres, als in Berlin ein putzmunterer Unistreik lief, sorgte ein merkwürdig einhelliges Vorgehen von Staatsschützern und CARP Flugblattverteilern für die Verhaftung von 2 Studenten, die aus einer Gruppe rausgegriffen wurde, die gegen die CARPler protestierte. Die beiden kamen in U-Haft und die streikenden Studenten organisierten eine Solidaritätskampagne (ID 155). Im Info BUG 151 steht, wie der Prozeß gegen die beiden ausfiel:

" Im Prozeß gegen Christoph und Peter ergingen am vorigen Donnerstag die Urteile – im Namen des Volkes, versteht sich: für Peter 40 Tagessätze a 20,-, also 800,- wegen Nötigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung, für Christoph 70 Tagessätze a 20,- wegen Widerstand und versuchter Gefangenenbefreiung.

Das Urteil selbst, aber auch die mündliche Urteilsbegründung ignorieren derartig eklatant die Ergebnisse der Hauptverhandlung, daß man sich fragen muß, ob der Richter nicht alles schon vorher in der Tasche hatte.

Trotzdem kann man nicht von einem Terrorurteil sprechen. Vielmehr versucht das Urteil, im Nachhinein die U-Haft zu rechtfertigen.

Bei den Hauptvorwürfen Widerstand und Gefangenenbefreiung war Dreh- und Angelpunkt, ob die Bullen sich als solche zu erkennen gegeben haben, und wenn ja, wann. Alle Bullen haben zugegeben, daß sie sich nicht ausgewiesen haben.

Es gab unterschiedliche Angaben darüber, wann angeblich gerufen worden war: Halt, Polizei! oder so ähnlich. Selbst Staatsschutzbulle Thieler sagte aus, er habe nicht alle Bullen als solche erkennen können (kleine Panne bei der Koordination vom Einsatz). Die unbeteiligten Zeugen der Verteidigung, die sich teilweise auf die Presseberichte hin gemeldet haben, waren z.T. bis zur ersten Tagesspiegelmeldung der Auffassung gewesen, rechtsradikale Schläger bzw. „K-Gruppen" hätten sich geprügelt. Auf Polizei jedenfalls sind diese nicht gekommen.

In Sachen Nötigung und Körperverletzung war Peter beschuldigt worden, einen CARP-Typen gewürgt zu haben, was diesem selbst aber leider entgangen war.

Dies ist nur eine kleine Auswahl der ganzen Widersprüche und Ungereimtheiten, die im Prozeß zutage traten. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Anklage in der Hauptverhandlung zusammengebrochen ist.

Das konnte den Staatsanwalt keineswegs davon abhalten, mit einer Dreistigkeit ohnegleichen die Anklagepunkte samt und sonders als erwiesen anzusehen und die Verurteilung von P. und Ch. zu je 8 Monaten auf 4 (!!!) Jahre Bewährung plus DM 500,- Geldstrafe zu fordern. Dankenswerterweise stellte er in seinem Plädoyer noch mal klar, daß es sich bei dem Prozeß um einen politischen handelte. Er entblödete sich auch nicht, die Gefahr einer Widerholung der präfaschistischen Weimarer Zeit ausgerechnet dadurch heraufbeschworen zu sehen, daß „Mitmenschen" an der Ausübung ihres demokratischen Rechts auf Flugblattverteilung gehindert würden.

Die Anwälte knüpften ihre Plädoyers daran an. Sie legten ausführlich dar, wieso die Inhalte der verteilten Flugblätter keineswegs belanglos sind für die Feststellung, ob eine Behinderung bei der Verteilung strafbar ist. Sie wiesen dann erneut in den wesentlichen Punkten den zumindest rechtsradikalen Charakter der CARP und ihrer Flugblätter nach.

In Bezug auf die Falle wurde klargestellt, daß Aufwand und Vorgehen keineswegs normal waren, und auch nicht „angemessen."

Besonderen Wert legten die Verteidiger auf die ausdrückliche Feststellung, daß der Ruf „POLIZEI", wenn das überhaupt gerufen wurde, keineswegs als Identifikationsmerkmal ausreicht. Sie wiesen zurecht daraufhin, was geschähe, wenn jeder nur zu behaupten bräuchte, er sei von der Polizei und dann ein entsprechendes Verhalten erwarten könnte. (Ströbele: „Was meinen Sie wohl, Herr Vorsitzender, was dann an der Uni los wäre!") Dann wurden von der Verteidigung die Widersprüche der Aussagen Punkt für Punkt nochmal dargelegt, was logisch auf die Forderung nach Freispruch für beide Angeklagte hinauslief.

Wie gesagt, ignorieren Urteil und Begründung weitestgehend die Tatsachen und die juristischen Abwägungen der Verteidiger.

Dies wirft ein schlagendes Licht auf die Bedeutung, die dem Vorgehen von Staatsschutz und Staatsanwaltschaft zukommt. Der Aufwand von Falle und Verhaftung, die Anwesenheit des zweithöchsten politischen Staatsanwalts auf der Polizeiwache nach der Verhaftung, sein Blitztelegramm an 10 Dienststellen, u.a. an den Innensenator, die Alliierten und das Bundeskriminalamt, Abteilung Terrorismus, die anfängliche Einordnung von P. und Ch. in die Terroristenkartei in der U-Haftanstalt Moabit, die Benachrichtigung der Presse über die Anklage vor Gericht und die Verteidigung P. und Chs. zeigen, wie bemüht die Staatsschutzstellen waren, ihren „Fang" zur großen Sache aufzubauen.

Wir haben immer wieder gesagt, was der Sinn dieser Sache war: die unmittelbare Einschüchterung und Kriminalisierung der streikenden Studenten.

Der bombastische Aufwand verfehlte seine Wirkung nicht: die U-Haft wurde verhängt, und jetzt diente sie als Grundlage zu dem Urteil.

Trotzdem ist klar: das Urteil wäre mit großer Wahrscheinlichkeit noch schärfer gewesen, hätte es nicht die umfassende Solidarität gegeben, die bis zum Schluß (wenn auch nicht gar so umfassend) wirkte.

Die Sache ist nicht beendet. Es ist bereits Berufung gegen das Urteil eingelegt, und wir fordern noch deutlicher als bisher: Freispruch für Peter und Christoph!"

FREISPRUCH WEGEN PLAKATIEREN

HAMBURG
8. April

Am 5. April fällte das Amtsgericht Hamburg ein bemerkenswertes Urteil. Geklagt hatte die SPD Hamburg gegen das Plakatieren eines Berufsverbote-Posters, das zur Wahl als Einlage in der Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes (KB) "Rebell" erschienen war. Das Poster enthielt auf schwarz-rot-goldenem Hintergrund die Aufschrift: „Berufsverbote. Wir arbeiten weiter am Modell Deutschland – SPD". Dazu eine Liste von 128 Berufsverbote-Fällen aus sozialdemokratisch regierten BUndesländern.

Die SPD reagierte promt und stellte in Absprache mit ihrem Bundesvorstand Strafanzeige wegen „Beleidigung", „übler Nachrede", „Ehrverletzung" usw. „Diese zynische Aktion will uns in der Öffentlichkeit in ein schlechtes

Licht rücken.", hieß es in einer Stellungsnahme. Den Vogel schoss der SPD-Ortsverein Eutig ab: „Für Hinweise aus der Bevölkerung zahlen wir eine Belohnung von 100.-DM" („Ostholsteiner Anzeiger", 24.7.76). In mehreren Städten der BRD wurden Beschlagnahme-Aktionen durchgeführt, Leute, die das Plakat öffentlich anbrachten wurden von der Polizei belästigt und angezeigt.

Wie schon vorher das Amtsgericht Münster in derselben Angelegenheit, entschied jetzt das Amtsgericht Hamburg auf Freispruch. Der Argumentation des Staatsanwalts, der das Plakat als „hinterhältig" bezeichnet hatte, mochte sich das Gericht nicht anschließen. Der Begriff Berufsverbote sei in die Umgangssprache eingegangen, und schließlich hätten ja auch eine ganze Menge Leute die Folgen des Radikalenerlasses beruflich zu spüren bekommen. Kritik, daß sie verfassungswidrig handle, müsse sich die SPD schon mal gefallen lassen.

INFORMATIONSMATERIAL ZUM PROZESS GEGEN GROENEWOLD

HAMBURG
10. April

Zum Prozeß gegen Rechtsanwalt Groenewold – der auf zunächst unbestimmte Zeit verschoben wurde (siehe ID 171) – sind bisher drei Dokumentationen erschienen.

Zwanzig Hamburger Juristen zeichnen als Herausgeber der Dokumentation „DIE EINSCHRÄNKUNG DER VERTEIDIGUNG IM STRAFPROZESS" (182 Seiten).
Inhalt: Zur Zerschlagung der Verteidigung in Stammheim, Prozesse ohne Angeklagte (§ 231 a), Ehrengerichtsbarkeit als Mittel politischer Disziplinierungen, Maulkorbgesetz, Erklärungen ausländischer Rechtsanwaltsvereinigungen, Presseauszüge.
Bestellungen:

Anwaltsbüro Schween, Reinecke, Benoit
Grindelallee 74
2000 Hamburg 13

Anwaltsbüro Groenewold, Köncke, Rogge
Osterstraße 120
2000 Hamburg 19

Das Anwaltsbüro Groenewold veröffentlichte im September letzten Jahres eine 50seitige Ergänzung: „INFORMATION ZUR ANKLAGE DES GENERALBUNDESANWALTS GEGEN RA GROENEWOLD ALS VERTEIDIGER DER GEFANGENEN AUS DER RAF".
Inhalt: Zielsetzung, Inhalt und Form der Anklagekonstruktion gegen Groenewold.
Bestellungen:

KG Maldoror
von-Melle-Park 17
2000 Hamburg 19 (2,– DM)

In der Dokumentation „JURISTISCHE UNTERLAGEN ZUM PROZESS GEGEN RA GROENEWOLD" (137 Seiten) sind die Anträge der Verteidigung in der bisher gelaufenen Auseinandersetzung Generalbundesanwaltschaft/OLG Hamburg contra Groenewold vollständig abgedruckt. Außerdem enthält die Dokumentation Informationen zur Telefonüberwachung des Büros Groenewold und zur Klage Groenewolds gegen Bundesjustizminister Vogel.
Bestellungen:

Anwaltsbüro Groenewold, Köncke, Rogge
siehe oben

Zum Themenkomplex Anwaltsverfolgung ist im Verlag Neue Politik, Wolf Schenke KG, Hamburg, ein 104seitiges Buch erschienen: „ANWALTSVERFOLGUNG IN DER BUNDESREPUBLIK 1971 – 1976". Anhand von Gerichtsbeschlüssen, Gesetzen und vor allem Pressereaktionen, wie eine ganze Gruppe engagierter Verteidiger kriminalisiert und zugleich ein Abbau der letzten demokratischen Rechte betrieben wurde. Für 12,-- DM erhältlich im linken Buchhandel.

SPANISCHER JOURNALIST FREIGELASSEN

LÜBECK
21. April

Der spanische Journalist Jose Luis Rodriguez Olivar, der am 1.März vom Bundesgrenzschutz verhaftet worden ist, wurde jetzt bei einem Haftprüfungstermin freigelassen. Der Journalist, der seit 1972 als politischer Flüchtling in Schweden lebt, einen Flüchtlingspaß mit Gültigkeit für alle Länder besitzt, war wegen eines vor vier Jahren von der spanischen Polizei über Interpol ausgestellten Haftbefehls auf deutschem Boden festgenommen worden (s. ID 171).

WICHTIGER OLG–BESCHLUSS ÜBER ZENSUR IM KNAST

FRANKFURT
30. März

Der folgende Beschluß des Oberlandesgerichts Frankfurt erging Anfang dieses Jahres aufgrund einer Beschwerde eines U-Häftlings gegen den Beschluß der 23. Strafkammer Ffm, die es für rechtens hielt, dem Gefangenen den Briefempfang und das Briefeschreiben auf 1x die Woche zu beschränken, genauso die Büchersendungen einzuschränken. Begründung dafür: der zuständige Richter sei durch die „tägliche Flut" von Briefen, Büchersendungen und Zeitungen, die er zu kontrollieren habe, heillos überlastet. Das OLG hob diesen Beschluß wieder auf.

Abgesehen von einem formalen Fehler ist der Beschluß auch inhaltlich rechtswidrig, da die Beschränkung der Post nicht mit einer konkreten Gefahr für „Sicherheit und Ordnung der Anstalt" begründet wurde, sondern nur abstrakt mit der Feststellung, der Richter könne wegen Überlastung eine solche Gefahr nicht ausschließen.

4 Ws 19 – 20/77

Der 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts in Frankfurt am Main hat am 7. März 1977

beschlossen:

Auf die Beschwerde des Angeschuldigten wird der Beschluß der 23.Strafkammer des Landgerichts in Ffm aufgehoben.
Die notwendigen Auslagen des Angeschuldigten werden der Staatskasse auferlegt.

GRÜNDE:

Die Beschwerde ist nach § 304 Abs. 1 StPO zulässig. Sie hat auch in der Sache Erfolg.

Der angefochtene Beschluß der Kammer war bereits deshalb aufzuheben, weil die beanstandeten Haftbeschränkungen hier fälschlicherweise von der Strafkammer angeordnet wurden, obwohl für solche Maßnahmen nach § 126 Abs. 2 Satz 3 StPO ausschließlich und allein der Vorsitzende der Strafkammer zuständig ist. Der Senat hat bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß für vollzugsregelnde Maßnahmen im Rahmen des § 119 StPO allein der Vorsitzende eines Spruchkörpers

zuständig ist, und daß den Beisitzern des Spruchkörpers eine Mitwirkung bei diesen Entscheidungen nach der eindeutigen Zuständigkeitsregelung des § 126 Abs. 2 Satz 3 StPO versagt ist, weil Richter nur in der gesetzlich bestimmten Anzahl bei Entscheidungen mitwirken dürfen (§ 192 GVG). Soweit in der Rechtsprechung teilweise die Auffassung vertreten wird, daß solche Entscheidungen auch vom gesamten Spruchkörper getroffen werden könnten, weil der Entscheidung eines Kollegiums größere Sicherheit zukomme, so ist diese Ansicht mit dem eindeutigen Wortlaut der Bestimmungen der §§ 126 Abs. 2 Satz 3 StPO und 192 Abs. 1 GVG nicht zu vereinbaren (vgl. hierzu auch Veit, MDR 1973, S. 279).

Die Beschwerde ist auch in sachlicher Hinsicht begründet, weil die von der Strafkammer angeordneten Haftbeschränkungen nicht zulässig sind.

Die dem Angeschuldigten auferlegte Beschränkung des Briefverkehrs findet in § 119 Abs. 3 StPO keine Stütze. Nach dieser Bestimmung können dem Angeschuldigten nur solche Beschränkungen auferlegt werden, die entweder durch den Zweck der Untersuchungshaft oder durch die Ordnung in der Vollzugsanstalt erfordert werden. Die Beschränkung des Briefverkehrs des Angeschuldigten auf eine bestimmte Anzahl von Sendungen pro Woche läßt sich aber nicht aus dem Zweck der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Vollzugsanstalt rechtfertigen.

Soweit die Strafkammer darin keine Gefährdung des Haftzweckes gesehen hat, daß die Briefzensur wegen des besonder starken Umfangs des Briefverkehrs des Angeschuldigten nur oberflächlich durchgeführt werden könne, so betrifft dies nur die Schwierigkeit der Überwachung, nicht aber den Haftzweck selbst, der durch Nachlässigkeiten bei der Briefüberwachung nur mittelbar beeinträchtigt werden kann(Bloß mittelbare Zweckgefährdungen: vgl. hierzu Veit, a.a.O., mit Verweis auf BVerfGE 15,288). Daß der für die Briefzensur zuständige Richter im Einzelfall durch einen umfangreichen Briefverkehr des Untersuchungshäftlings zeitlich außerordentlich stark belastet werden kann, soll hierbei keineswegs verkannt werden. Derartige Überwachungsschwierigkeiten sind jedoch — wie das Bundesverfassungsgericht wiederholt ausgeführt hat — bloße „Lästigkeiten, die grundsätzlich hingenommen werden müssen, weil Grundrechte nicht nur nach Maßgabe dessen bestehen, was an Verwaltungseinrichtungen üblicherweise vorhanden ist" (so BVerfGE 15,288; und 34, 380, 381).

Der Briefverkehr von Untersuchungsgefangenen ist hiernach im Hinblick auf die Wahrung der Grundrechte grundsätzlich unbeschränkbar. Lediglich der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der Verfassungsrang besitzt und Wesensbestandteil der Grundrechte selber ist, kann diesem grundsätzlich freien Briefverkehr gegebenenfalls Grenzen setzen, z.B. dann, wenn die Überwachungsmaßnahmen einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordern (vgl. hierzu BVerfGE 34, 381). Daß diese Grenze hier überschritten wurde, ist nicht ersichtlich. Der Angeschuldigte hat in seiner Beschwerde vorgebracht, er habe in den vergangenen Monaten allenfalls zwei Briefe abgeschickt und erhalten. Gegenteiliges ist aus den Akten nicht zu entnehmen. Unter diesen Umständen ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit hier nicht verletzt, so daß eine Einschränkung des Briefverkehrs nicht gerechtfertigt war.

Soweit die Strafkammer weiterhin den Empfang von Büchern und Druckschriften eingeschränkt hat, lassen sich diese Beschränkungen ebenfalls nicht mit dem Haftzweck oder der Anstaltsordnung rechtfertigen. Soweit die Überwachung solcher Sendungen Schwierigkeiten bereitet, kann die Kontrolle dadurch auf ein Minimum reduziert werden, daß dem Angeschuldigten aufgegeben wird, die von ihm gewünschten Bücher und Druckschriften über die Vollzugsanstalt zu bestellen. Die Vollzugsanstalt kann dann die gewünschten Bücher ohne Angabe des Bestellers über den Buchhandel beziehen und an den Angeschuldigten aushändigen. Die Zuspielung von Nachrichten kann dabei völlig ausgeschlossen werden, so daß es sich erübrigt, diese Erzeugnisse einer eingehenden Kontrolle zu unterziehen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN, BRAUN DURCH BRAUN DURCHDRUNGEN

FLENSBURG
1. April

Die Häufung von brauner Propaganda, brauner Unter- und Obergrundarbeit und Billigung durch Landesregierung und Staatsorgane ist in Schleswig-Holstein beispiellos.

Eine von der Antifaschistischen Kommission Flensburg, Kiel, Lübeck, Mölln herausgegebene 48-seitige Broschüre nimmt sich dieses Themas an. Zu beziehen zum Preis von 2,— DM bei **W.D. Scheel, Postlagerkarte 089 831 A, 2300 Kiel 1.**

Das gibt es alles in Schleswig-Holstein: einen SS-Obersturmbandführer, der 26.000 Juden deportiert und nach dem Kriege Verwaltungsrichter in Schleswig-Holstein wurde und seit 1974 pensioniert ist, außerdem gibt's da einen Sozialminister, der die Erschießung von über 3000 Juden befahl und dann gibt's da noch eine KZ-Lagerärztin, die nach dem Kriege als Pflegerin in einem Heim arbeitete. Und alle Verfahren wurden von der Landesregierung verschleppt.

Die Verfilzung von braun und christdemokratisch beginnt schon bei der Jugend. ‚Bund volkstreuer Jugend'; ‚Junge Union', ‚Bund konservativer Jugend' arbeiten an den Schulen oft zusammen.

Da gibt's einen Reichstag in Flensburg, Führer-Geburtstagsfeiern auf Sylt, eine Buchhandlung ‚Nordwind' für nationale Literatur in Kiel und einen Wiking-Hof in Dörpstedt, wo die Jugend zu Wehrwillen und Gesittungspflege erzogen wird.

Auf all das geht die Broschüre ein und versucht im besonderen die offene und verdeckte Unterstützung durch die Christdemokraten aufzudecken (im Anhang ausführliches einschlägiges Namens- und Organisationsverzeichnis).

PROZESS GEGEN VERANTWORTLICHE DER „KASERNENZEITUNG"

DELMENHORST
18. April

Am 18. August 1975 verurteilte die Staatsschutzkammer des Landgerichts Oldenburg P. Schreiber wegen fortgesetzter verfassungsfeindlicher Einwirkung auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane zu DM 1800,— Geldstrafe.

P. Schreiber war 1974/75 presserechtlich verantwortlich für die DELMENHORSTER KASERNENZEITUNG der inzwischen nicht mehr existierenden Antimilitaristischen Gruppe Delmenhorst.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hob der Bundesgerichtshof dieses Urteil am 31.2.76 auf. Wahrscheinlich noch in diesem Jahr steht P. Schreiber deshalb in Oldenburg wieder vor Gericht; im Sinne des BGH-Urteils soll er schärfer verurteilt werden. Inzwischen wurde beim Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde eingereicht.

Alle Details zu diesem Fall könnt Ihr aus einer Dokumentation entnehmen, die von der Initiativgruppe gegen politische Unterdrückung — Delmenhorst erstellt wurde.

Wir sind der Meinung, daß dieser Angriff der Justiz sich gegen die noch wenig entwickelte antimilitaristische Arbeit der gesamten Linken richtet, da hier Veröffentlichungen kriminalisiert werden, die in der einen oder anderen Form von vielen Gruppen oder Zeitungen vertreten werden. Dazu eignet

sich im Sinne der Justiz der § 89 besonders gut, da er sog. „verfassungsfeindliche Bestrebungen" ungeachtet ihres Wahrheitsgehaltes unter Strafe stellt.

Broschüren könnt Ihr gegen einen Betrag von DM 1,50 bei folgender Adresse beziehen: **Arbeitskreis Delmenhorst des Sozialistischen Büros, c/o H. Kinny, Bürgerkampweg 36, 2870 Delmenhorst.**

DIE VORBEREITUNG EINES BERUFSVERBOTS

Der Fall Professor Gerhard Schneider (Berichtet vom Komitee gegen politische Entlassungen):

FRANKFURT 5. April „G. Schneider hat eine Professur am Fachbereich Romanistik der Universität Frankfurt. Seit zweieinhalb Jahren läuft ein Disziplinarverfahren gegen ihn. Seit einem Jahr ist er vom Dienst suspendiert.

Anlaß für das Disziplinarverfahren war eine Presseerklärung, in der G. Schneider zusammen mit anderen Professoren gegen einen brutalen Polizeiüberfall auf Zuhörer eines Arbeitsgerichtsverfahrens in Duisburg Stellung nahm und den Vorwurf des Polizeimordes an dem Arbeiter Günther Routhier erhob. Die disziplinarischen Vorermittlungen wurden damit begründet, daß G. Schneider gegen die Beamtenpflicht zur Mäßigung und Zurückhaltung verstoßen habe. Die „Tatbestände", die heute in das Disziplinarverfahren einbezogen sind, sind folgende:

1. Die Presseerklärung zum Tode Günther Routhiers. Eine gerichtliche Verurteilung nach § 90a (Verächtlichmachung der BRD) und § 185 (Beleidigung der Polizei) erhofft das Kultusministerium als Grundlage des Disziplinarverfahrens.
2. Alle Schritte, die G. Schneider zu seiner Verteidigung unternommen hat, also öffentliches politisches Auftreten, Begründung seines politischen Standpunktes, Begründung der Presseerklärung zum Tode G. Routhiers usw.
3. Seine kommunistische Gesinnung, das Eintreten für die Ziele der KPD, die Kandidatur für die KPD bei Land tags- und Bundestagswahlen.

Der Kultusminister hat daraus die Anklage konstruiert, „daß Sie (G. Schneidre, der Verf.) nicht gewillt sind, auch nur ein Mindestmaß an Loyalität gegenüber dem Dienstherren zu wahren."... „Darüberhinaus ist durch Ihre Aktionen das Ansehen der Beamtenschaft in der Öffentlichkeit erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Dies trifft insbesondere das schützenswerte Interesse an einer Beamtenschaft, die sich für die Wertordnung des Grundgesetzes einsetzt und die Grundgesetze der Mäßigung und Zurückhaltung bei politischer Betätigung beachtet" (Vorläufige Dienstenthebung.)

Das Komitee gegen politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote hält es für richtig, der Fall Schneider besonders herauszugreifen; denn hier soll ein kommunistischer Professor, der nie einen Hehl daraus gemacht hat, daß er für die Ziele des Marxismus-Leninismus eintritt, mit Berufsverbot belegt werden.

Wir fordern alle auf, die Solidarität mit Prof. G. Schneider zu verstärken, gegen den neuesten ANgriff — die Gehaltskürzung — zu protestieren.
Wer Interesse an weiteren Informationen hat, wende sich bitte an unsere Kontaktadresse:
U. Hill (RA), Schwanthalerstr. 52, 6 Ffm ".

DAS FRANKFURTER LEHRERZENTRUM – EINE NEUE KONZEPTION

FRANKFURT 4. April Das Lehrerzentrum ist umgezogen und will gleichzeitig eine erweiterte Zielkonzeption bekanntgeben:

„Bisher hatte das Lehrerzentrum das Ziel, Möglichkeiten zu schaffen, Probleme, die sich durch den Schulalltag ergeben, gemeinsam effektiver und für den einzelnen humaner anzugehen: d.h. eine Stabilisierung zu erreichen, die auch ein offensives Auftreten innerhalb der Schule ermöglicht.

Praktisch sieht das so aus, daß wir versuchen, die tagtägliche Mühsal der Unterrichtsvorbereitung durch den Aufbau einer Unterrichtsmaterialiensammlung zu verringern. Parallel dazu arbeiten wir in kleineren Gruppen an verschiedenen Problemstellungen: — Definition der Lehrerrolle — Personalratsarbeit —

Die neue Situation nach dem Umzug ist dadurch gekennzeichnet, daß wir zum einen jetzt größere Räume und dadurch bessere Arbeitsmöglichkeiten haben, zum anderen viele von uns nach dem 1. und 2. Staatsexamen arbeitslos geworden sind. Zum dritten überlegen sich die, die das fragwürdige Glück besitzen, eine - wie auch immer geartete - Stelle in der Schule zu haben, welche Alternativen zum herkömmlichen Schulbetrieb mögl[illegible] sind (sowohl innerhalb wie auch außerhalb). Die Gründung einer Gruppe, die sich mit Alternativ-Pädagogik beschäftigt, geht darauf zurück.

Durch den Zusammenschluß von zwei Lehrerzentren bestehen auch im Moment gute Möglichkeiten, neue Arbeitsgruppen zu bilden. Wir wollen aber nicht „Bedürfnisse verwalten" und Themen „überstülpen", sondern verstehen uns als Organisationsangebot für Einzelne und Gruppen, die sich gemeinsam in irgendeiner Weise mit ihrer jetzigen bzw. zukünftigen Berufssituation auseinandersetzen wollen. Am 1. Sonntag im Monat dient unser wöchentlicher „pädagogischer Dämmerschoppen" folglich dem Zusammenfinden zu neuen Arbeitskreisen.

Die arbeitslosen Lehrer haben sich angesichts ihrer beschissenen Lage und ihrem Interesse am Lehrerzentrum ein Konzept entwickelt: die arbeitenden Lehrer unterstützen die Arbeitslosengruppe monatlich mit einem Festbetrag. Dafür übernimmt die Arbeitslosengruppe die Verantwortung für einen Teil des Dienstleistungsbetriebes. Dadurch sind wir in der Lage, daß Lehrerzentrum fünfmal in der Woche zu öffnen.

Die Unterstützung, die durch das Lehrerzentrum gege[illegible] werden kann, reicht allerdings bei weitem nicht zur Abdeckung des Existenzminimums aus, da wir zum Aufbau der Unterrichtsmaterialensammlung und den täglichen Kleinkram wie Miete, Telefon, etc. ebenfalls noch Geld benötigen.

Deshalb rufen wir alle, die die Idee eines solchen Lehrerzentrums begrüßen, Interesse an der Weiterentwicklung einer fortschrittlichen Pädagogik haben, zur finanziellen Unterstützung auf. Das kann geschehen durch eine einmaligen,lieber aber monatlichen Solidaritätsbeitrag."

Kontaktadresse: Lehrerzentrum Frankfurt
Bockenheimer Landstr. 107
Telefon: 74 69 29

Öffnungszeiten: Sonntag — Donnerstag 18.00 — 20.00

Kontonummer: Deutsche Bank, Walter Zimmermann, 267/3457/26

DIE „GEFÄHRLICHKEIT" VON UMWELT-SCHÜTZERN

FULDA
15. April

Presseerklärung des Kreisverbands Jugendwerk Fulda:

In Fulda haben sich ca. 7o Bürger zusammengetan, um eine Initiative zu Fragen des Umweltschutzes zu gründen.

Diese Gruppe hat sich bisher im „Goldenen Anker" getroffen.
Wie aus Berichten der „Fuldaer Zeitung" und der „Frankfurter Rundschau" vom 7.4.77 hervorgeht, haben einige Bewohner Fuldas es unternommen, die Wirtsleute mit anonymen Anrufen und Briefen zu bedrohen. Das spricht für eine seltsame Auffassung von Meinungsfreiheit.

Schwerer wiegt, daß die Fuldaer Kriminalpolizei sich nicht etwa um die anonymen Anrufer und Schreiber kümmert, sondern die Mitglieder der Initiative bespitzelt und einzuschüchtern versucht.

Kripochef Martin Liebig:
„Grundsätzlich" sei en solche Bürgerinitiativen „häufig links unterwandert."

MIETERWIDERSTAND IN "SOZIAL"-WOHNUNGEN

HAMBURG
12. April

Auf Grund einer Mieterhöhung zum 1. April 1977 von 9,76% (56 Pf/qm) im Block 6 der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft SAGA haben sich Mieter zusammengeschlossen und diese Erhöhung entschieden zurückgewiesen. Dazu fanden zwei Mieterversammlungen statt, auf denen die Teilnehmer ihre Bereitschaft erklärten, diese Erhöhung nicht zu zahlen.

Die Problematik und Hintergründe dieser Mieterhöhung sind auf dem Sektor des sozialen Wohnungsbaus zu suchen. Es wurde beschlossen, durch Aktionen die Öffentlichkeit auf diese Problematik aufmerksam zu machen und aktiv gegen diese unberechtigte Mieterhöhung vorzugehen. Eine Stellungnahme dazu haben die Mieter in der nachstehenden Resolution zusammengefaßt.

Weitere Aktionen, z.B. eine Demonstration und Kundgebung im Stadtteil sind im Gespräch, außerdem wurden Kontakte zu anderen SAGA-Neubaugebieten hergestellt.

Kontaktadressen: **Christian Ritter, Gropiusring 42, 2000 Hamburg 60, Tel. 6316889, ab Donnerstag 14-16 Uhr; Niels Schulze, Gropiusring 46, 2000 Hamburg 60, Tel. 6315126.**

RESOLUTION

Auf der Mieterversammlung am 30.3.77 wurde folgende Resolution zur Mieterhöhung verabschiedet:

„Wir Mieter von Block 6 stellen fest: Unsere jetzigen Mieterhöhungen von ca. 10% sind der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung der Mieten im sozialen Wohnungsbau, die schon lange nicht mehr den Namen „sozial" in Anspruch nehmen können.

Die Entwicklung der Einkommen hält mit der Erhöhung der Mietpreise schon lange nicht mehr Schritt. Das führt zwangsläufig zur Senkung unseres Lebensstandards. Neue soziale Härten werden geschaffen und alte verschärft, die auch durch Wohngeldgesetze und Sozialhilfe nicht aufgefangen werden. Der Hinweis der SAGA (staatliche Wohnungsbaugesellschaft), als Mieter Wohngeld beantragen zu können, ist irreführend und wir empfinden ihn als zynisch. Denn wer bisher kein Wohngeld bekommen hat, geht auch jetzt leer aus. Und für Wohngeldempfänger ändert sich wenig.

Weiterhin stellen wir fest: Der Stadtstaat Hamburg verkauft der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA Grundstücke, auf denen mit Steuermitteln finanzierte Wohnungen gebaut werden. Mit unserer Miete bezahlen wir der SAGA diese Wohnungen nochmal. Das unternehmerische Risiko wird als Mietausfallwagnis ebenfalls auf uns abgewälzt.

Im sozialen Wohnungsbau werden Kosten teilweise pauschal abgerechnet, ohne daß der Eigentümer gezwungen ist, die tatsächlichen Kosten nachzuweisen. In unserem Fall wurde von der SAGA ein Teil der so erwirtschafteten Überschüsse dazu verwendet, Altbauten zu sanieren. Diese Geldverschiebungen und Mehrfachfinanzierungen sind durch Gesetzgebung ermöglicht worden. Sozial- und gesellschaftspolitisch ist diese Gesetzgebung gegen das Interesse der Mieter und muß in ihrem Sinne dringend geändert werden.

Aufgrund dieser Tatsachen fordern wir:
1. Rücknahme der Mieterhöhung
2. Beseitigung der immer noch vorhandenen Baumängel
3. Die katastrophale Entwicklung der Sozialmieten muß gestoppt werden
4. Die Mieten müssen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden.

Diese Resolution wird von der Mieterversammlung Block 6 einstimmig genehmigt und verabschiedet."

LINKE INITIATIVEN IN DER PROVINZ – AM BEISPIEL DES JUGENDZENTRUMSVEREINS MITTLERES KINZIGTAL

HASLACH
12. April

Der Jugendzentrumsverein Mittleres Kinzigtal besteht schon seit 1973 und hatte sich damals aus formaljuristischen Gründen aus einer Initiative zur Schaffung eines selbstverwalteten Jugendzentrums gebildet. Die Verwaltung und die ganze Obrigkeit wollte einfach nicht mit uns verhandeln, solange wir keine juristische Körperschaft darstellten.

Seit 1973 kämpft der Verein nun schon für ein Jugendzentrum in diesem Raum gegen die Verwaltung und deren Büttel, die schon vier Jahre lang eine Taktik des Hinhaltens, Verzögerns und Vertröstens betreiben. Trotz der vielen negativen Erfahrungen und Enttäuschungen in diesem Kampf und trotz der Tatsache, daß der Jugendzentrumsverein seine eigentliche, ursprüngliche Funktion, die Schaffung eines selbstverwalteten Jugendzentrums bis jetzt noch nicht erfüllen konnte, hat sich jedoch in den letzten vier Jahren auch eine positive Entwicklung und positive Neubestimmung der Funktionen des Vereins ergeben.

Der Jugendzentrumsverein erfüllt heute auch den Zweck und die Aufgabe, Sammelort und Treffpunkt für die Kinzigtäler linke Scene zu sein und darüberhinaus eine politisierende Rolle in dem ansonsten rabenschwarzen Provinzleben zu haben, (es gibt hier Dörfer, in denen es bei Wahlen 80-90%ige Wahlsiege der Christdemokraten gibt!)

Ein Go-In bei einer Gemeinderatssitzung z.B. oder die Erfahrung, daß sich Aussagen von SPD und CDU oft aufs Haar gleichen, ist für einen Schüler, der bei uns im Verein mitarbeitet, erfahrungsreicher und wichtiger als 10 Stunden Gemeinschaftskundeunterricht in der Schule. In der konkreten Auseinandersetzung mit der Verwaltung und der Bevölkerung durch Aktionen, in Diskussionen usw. wird im Verein und durch den Verein ein politisches Bewußtsein geschaffen, was allein schon positiv zu bewerten ist, auch wenn unser Ziel, das selbstverwaltete Jugendzentrum, noch in weiter Ferne liegt.

Der Jugendzentrumsverein Mittleres Kinzigtal hat jetzt eine Dokumentation zur Geschichte seines 4-jährigen Kampfes herausgegeben und wird am 1. Mai in 7613 Hausach eine Kundgebung abhalten, wozu andere Jugendzentrumsinitiativen, politische Jugendverbände u.a. eingeladen sind, wo Musik gemacht und Straßentheater gespielt werden soll.

Kontaktadresse für Solidaritätserklärungen oder Dokumentatinsbestellungen (dm 2.- in Briefmarken beifügen):
Jugendzentrumsverein m.k., 7620 Wolfach, Pf. 1273

INTERNATIONALES

DEUTSCHE GUERILLEROS BEI STRASSENSCHLACHTEN IN BOLOGNA DABEI?

BOLOGNA 25. März PCI-Blatt berichtet: Für die Straßenschlachten in Bologna waren möglicherweise Kommandos deutscher Guerilleros oder Killer angeheuert worden. Um die folgende Horrormeldung ein bischen besser einschätzen zu können, bedarf es einer kleinen analytischen Vorbemerkung:

Die Ermordung Francesco Lorrussos am 11. März in Bologna durch die Polizei hat der politischen Rechten in Italien zu einem breitangelegten Angriff nicht nur gegen die radikale Linke, sondern auch gegen die PCI gedient. An keinem anderen Ort und zu keinem anderen Zeitpunkt hätte dieser Mord der Rechten größere Chancen zu ihrer Stärkung gegenüber der PCI eröffnen können.

Warum am 11. März?
Am Tag zuvor hatte die DC die größte parlamentarische Schlappe seit Beginn der Andreotti-Regierung hinnehmen müssen: Sie konnte nicht verhindern, daß das Parlament mehrstimmig beschloss, die beiden Parlamentarier Gui und Tanassi, wegen ihrer Verwicklungen in die Lockheed-Affaire zur gerichtlichen Verantwortung freizugeben. Diese parlamentarische Entscheidung, die die DC bis zum letzten Augenblick mit äußersten Erbitterung abzuwenden versucht hatte, war dazu geeignet, bei den DC-Wählern eine Vertrauenskrise auszulösen und insgesamt die Korruptheit dieser Partei der gesamten Bevölkerung noch einmal in krasser Weise vor Augen zu führen. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit mußte hiervon abgezogen werden, und man kann sagen, daß dies glänzend gelungen ist.

Für den Tag nach der Ermordung Francescos war die nationale Demonstration der Studentenbewegung gegen die Malfatti-Hochschulreform und für den Sturz der Regierung Andreotti angesetzt. (siehe hierzu ID 167, S. 27 und ID 168, S. 25). Diese Demonstration sollte der Höhepunkt einer seit Wochen, zum Teil mit Streiks und Besetzungen an allen italienischen Unis geführten Kampagne sein. Schon vorher konnte mit Sicherheit angenommen werden, daß mindestens 50.000 Studenten nach Rom kommen würden. Diese Massenbewegung gegen die technokratische Hochschulreform, gegen die akademische Arbeitslosigkeit, gegen die Austerity-Politik der Andreotti-Regierung, diese Massenbewegung, die sichtlich im Anwachsen begriffen war, für die das System keine Möglichkeit zur Integration bereithat, läßt sich nur durch einen breitangelegten Versuch zu deren Kriminalisierung, durch blanke Repression aufhalten. Repression braucht eine Legitimation, braucht einen Vorwand. Einen Vorwand kann man sich schaffen.

Warum in Bologna?
Die DC führt einen Verzweiflungskampf um die politische Macht, die ihr durch das Anwachsen der PCI langsam aber sicher aus den Händen zu gleiten droht. Eines ihren Wählern gegenüber schlagkräftigstes Argument war stets: die PCI ist nicht regierungsfähig, sie führt das Land in den wirtschaftlichen Ruin und kann die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht garantieren. In keiner anderen Stadt als in Bologna hatte die PCI bereits in der Vergangenheit besser bewiesen, daß sie eben doch in jeder Hinsicht regierungsfähig ist. Wäre es der DC gelungen zu beweisen, daß der PCI in Bologna die politischen Fäden aus der Hand gleiten, daß sie dort nicht mehr in der Lage ist, die öffentliche Ordnung zu garantieren, so hätte dies einen exemplarischen Sieg der Rechten von nationalem Ausmaß bedeutet. Hätte es Cosiga politisch verantworten können, seine Drohung, über Bologna den Ausnahmezustand zu verhängen und dort das Militär einzusetzen, wahrzumachen, so wäre das für die Bologneser PCI die größte Schlappe in der Geschichte ihrer Kommunalregierung gewesen. Dieser Machtkampf ist nach der relativen „Beruhigung" der Situation in Bologna noch keineswegs abgeschlossen, aber die PCI hat gute Chancen, ihre Position gegenüber der Rechten zu wahren.

Dazu hat sie sich auch bis jetzt schon ganz schön angestrengt: Sie hat sich nicht entblödet, gemeinsam mit der PC die schweigende Mehrheit zu einer Massenkundgebung unter der Parole „Nein zur Gewalt" zusammenzutrommeln, ein Schmierenschauspiel, das, wenn es in seiner Ausrichtung als Frontalangriff gegen die radikale Linke nicht zu gefährlich wäre, man nur als peinlich ansehen kann. Um weitere Punkte zu gewinnen, ist ihr kaum ein Manöver zu dreckig, um sich nur der Rechten mehr denn je als Superpolizei und Oberdenunziant anzubiedern. Auf der lokalen Ebene versucht sie zusätzlich die Kontinuität der kommunistischen Idylle wieder herzustellen, Geschehenes ungeschehen zu machen, indem sie die Lieblingstheorie aller in peinliche Situationen geratene Stadtväter aus der Mottenkiste kramt: Das Unheil kam von außen! – und wenn schon, denn schon: je weiter, je besser!

Nachdem die PCI-Tagespresse bereits vor einer Woche die Finsterlinge vom Dienst – die Genossen der Via dei Volsci aus Rom – als wahre Drahtzieher der Ausschreitungen identifiziert hatte, gesellt sie diesen nun in einem Artikel ihrer illustrierten Wochenzeitung „Giiorni" auch noch ausländische Terroristen an die Seite.
Hören wir nun endlich die reine Wahrheit im Originalton:
(...) Viele Bürger haben übereinstimmend bekundet, daß sie einige unter den Demonstranten hatten ausländisch reden hören, hauptsächlich deutsch. Die vereinfachende Antwort einiger Zeitungen hierauf lautete, daß eine Menge ausländischer Studenten an den verschiedenen Fakultäten der Universität studieren und daß es ohne weiters denkbar ist, daß diese sich den „Kommandos" der „autonomi" angeschlossen haben. Aber das stimmt nicht. Der größte Teil der in Bologna ansässigen ausländischen Studenten hat wissen lassen, daß sie mit den Manifestationen der Gewalt nichts zu tun hatten. Und nun? Die Antwort darauf wird der Agent des deutschen BND (Spionage und Gegenspionage) geben können, die in engem Kontakt mit unseren Sicherheitsdiensten Stunde um Stunde, Tag für Tag die „heißen Tage" in Bologna mitverfolgt hat (...).
Das, was der BND-Agent, und leider nur er, weiß, das kann die italienische Polizei leider nur vermuten. Doch scheint uns die Präzision ihrer Schlußfolgerungen von durchaus zwingender Überzeugungskraft, so daß es auch mehr als begrüßenswert ist, daß sie über das Sprachrohr obenbenannter PCI-Zeitschrift großen Teilen der italienischen Bevölkerung eine verständliche und gleichzeitig auch differenzierte Erklärung der komplexen und wirren Geschehnisse zu liefern in der Lage ist. Das Blatt läßt einen Beamten der Anti-Terrorismus-Abteilung der Polizei zu Wort kommen:
„Es handelt sich um neue Leute, neue Gesichter für uns. Es handelt sich mit Sicherheit um einen gutabgestimmten Plan, der kunstvoll bis in die kleinsten Einzelheiten hinein studiert war. Da die wissen, daß wir einen großen Teil der Gesichter der Leute von der Brigate Rosse, den NAP und von Ordine Nuovo (militante Faschistengruppe) kennen, ist es klar, daß in Krawallen, wie denen in Bologna, neue Gesichter, neue Gruppen, eingesetzt werden, Leute, die möglicherweise im Ausland angeheuert worden sind, vor allem in Deutschland. Und von daher wird es für die Sicherheitsbehörden schwierig, vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Ich wiederhole: Die politischen Abteilungen der verschiedenen Polizeibehörden könnten grö-

ßere Erfolge erzielen, denn es ist klar, daß jedes Kommando, das in einer fremden Stadt ankommt, hier wie im Ausland, stets mit wenigstens einem Kontaktmann an dem betreffenden Ort Verbindung aufnehmen muß, und wenn dieser Kontaktmann 24 Stunden am Tag kontrolliert würde, dann könnten auch die von weither kommenden Guerilleros oder Killer identifiziert werden."

INTERNATIONALEN KREDIT GIBT'S NUR BEI LOHNSENKUNG

BOLOGNA 12.April Neben den Auseinandersetzungen um die neue Studentenbewegung, die militanten Aktionen und die Repression nach der Ermordung des Genossen Francesco Lorusso beherrschte ein Thema die italienische Öffentlichkeit im letzten Monat: ob Italien vom Weltwährungsfond einen Kredit über 530 Millionen Dollar zur Überwindung der chronischen Wirtschaftskrise bekommt. Der Weltwährungsfond hatte zur Bedingung gemacht, daß die Regierung Andreotti Maßnahmen zur Senkung der Lohnkosten ergreift. Das ist nach langen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Regierung am 31. März geschehen.

Das Übereinkommen zwischen Regierung und Gewerkschaften (CGIL-CISL-UIL) sieht folgendes vor: Neben einer Kürzung der beim Ausscheiden aus dem Betrieb regelmäßig gezahlten Abfindungssumme um 3000 DM bei 20jähriger Beschäftigung und der Kürzung der regelmäßigen Jahreszuschläge wird die sogenannte ‚scala mobile' (gleitende Teuerungszulage) reduziert. Außerdem verpflichten sich die Gewerkschaften ‚feierlich', im laufenden Jahr 1977 bei Tarifverhandlungen nicht mehr als 30 - 40 DM zu fordern, das entspricht 3-4% Lohnerhöhung. Bei der ‚scala mobile' handelt es sich um ein seit Anfang des 20.Jahrhunderts bestehendes Gesetz, durch das die Löhne an die Inflationsraten angeglichen werden. Diese Teuerungszulage bezieht sich auf 85 Güter und Dienstleistungen des notwendigen Lebensunterhaltes, die den sogenannten ‚Brotkorb' bilden. Nach der Preiserhöhung dieser Güter wird die Teuerungszulage berechnet, die z.Zt. alle 3 Monate neu festgesetzt wird. Zur Bedeutung der ‚scala mobile':Die Inflationsrate betrug 1976 19%.

Während bisher Tageszeitungen, städtische Verkehrsmittel und Elektrizität in dem ‚Brotkorb' enthalten waren, werden nach den jetzt vom Parlament verabschiedeten Übereinkommen Preiserhöhungen dieser Güter bei der Bemessung der Teuerungszulage nicht mehr berücksichtigt. (Bei Strom jedoch erst ab einem bestimmten Betrag). Schon bisher war Benzin dabei ausgeschlossen, das z.Zt. 1,45 DM pro Liter kostet. Die neue Kürzung der scala mobile bedeutet gesamtwirtschaftlich eine Lohnkosteneinsparung der Unternehmer um 130 Mio. DM. Nachdem bereits im Oktober 76 bei Nettolöhnen über ca. 1150 DM monatlich die Teuerungszulage um 50% gekürzt wurde und bei Löhnen über 1500 DM ganz wegfiel, ist dies nun der zweite Angriff der Regierung Andreotti auf das Lohnniveau.

Die Zustimmung der Gewerkschaften zu diesem Projekt ist umso skandalöser, als sie noch am 7.Januar 77 auf der Nationalversammlung von 2000 Gewerkschaftsfunktionären in Rom beteuert hatten, daß „die scala mobile nicht angerührt wird". In Gewerkschaftskreisen wurden die damaligen Zugeständnisse (u.a. Abschaffung von sieben Feiertagen) immer damit gerechtfertigt, daß man aber bei der Teuerungszulage nicht mit sich reden lasse.

Als erste Reaktion auf das Übereinkommen Regierung-Gewerkschaften hagelte es Hunderte von Protestanrufen in der Gewerkschaftszentrale. Über 70 Gewerkschaftsführer, hauptsächlich von der CISL Turin, Venedig und Mailand kritisieren in einem Kommunique die Entscheidung und das propagandistische Vorgehen der Gewerkschaftsspitze und fordern die Einberufung der Delegierten-Nationalversammlung,um die gesamte Gewerkschaftslinie festzulegen, sowohl was die Ziele als auch was Streiks angeht. Dieses Dokument wird in zahlreichen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen angenommen, immer gegen die Stimmen der PCI-Kader.

94 consigli di fabrica (vergleichbar mit ‚Betriebsräten'), zahllose Delegierte aus 190 weiteren Fabriken aus Mailand kritisierten die Entscheidung der Gewerkschaftsführung als klaren Verstoß gegen die Beschlüsse vom 7.Januar und werteten sie als „letzte Kapitulation der gewerkschaftlichen Autonomie". Auch sie forderten die baldmöglichste Einberufung der Delegiertennationalversammlung und den sofortigen Stop von Treffen zwischen Gewerkschaft und Regierung, da die Führungsspitze „kein Garant der Demokratie und der Entscheidungen der Arbeiter selbst" sei. Sie rufen zu einer Versammlung am 6.April im Lirico-Theater in Mailand auf.

Die PCI-Tageszeitung Unita bezeichnet diese Versammlung als einen Angriff auf die Einheit der Gewerkschaften. PCI-Mitglieder versuchen vereinzelt sogar die Beteiligung anderer Arbeiter an der Versammlung zu verhindern, so z.B. in Paderno und Bresso, wo sie Plakat-Aufrufe abreißen.

Am 6.April versammeln sich im Lirico-Theater in Mailand 3000 Arbeiter, darunter Betriebsräte aus 300 Fabriken, aus ganz Italien und den verschiedensten Branchen. Unter den Delegierten sind verschiedene Provinzsekretäre der CISL und UIL, das Mailänder Sekretariat der FIM-CISL, von der PC-nahen CGIL nur Einzelpersonen. Die Organisation der Versammlung geht über die consigli di fabbrica, die sich auf den Mailänder Aufruf hin gemeldet haben. Auf der Bühne des Theaters hängt ein rotes Transparent: „Für die Gewerkschaft der ‚consigli' gegen die Mitverwaltung der Krise".

In der sechsstündigen Debatte gibt es zeitweise die Gefahr, daß die Versammlung auseinanderbricht, hauptsächlich als es darum geht, sich über die nächsten Schritte zu einigen. Schließlich wird mit über 70% Mehrheit die Resolution der Organisatoren angenommen:

Eine allgemeine Debatte soll in den Fabriken eröffnet werden über die gewerkschaftliche Strategie, die nach dem Abkommen zwischen Regierung und Gewerkschaften vollends in die Krise gekommen ist. Außerdem soll die Delegierten-Nationalversammlung von 6000 Arbeitern (nicht nur von 2000 wie im Januar) einberufen werden, die von den Basisversammlungen delegiert werden sollen. Der Vorschlag eines Generalstreiks für den 15.April wird abgelehnt, ebenso eine ‚Koordinierung' außerhalb der organisatorischen Strukturen der Gewerkschaft. Der Mailänder Provinzsekretär der FIM-CISL Tiboni wendet sich gegen eine Spaltungstendenz: es sei falsch, aus dieser Versammlung eine ständige Einrichtung zu machen. („Vierte Gewerkschaft"). Er sei gegen einen Streik, weil an dem Abkommen nichtsmehr zu ändern sei. „Wir wollen nur verhindern, daß die italienische Gewerkschaft nach deutscher Art integriert wird". Er ruft wie die Indiani Metropolitani (Stadtindianer): *„Die Gewerkschaftsführer sind Bleichgesichter mit gespaltener Zunge!"* Auf der Straße sagen sie das eine, bei Regierungstreffen was anderes.
Eine Delegierte von SIT Siemens sagt, der Preis für die Politik des historischen Kompromisses sei u.a. die untergeordnete Rolle der Gewerkschaft, der Verlust ihrer Autonomie.

P.S.: Inzwischen hat der Internationale Währungsfond der italienischen Regierung den 530 Millionen-Kredit gegeben.

SERIE VON ATTENTATEN GEGEN PALÄSTINENSER

PARIS 3. April In ‚Le Monde' vom 3. April erschien folgende Anzeige: „Für die Wahrheit über die Morde an vier Kämpfern für die palästinensische Sache in Frankreich". Am 8. Dezember 1972 wurde Mahmoud el Hamchari, Representant der PLO in Paris, durch die Explosion einer ferngesteuerten Bombe in seiner Wohnung tödlich verletzt. Am 6.April 1973 wurde Basil Kubaissi bei einem Aufenthalt in Paris in der Rue de l'Arcade von Schüssen durchsiebt. Am 28. Juni 1973 wurde Mohamed Boudia durch die Explosion einer ferngesteuerten Bombe in seinem Wagen getötet.

Nach dem Mord an Ahmed Bouchiki in Norwegen stellte sich während des Prozesses in Oslo im Januar 1974 gegen die Mitglieder eines israelischen Geheimdienstes (MOSSAD) folgendes heraus: der Geheimdienst war neben dem Mord in Norwegen auch für die drei Morde in Paris verantwortlich. Hinzu kommt, daß das kürzlich erschienene Buch des Journalisten David Tinnin ‚Die Rache von München' schildert, wie dieses ‚Liquidieren' vom Mossad unter der Führung seines Chefs General Zamir und des Premier Ministers Golda Meir durchgeführt wurde.

Am 11. März 1975 wurde das Büro der ‚Vereinigung französisch-arabische.Solidarität' durch eine Bombe zerstört. 1975 und 1976 wurde zwei Attentate auf die ‚Arabische Buchhandlung' (Rue Saint-Victor 2) in Paris verübt. Eine zionistische Gruppe übernahm die Verantwortung. Am 3. Januar 1977 wurde der Geschäftsführer dieser Buchhandlung vor dem Laden niedergeschossen und getötet. Am 3. Februar 1977 zerstörte ein Sprengstoffanschlag einen Teil der ‚Palästinensischen Buchhandlung' (Rue de la Reunion). Diese Buchhandlung war schon vorher mehrfach angegriffen und beschädigt worden.

Bis zum heutigen Tag ist öffentlich keinerlei Bericht erstattet worden von den polizeilichen und gerichtlichen Ermittlungen, die nach diesen 4 Morden in Gang gesetzt wurden. Man muß sich fragen, ob diese Untersuchungen überhaupt mit dem Willen begonnen wurden, sie zum Ziel zu bringen.

Die französische Regierung, die der Eröffnung eines palästinensischen Informationsbüros und der Arbeit der PLO in Paris zugestimmt hat, muß die Sicherheit derjenigen Kämpfer für die palästinensische Sache garantieren, die sich in Frankfreich befinden. Darum fordern wir, daß die ganze Wahrheit über die Morde an Mahmoud el Hamchari, Basil Kubaissi, Mohamed Boudia und Mahmoud Saleh aufgedeckt wird und daß die Schuldigen festgenommen und vor Gericht gestellt werden. Wir werden fortfahren, auf dieses Ziel hinzuarbeiten."
Es folgen über 200 Unterschriften.

PROTEST GEGEN KERNKRAFT

PARIS 3. April Am 1.April protestierten in Melbourne 20 000 Personen gegen die Verwendung von Atomenergie. Die hinter dieser Kundgebung stehende Widerstandsbewegung ist die bedeutenste in Australien seit den Protesten gegen den Vietnam-Krieg. Die Demonstranten verbrachten die Nacht auf der bloßen Erde, um sich entsprechend den Lebensbedingungen nach einer Nuklearkatastrophe zu verhalten. Sie forderten einen zunächst auf 5 Jahre begrenzten Stop von Abbau und Export von Uran.
(Le Monde, 3.4.77)

JOURNALIST WIRD AMTLICH VERFOLGT

LONDON 15. April Am 19.Februar dieses Jahres wurden in London zwei Journalisten, Duncan Campbell (ein Mitglied des Redaktionskollektivs der Zeitschrift „Undercurrents") und Crispin Aubrey von der „Time Out" (Veranstaltungskalender für London) und ein Sozialarbeiter namens John Berry verhaftet. Campbell und Aubrey wurden gegen Kaution freigelassen. Berry kam in das Untersuchungsgefängnis in Brixton. Am 26. April wird entschieden, ob sich die drei wegen Spionageverdachts vor Gericht veranworten müssen.

Die Tatsache, daß bei der Durchsuchung von Campbells Wohnung Militärzeitschriften kein besonderes Interesse erregten, läßt darauf schließen, daß die Polizei nicht nach Beweisen für Spionage suchte.

Campbell ist überzeugt davon, daß mit seiner Verhaftung und der Beschlagnahme seines Arbeitsmaterials die Vernichtung seiner beruflichen Existenz bezweckt werden soll. Die polizeiliche Auflage, sich täglich zu melden, erhärtet diesen Verdacht.

Die Gründe der Behörden, Campbell mit allen Mitteln kaputt machen zu wollen, sind klar. Campbell stand im Mittelpunkt einer Fernsehsendung, die sich mit seiner Arbeitsweise im Fall Agee und Hosenball (s. ID 166) befaßte. Er hatte mit einfachen Mitteln heimliche Machenschaften der Behörden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Außerdem schrieb er für einige Zeitungen Artikel, die sich mit dem Militär und der Staatssicherheit befaßten.

NEUES VOM NOTSTANDSSTAAT IRLAND

DUBLIN 12. April In der Republik Irland werden mittlerweile die Notstandsgesetze angewendet. In den letzten Wochen wurden mehrere Republikaner nach den neuen Notstandsgesetzen ohne richterlichen Haftbefehl und ohne konkrete Anklage festgenommen und sieben Tage fast ununterbrochen verhört. Durch Foltermittel wie Schlafentzug und Wasserentzug versuchten die südirischen Geheimpolizisten die GEfangenen „geständnisbereit" zu machen. Während dieser Zeit wurden die Gefangenen von der Außenwelt total abgeschirmt. Selbst den Anwälten wurde der Zutritt zu den Gefängnissen verweigert. Als Strategie zeichnet sich ab, mehrere Gefangene gleichzeitig in verschiedenen Räumen zu der gleichen Sache zu verhören und den Gefangenen immer wieder die angeblichen Geständnisse der anderen vorzulegen. Die Strategie, Oppositionelle bis zu sieben Tage ohne Haftbefehl und ohne Anklage festzunehmen, erläuterte ein südirischer Polizeioffizier gegenüber einem Inhaftierten ganz offen: „In sieben Tagen kriegen wir jeden klein, und wenn das nicht ausreicht, lassen wir dich für zwei Tage frei und holen Dich dann wieder für die nächsten sieben Tage und das dürfte ausreichen, um auch dich fertig zu machen. "

Im Port Laoise Gefängnis, Dublin, sind die Haftbedingungen nochmals verschärft worden. So droht jetzt jedem Gefangenen bis zu 28 Tage totale Isolationshaft, wenn wenn er die Gefängiswärter nicht mir „Sir" anredet oder außerhalb der erlaubten Zeiten raucht. Die Republik Irland ist momentan das westeuropäische Land mit den meisten politischen Gefangenen, der höchsten Arbeitslosenquote und den schlechtesten Wohnbedingungen.

In Ergänzung zu der Repression in Sürirland sind vor einem englischen Gericht 4 Iren wegen angeblicher Beteiligung an der Bombenkampagne 1974 in England zu

insgesamt 616 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Für diese Anklage punkte sind im letzten Jahr schon drei Iren zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden. Obwohl die vier jetzt verurteilten die volle Verantwortung für diese Anklagepunkte übernahmen und die Unschlud der drei zuvor verurteilten selbst nach der Aussage eines britischen Polizeioffiziers damit erwiesen ist, wurde eine Neuaufnahme des Verfahrens von der britischen Justiz bisher verweigert – unter der bewußten Kenntnis, daß 3 Unschludige zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurden.

Und noch was Erfreuliches zum Schluß: Die Terminliste für die RUNDREISE irischer Genossen vom 25.4.-19.5. ist endlich fertig und kann beim WISK, 637 Oberursel, Postfach 35 angefordert werden.

4 STUDENTEN ANGEKLAGT WEGEN HOCH-SCHULBESETZUNG

LONDON
16. April

Im März waren mehr als 30 britische Hochschulen und Fachhochschulen besetzt (s. ID 168), jetzt kriegen 4 Studenten der Middlesex Polytechnic einen Prozeß beim Old Bailey (höchstes britisches Gericht) wegen „Widerstand gegen den Sheriff of London." Der Sheriff of London ist Londons oberste Verwaltungsbehörde. Einer der Angeklagten, von McClarey, erklärte: „Wir hatten die Polytechnic besetzt als Protest gegen die Gebührenerhöhungen und die Entlassungen von einigen Dozenten, dann kam der Sheriff of London mit der Polizei, um uns aufzufordern, die Besetzung zu unterlassen. Unsere Antwort darauf war die Errichtung von Barrikaden. Am nächsten Tag kam der Sheriff wieder, um uns erneut aufzufordern, das besetzte Gebäude zu verlassen. Diesmal drohten sie mir und einigen anderen mit Verhaftung, wenn wir nicht gehorchten. Wir weigerten uns wiederum, das Gebäude zu verlassen, und daraufhin bin ich festgenommen worden. Gleichzeitig stürmte die Polizei die Barrikaden in dem Hauptgebäude. Sie nahmen die Barrikaden auseinander und verhafteten drei von uns, darunter den Asta-Vorsitzenden und seinen Stellvertreter. Jetzt müssen wir uns am 9.Mai beim Old Bailey vorstellen."

aus: Socialist Worker

NUKLEARE SICHERHEIT

BRÜSSEL
18. April

Am 28. April, vormittags, findet im Ausschußgebäude zu Brüssel, Rue Ravenstein 2, eine Debatte im Wirtschafts- und Sozialausschuß zum Thema „NUKLEARE SICHERHEIT" statt.

Von diesem Ausschuß der Europäischen Atomgemeinschaft/ Fachgruppe Energie und Atomfragen gibt es bis jetzt den Entwurf einer Studie „GEMEINSCHAFTSKODEX betreffend die NUKLEARE SICHERHEIT". Hier einige interessante Auszüge:

„Daß die getroffenen Sicherheitseinrichtungen und -maßnahmen sich bisher als ausreichend erwiesen haben, haben verschiedene Störfälle in Kernkraftwerken bewiesen, bei denen es in keinem bekannten Fall zu einer ernstlichen Gefährdung der Bevölkerung gekommen ist."



Die GESELLSCHAFT für REAKTORSICHERHEIT hat in einer Liste über besondere Vorkommnisse in KKWs von 1971 bis zum Vorjahr 35 Fälle registriert (in der BRD allein!). In der Zusammenstellung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, sind mehrere Pannen aufgeführt, die der Öffentlichkeit bisher nicht mitgeteilt wurden. Insgesamt sieben „besondere Vorkommnisse" haben sich in dem Zeitraum im KKW Würgassen ereignet, in Lingen fünf, in Biblis fünf und vier Störfälle in Grundremmingen (2 Tote).

„Grundlegendes Ziel des Kodex ist es, die Entwicklung der Nuklearindustrie unter optimalen Bedingungen im Hinblick auf die Sicherheit zu ermöglichen und die Verwendung der Kernenergie im Dienste der Gesellschaft zu fördern. In den Industriegesellschaften besteht nämlich eine enge Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und Energiepolitik."

Die Studie endet mit: *„Ferner kann sich eine Harmonisierung der Vorschriften und Normen sowie eine Unterrichtung der Öffentlichkeit als nützlich erweisen."*

KURZMELDUNGEN AUS SPANIEN

In Xove (Galizien) demonstrierten am 11. April 5000 Demonstranten aus Galizien und Asturien gegen das dort geplante Kernkraftwerk.

An der Costa del Sol bildet sich die „Einheitsgewerkschaft der Werktätigen der Liebe" (Sindicato unitario de trabajadores de amor) zur Verteidigung der Prostituierten.

Die in der Copel (Gefangenenorganisation) organisierten Gefangenen erklären ihre Unterstützung für die Gewerkschaft der CNT (Anarchosyndikalisten).

Die 39 Arbeiter einer Brotfabrik, (La Basconia) in Basauri (Viskaya), die geschlossen werden soll, beschließen auf eigene Faust weiterzuproduzieren und das Brot über die Nachbarschaftsvereinigungen zu verkaufen.

ABERRI EGUNA IM BASKENLAND!

VITORIA
12. April

Der basikische Nationalfeiertag, Aberri Eguna, der am Ostermontag stattfindet, wurde dieses Jahr verboten mit dem Hinweis auf die zu erwartenden Störungen von extremistischen Gruppen und die Angriffe auf die Einheit Spaniens, zu denen das Fest Anlaß geben könnte. Das Fest fand trotzdem statt, in der Kälte und im Schnee; doch nicht in traditioneller freudiger Ausgelassenheit, sondern als politische Demonstration.

Die politischen Gruppen Euskadis hatten allesamt auch nach dem Verbot den Aufruf zum Fest aufrechterhalten. Sie gaben Ausweichorte für den Fall an, daß Vitoria durch Straßenkontrollen blockiert würde. Schon Tage vorher trafen in Vitoria tausende von Basken ein, die meisten in Bergsteigerverkleidung.

Am 10. April ist Vitoria von der Guardia Civil und der Policia armada besetzt, die Zufahrtswege sind gesperrt, alle Besucher der Stadt müssen ihren Wohnort in Vitoria nachweisen. Ca. 1500 Polizisten gehen mit ungewöhnlicher Brutalität in gewohnter Bürgerkriegsausrüstung und beritten vor. Durch ein Rauchgeschoß der Polizei wird eine Wohnung in Brand gesteckt; ein belgischer Journalist wird von einer Hartgummikugel getroffen; seine Kollegen, die ihn ins Hotel zurücktragen wollen, werden ebenfalls beschossen.

Schätzungsweise 50 000 Personen nehmen am Aberri Eguna teil; in Vitoria selbst sind es nur 10 000 (!), man hatte vor dem Verbot 100 000 erwartet. Die größten Demonstrationen sind in Vitoria, Durango und Loyola. Festliches ereignet sich dann doch: in Durango wirft die Bevölkerung aus den Fenstern Gegenstände auf die Guardia Civil; die ordnet daraufhin an, alle Fenster zu schließen, anderenfalls würden sie mit Gummikugeln beschossen. In der Altstadt von San Sebastian wird ein Streifenwagen der Policia Armada durch Steinwürfe unbrauchbar gemacht.

Die Regierung hat mit diesem letzten Repressionsakt eine eventuelle Befriedung der Basken selbst verspielt. Die Koordination von 10 linken baskischen Parteien hat denn auch prompt das Demokratisierungsprogramm als Heuchelei verurteilt; die stärkste nationalistische Partei Euskadis, die PNV hat sich aufgrund der immer noch nicht realisierten Amnestie aus der Verhandlungskommission mit der Regierung zurückgezogen.

FOLTER, MORD UND MYSTERIÖSE UNFÄLLE

LIMA
3. April

Wieviele Menschen seit Verhängung des Ausnahmezustandes in Peru und des nächtlichen Ausgangsverbotes in der Hauptstadt Lima im Juli 1976 Opfer der Repression wurden, bleibt unbekannt. Nach zwei Monaten hatte das Innenministerium insgesamt 25 Tote zugegeben, eine Zahl, die nach dem zynischen Kommentar des Innenministers General Cisneros verglichen mit den 16 Millionen Einwohnern Perus so gering sei, daß man nicht von massiv, wohl aber von selektiver Repression reden könne. Die Folteropfer in den Gefängnissen sind schwieriger geheimzuhalten. Seit Monaten wird eine Untersuchung des Falles Lozano gefordert. Der Student Lozano war Anfang Dezember 1976 verhaftet worden, weil er Material der trotzkistischen Frente de Izquierda Revolucionaria (FIR, Front der Revolutionären Linken) bei sich trug. Drei Tage später fand man seine Leiche mit schweren Folterspuren in der Leichenhalle des gerichtsmedizinischen Instituts. Das Innenministerium behauptete, er sei an 'Lungenversagen' gestorben. Studenten, Professoren und politische Organisationen haben Aufklärung gefordert, wie es zu dem 'Lungenversagen' des bei seiner Verhaftung kerngesunden Lozano gekommen sei, zumal die Leiche sofort von den Staatsorganen eingeäschert wurde.

Kennzeichnend für die Willkür der Repression ist auch der Fall des ehemaligen Generalsekretärs der Regionalen Bergbau- und Metallarbeitergewerkschaft des Zentrums, Lucio Baldeon, der am 15. Februar von einem Polizisten in der Zelle erschossen wurde, in die er nach einer Gewerkschaftssitzung verschleppt worden war. Der Mörder sei angeblich betrunken gewesen – die regierungskontrollierten Zeitungen verschwiegen den Mord geflissentlich.

In dieses Bild passen auch die zahlreichen, zum Teil tödlichen 'Unfälle', deren Opfer Führer von kämpferischen Gewerkschaften sind. Hierzu gehören zum Beispiel Aurora Viviar, Generalsekretärin der Gewerkschaft des Kaufhauskonzerns Monterrey, die wenige Tage nach einem militanten Streik der Belegschaft durch einen Autounfall starb, oder der Generalsekretär des Arbeiterverbandes von Chancay, Carlos Rosario, der im Oktober von einem nie identifizierten Fahrzeug angefahren wurde und bis heute in Lebensgefahr schwebt, oder der Delegierte der Strom- und Wassergewerkschaft Martin Jihuallanca Flores, bei dem der Arzt 'Vergiftung' als Todesursache feststellte, wenige Tage nachdem Jihuallanca im Februar in seinem Amt bestätigt worden war.

VERFOLGUNG VON RECHTSANWÄLTEN

L IMA
3. April

Das knappe Dutzend peruanischer Anwälte, die politische Gefangene, Arbeiter, Bauern und Bewohner der Elendsgebiete verteidigen, wird seit Monaten besonders heftig verfolgt. Ricardo Diaz Chavez, Anwalt der Bergarbeitergewerkschaft und bereits 1973 bis 1975 des Landes verwiesen, hatte durch eine Amnestie im September 1975 Peru wieder betreten können. Knapp 2 Monate später wurde er mit drei anderen Anwälten ohne Begründung verhaftet und 5 Monate auf die Zuchthausinsel El Sepa im Amazonasurwald verschleppt. Internationale Proteste führten zur Befreiung der Anwälte. Die Begründung des Innenministers damals: „Jeder Mensch hat das Recht, sich zu irren." Nur 30 Tage konnte Diaz Chavez wieder für Gewerkschaften arbeiten, dann wurde er im Juni 76 neuerlich verhaftet und wegen „Agitation" nach Panama deportiert.

Der Anwalt Jose Ona Meono, Rechtsberater von 25 Gewerkschaften, ebenfalls schon einmal im August 75 deportiert und später amnestiert, und ebenfalls 8 Wochen später nach El Sepa verschleppt, wurde im November 1976 verhaftet und im Dezember nach Europa deportiert. Ona wird zwischen dem 22. und 25.4. am Lateinamerika-Institut der Freien Universität [illegible]n über die Situation in Peru in zwei Vorträgen berichten.

Dr. Camilo Valqui Cachi, ebenfalls schon mehrfach wegen seiner anwaltlichen Tätigkeit verhaftet, wurde im Juli 76 n mit der Begründung verhaftet, sein Rechtsbeistand sei politische Agitation: Im Dezember 1976 wurde er mit Gewalt außer Landes deportiert.

Besorgniserregend ist der jüngste Fall des Anwalts Genaro Ledezma Izquieta, der auch ein bekannter Schriftsteller ist. Ledesma verschwand am 10. Februar, als eine Bande bewaffneter Zivilisten, die sich als Polizeiangehörige auswiesen, seine Wohnung überfielen, um ihn zu verhaften. Das Innerministerium hat offiziell behauptet, nichts von seinem Verbleib zu wissen. Gewerkschaften, politische Gruppen und Basisorganisationen fordern die Aufklärung des Falls und die Rückkehr aller Deportierten. Zu diesen gehören u.a. auch Julian Sierra Corrales, Generalsekretär des Metallarbeiterverbandes sowie Hugo Blanco, Mitglied des Zentralkomitees des klassenbewußten Bauernverbandes Confederacion Campesina del Peru (CCP) und bekannter Guerillaführer der sechziger Jahre, der – wieder einmal – nach Schweden deportiert wurde.

REPRESSION IN PERU VERSCHÄRFT

LIMA
3.April

Daß Peru nicht erst seit Juli 1976 zu den lateinamerikanischen Ländern gehört, in denen verhaftet, gefoltert, ermordet wird, hat in Europa viele Dritte-Welt-Interessierte überrascht, die im ‚peruanischen Entwicklungsweg' des Generals Velasco Alvarado, der im August 1975 als Staatschef abgelöst worden war, Reformmodelle entdeckten und die Illusionen über einen ‚Dritten Weg' zwischen Kapitalismus und Sozialismus nährten. Mit der 2.Phase der sogenannten ‚Revolution' unter Präsident Morales Vermudez sind diese Illusionen endgültig verflogen. Im Juli 1976 wurde der bis heute immer wieder verlängerte Ausnahmezustand verhängt, der alle bürgerlichen und gewerkschaftlichen Freiheitsrechte aufhebt und vor allem Führer von Arbeitern, Bauern und Studenten zum Freiwild der staatlichen Repression macht. In mehreren Städten in der BRD sind daher Peru-Gruppen entstanden, die auf die wachsende Repression aufmerksam machen wollen.

In Lima kursieren Listen mit den Namen von über 300 politischen Gefangenen. Unter ihnen 40 Studenten, die Anfang Februar 77 bei einem militärischem Überfall auf die Pädagogische Universität ‚La Cantuta' verhaftet worden waren. Bei dieser Aktion gegen das angebliche ‚Agitationszentrum' waren 675 Studenten in eine zum Konzentrationslager umfunktionierte Militärschule verschleppt worden. Ein Student starb dabei an den Verletzungen von Schlägen mit Gewehrkolben. Auch 11 der usprünglich 168 Studenten der Ingenieursunivon Lima, die im August 1976 ebenfalls mit militärischem Einsatz besetzt worden war, sind weiterhin in Haft. Seit 7 Monaten warten sie auf konkrete Anklagen.

Die massive Repression erfasste auch die gesamte Gewerkschaftsführung und Betriebsvertretung des großen staatlichen Stahlbetriebes SIDER-PERU in der Hafenstadt Chimbote. 27 Führer der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften sowie über 20 des regionalen Gewerkschaftsverbandes FESIDETA wurden im November verhaftet, weil sie einen (aus gewerkschaftsinternen Gründen jedoch abgesagten) Streik geplant hatten, um gegen die wachsende Unterdrückung zu protestieren. 15 Repräsentanten, darunter die Generalsekretäre der beiden Betriebsgewerkschaften sind ohne Anklage weiterhin in Haft. Der Betrieb hat sie wegen „mutwilligen Verlassens des Arbeitsplatzes" entlassen.

MASSIVE REPRESSION GEGEN WIDERSTAND

LIMA
2. April

Seit über zwei Monaten sind über ein halbes Dutzend Einwohner eines schönfärberisch als als „Pueblo Joven " – „Junge Gemeinde" genannten Slumgebietes in Haft, die für den Tod eines von Polizisten ermordeten Pobladors verantwortlich gemacht werden. Am 21. Januar hatten rund 300 Polizisten versucht, etwa 400 Familien eines Slums zu vertreiben, den diese seit dem 10. Februar 1976 besetzt hatten. Die Einwohner des Pueblo Joven „10 de Febrero" wehrten sich mit Steinen und Stöcken gemeinsam gegen die Vertreibung aus ihren Elendshütten. Der 25jährige Familienvater Juan Trujillo Velasco starb während des Kampfs durch eine von den Polizisten abgefeuerte Tränengasbombe, die ihn direkt in die Augen traf. Die Bewohner, die seither mit ständigen Wachen sich vor einem neuerlichen Räumungsversuch schützen, denunzieren außerdem, daß die Polizei zwei Kleinkinder getötet und deren Leichen verschleppt habe.

Die seither verhafteten Pobladores werden mit der Begrün dung festgehalten, ihr gemeinschaftlicher Widerstand habe es notwendig gemacht, Tränengas einzusetzen, daher seien sie auch für den Tod des Pobladors verantwortlich. Der Polizist, der den Todesschuß abgab, wurde nicht belangt.

Daß schießwütige Polizisten und Soldaten straffrei ausgehen, ist die Regel. Im Februar wurden bei einem angeblichen Ausbruchsversuch von 30 Gefangenen eines Transports 10 getötet. Einen Tag später führten das Bewachungspersonal in dem betreffenden Gefängnis Lurigancho in Lima eine Racheaktion durch, verprügelte zahllose Gefangene, darunter vor allem die, die im Trakt der „politischen" eingesperrt sind und raubte diesen außerdem die wenigen Habseligkeiten sowie Bargeld, das sie in den Zellen fanden. Die Proteste der Gefangenen wurden als Verleumnung bezeichnet und bestraft.

Zu einem Massenmord durch die staatlichen Repressionsorgane kam es auch in der Gegend von Huamachuco, einer ländlichen Region, die für die Kollaboration der staatlichen Funktionäre mit den Großgrundbesitzern bekannt ist – deutlichstes Zeichen dafür ist die dort praktisch nicht durchgeführte Agrarreform. Bauern, die die Freilassung mehrerer anderer Campasinos forderten, die eingesperrt waren, weil sie sich mit Funktionären der staatlichen Spitzelorganisation SINAMOS angelegt hatten, wurden in einer mehrstündigen Schlacht mit militärischem Einsatz reprimiert. Mindestens 5 Campesinos wurden erschossen, Über das Gebiet wurde absolute Nachrichtensperre verhängt. Selbst Proteste der regierungseigenen Bauernverbandes CNA wurden unterdrückt.

MENSCHENRAUB IN ARGENTINIEN

B UENOS AIRES/BONN 18. April

Rudolfo Walsh, ein amerikanischer Journalist und Schriftsteller, wurde am 25. März aus aus seiner Wohnung in San Vicente, einem Vorort von Buenos Aires von „Unbekannten" verschleppt. Die Entführung geschah 24 Stunden nach Übermittlung eines Briefes an die Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Walsh machte in dem Schreiben auf die Verletzung der Menschenrechte in Argentinien aufmerksam und zog Bilanz der einjährigen Herrschaft des Militärregimes. Eine Kopie der Zuschrift wurde, so die Mitteilung der Familienangehörigen, auch an den Präsidenten der USA geschickt.

Der in Argentinien und Lateinamerika sehr bekannte Journalist und Schriftsteller wurde von einer Gruppe stark bewaffneter Männer festgenommen, die seine Wohnung verwüsteten und Schüsse auf die Hausfront abgaben. Die Entführer trugen keine Uniform und benutzten – wie in solchen Fällen üblich – PKWs ohne Nummernschilder. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es keine offiziellen Angaben über das Schicksal von Walsh. Die Umstände dieser Entführung sprechen dafür, – wie bei ähnlichen Fällen zuvor – daß der Journalist von zivilen Polizei/Armeekommandos verhaftet wurde. Erst im September vergangenen Jahres war die Tochter des Entführten, Maria Victoria Walsh (Journalistin), von argentinischen Sicherheitskräften während einer Hausdurchsuchung durch Maschinengewehrschüsse ermordet worden.

In Argentinien wurden im vergangenen Jahr fünf Journalisten ermordet, elf entführt, 23 befinden sich in Haft und insgesamt 660 begaben sich ins Exil. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Solidaritätssekretariats des Lateinamerikanischen Journalistenverbandes (Federacion Latinoamericana de Periodistas), die im Dezember 1976 in Caracas /Venezuela veröffentlicht wurde. Der Bericht erwähnt ferner, daß etwa 1 000 argentinische Journalisten aus politischen Gründen ihre Arbeit verloren. Ungefähr 50 Publikationen wurden seit dem Militärputsch vom 24.3.76 durch die Militärs geschlossen oder mit zeitweiligem Erscheinungsverbot belegt.

Protesttelegramme können geschickt werden an:
Exmo Sr Presidente
General Jorge Rafael Videla, Casa de Gobierno,
Balcarce 50, BUENOS AIRES C. F., ARGENTINIEN

KURZMELDUNG

Die Chile-Nachrichten haben Ende März eine Sondernummer zu Argentinien herausgebracht, in der u.a. über Gewerkschaften, deutsch-argentinische Beziehungen und über die Dokumente der Argentinischen Kommission für Menschenrechte berichtet wird.

Chile-Nachrichten c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12

Eine ausführliche Dokumentation über die COLONIA DIGNIDAD in Chile hat Amnesty International herausgegeben. COLONIA DIGNIDAD ist eines der geheimen Folterlager der chilenischen Geheimpolizei DINA und auch ein von mindestens 250 Bürgern der Bundesrepublik geführtes landwirtschaftliches Gut, auf dem politische Gefangene systematisch gefoltert werden.

Amnesty International - Chile-Koordinationsgruppe
Vogelsbergstraße 36; 6000 Frankfurt 1

EIN BEISPIEL FÜR CARTERS LIBERALE POLITIK

NEW YORK 9. Februar

Die Wahlversprechen, die Carter allen Minderheiten und Unterdrückten machte, entpuppen sich jetzt als Täuschung; sie dienten dem Großgrund- und Erdnußplantagenbesitzer nur zum Stimmenfang – als Mittel zur Macht. Trotzdem läßt er auch jetzt als Präsident nicht gleich seine Maske fallen, und man könnte fast auf das Breitwandgrinsen hereinfallen, wenn man z.B. hört, daß Carter Mitte Januar 1977 eine Amnestie für die amerikanischen Kriegsdienstverweigerer ausgesprochen hat. Völlig unverständlich bleiben dann aber die Gründe für Demonstrantionen der Kriegsgegner, die in der letzten Zeit vor dem weißen Haus oder im canadischen Exil stattfanden. Die Forderung der Demonstranten nach ‚totaler' Amnestie macht die ganze Angelegenheit etwas durchsichtiger. Carter gewährte die Amnestie nämlich nur einer kleinen Gruppe der insgesamt über 2 Millionen Kriegsgegner, die in den letzten Jahren einer zunehmenden Repression (nicht nur seitens der Justiz) ausgesetzt sind. Diese bevorzugte Minderheit besteht hauptsächlich aus Weißen der amerikanischen Mittelklasse, die zum geringen Teil lange Knastjahre für ihre Weigerung, dem Militär zu dienen, absitzen mussten/müssen, die zum größten Teil aber mit ihrem Einzugsbefehl in der Tasche nach Canada flüchteten und seitdem nicht zurückkehrten. Carters Amnestie ist also nichts weiter als ein Zugeständnis an die liberale Mittelklasse, die ihre Jugens wiederhaben will. Die 800 000 Soldaten, die unehrenhaft entlassen wurden, und jetzt aufgrund dieser offiziellen Würdigung für den Widerstand in der Armee weder Arbeit bekommen, nicht einmal medizinische Betreuung für Kriegswunden erhalten, und auch sonstigen gesellschaftlichen Repressalien ausgesetzt sind, werden weiter diskriminiert.

Fast 1/3 dieser Gruppe sind Schwarze. Auch Deserteure und Kriegsgegner, die ihren Protest auf die Straße trugen, werden von der Amnestie natürlich nicht berücksichtigt.

OST–TIMOR INFORMATIONEN

SYDNEY 20. April

Presseerklärung der „Gesellschaft für bedrohte Völker, Survival International":

Die frühere portugisische Kolonie Osttimor ist seit dem indonesischen Überfall im Dezember 1975 durch eine Luft- und Marineblockade von der Außenwelt abgeschnitten. Während und nach der indonesischen Invasion wurden in den vergangenen 16 Monaten 60 bis 100 Tausend osttimorische Kinder, Frauen und Männer – mehr als 10 Prozent der Bevölkerung Osttimors – ermordet.

Dies wurde Ende Januar 77 durch die „Fact Finding Mission" des australischen Politikers und früheren Konsuls von Osttimor, J. Dunn, bestätigt, über deren Ergebnisse die Weltpresse berichtete (Anfang Februar 1977). Indonesiens Außenminister Adam Malik gab gegenüber dem Korrespondenten Hamish McDonald des „Sidney Morning Herald" am 31. März 1977 zu, ..daß während des Krieges in Osttimor 50 000 Menschen, vielleicht sogar 80 000 Menschen getötet worden sind."

Die Ermordung der letzten unabhängigen westlichen Journalisten in Osttimor – Greg Shakleton, Kameramann Gary Cunningham, Toningenieur Tony Stewart (Kanal 7, Fernsehen Melbourne), Malcolm Rennie, Kameramann Brian Peters (Kanal 9, Fernsehen Sydney) und Roger East (Timor Information Service) – ist bekannt. Am 26. März 1977 wurden durch eine

Funkmeldung der osttimorischen Freiheitspartei Fretelin die Umstände des Todes des sechsten, bisland nur als offiziell vermißt gemeldeten Journalisten Roger Fast aufgedeckt. Am zweiten Tag nach der indonesischen Invasion überraschten indonesische Soldaten in den Straßen von Dili den Reporter und befahlen ihm, die Hände zu heben; obwohl Fast folgte, wurde er wenig später von den Soldaten erschossen. Seine Leiche wurde zur Küste tranportiert und heimlich verbrannt. Roger East war bereits Korrespondent für australische Zeitungen bei den Nürnberger Prozessen.

Bisher wurden die Funksprüche der osttimorischen Freiheitskämpfer von Amateurfunkern in Nordaustralien aufgefangen. Zum Ende des Monats April 1977 richtete die australische Hilfsorganisation CIFT eine eigene Funkstation in der australischen Stadt Drawin zum Kontakt mit der eingeschlossen Bevölkerung Osttimors ein. Der Sender soll regelmäßigen Kontakt für internationale humanitäre und Menschenrechtsorganisationen mit dem Roten Kreuz Osttimors herstellen und Familienzusammenführungen ermöglichen. An den Kosten der Funkstation – 4 000 U. S. $ – beteiligt sich in Deutschland die „Gesellschaft für bedrohte Völker."



[illegible]chrift der deutschen Sektion:
Parkallee 18, 2 Hamburg 13

Aktuelle Informationen zu Osttimor bringt „Ost Timor Aktuell." 14tägig werden dort Radiosendungen aus den befreiten Gebieten abgedruckt und Nachrichten über die militärische und politische Lage. Obwohl das faschistische indonesische Regime den Krieg in Osttimor wiederholt für beendet und gewonnen erklärt hat, kontrollieren die Invasoren nur einige Städte und KZ-artige „Wehrdörfer." In den befreiten Gebieten hat die Fretelin bereits eine stablie Infrastruktur geschaffen, in Guerilla-Aktionen wurden einige besetze Orte wieder zurückerobert.

Die BRD hat währenddessen mit einem 250 Millionen Kredit die Bürgschaft für den Kauf von U-Booten und Hubschraubern für die indonesische Armee ermöglicht und damit auf ihre Weise in den Krieg eingegriffen.
Weitere Informationen:
Ost Timor Aktuell, Seltersweg 73, D – 6300 Gießen.

PRESSEZENSUR: LIBERALE WOCHENZEITUNG STELLT IHR ERSCHEINEN EIN

SAO PAOLO 21. April

Mit ihrer 230. Nummer hat die Wochenzeitschrift „Opiniao" am 1. April 77 ihr Erscheinen nach viereinhalbjährigem Bestehen eingestellt. Im Leitartikel der – bewußt nicht der Zensur vorgelegten – letzten Nummer heißt es dazu: „Dies ist die letzte Ausgabe der Zeitschrift Opiniao, die unter den Bedingungen der Vorzensur zirkuliert. Wir werden erst wieder erscheinen, wenn wir von jeglicher Zensur befreit sind. Das heißt, wenn wir FREI sind."

Im Zuge der ‚Entspannung' (distencao) der Regierung Geisel wurde die von Medici erlaßene allgemeine Zensur eingeschränkt. Die Vorzensur wird jetzt auf wenige unbequeme Zeitungen u.a. Opiniao und Movimento angewandt. Dazu Opiniao: „Opiniao steht seit seiner achten Ausgabe unter Zensur; während andere Publikationen des Landes ihre Freiheiten wiedererlangen konnten, mußte Opiniao zusehen, wie Tag für Tag der Freiheitsraum unter unseren Füßen zusammenschmolz. Zum Tode Wladimir Herzogs – der unser Büro in Sao Paolo leitete –, der unter dramatischen Bedingungen während seiner Inhaftierung durch Sicherheitsorgane umkam, durften wir nicht einmal die schon bekannten Fakten berichten. Den Aufruf zur Siebentagesmesse mußten wir in Form einer Anzeige in anderen Zeitungen veröffentlichen."

Vorzensur heißt, daß sämtliche Artikel einschließlich Lay-out vorher nach Brasilia geschickt werden müssen, wo die Schere ziemlich locker sitzt!! Opiniao: „... haben wir in 230 Nummern 5796 Seiten gedruckt. Wenn wir die zensierten Berichte dazu zählen, hätten wir 10 548 Seiten veröffentlicht." Diesem Produktionsaufwand war Opiniao finanziell nicht mehr gewachsen.

Auch versucht die Zensur, die betroffenen Zeitungen uninteressant zu machen, indem gerade die Analysen zu den wichtigsten Wochenereignissen total herausgeschnitten werden. Durch Zensierung der Zeichnungen und Karrikaturen wird der Layout langweilig gemacht. Außerdem legte die Zensur ein Veto gegenüber der Mitarbeit einiger der besten Mitarbeiter ein, pervertierte Stil und Qualität der Texte.

Da zensierte Stellen innerhalb eines Textes nicht me weiß oder schwarzgemacht, d.h. als Zensur gekennzeichnet werden dürfen, hat sich Movimento was Neues ausgedacht. Im gleichen Schriftbild erscheint innerhalb eines Textes: „Lese, abonniere und verbreite Movimento, eine wahrhaft demokratische Zeitung. Lese, abonniere und ..usw. usw.", bis die Stelle gefüllt ist.

Auf der anderen Seite aber sind in vielen mittleren Städten im letzten Jahr lokale Wochenzeitungen entstanden. Sie behandeln größtenteils lokale soziale Probleme und sind, auch durch den Straßenverkauf, „volksnäher". Gemacht werden sie von Studenten und Journalisten der Tagespresse, die unterbliebene Nac hrichten nur hier veröffentlichen können. Da es jedoch auch hier den Tod der Zeitung bedeuten würde, wenn sie von der Vorzensur so radikal zensiert würden wie Opiniao, stehen sie unter dem ständigen Druck, dies vermeiden zu mussen.

Resolution zur Unterstützung der im Hungerstreik befindlichen politischen Gefangenen in der Bundesrepublik Deutschland

Das am 16. und 17. April 1977 in Toulouse auf Einladung des Mouvement d'Action Judiciare (eine französische Juristenvereinigung, in der überwiegend linke Verteidiger, Richter, Professoren und andere juristische Arbeiter organisiert sind) versammelte internationale Kolloquium zum Thema: „Repression und politische Verteidigung in Westeuropa", auf dem sich französische, deutsche, irische, katalanische, baskische und belgische Teilnehmer versammelt haben, bringt seine Solidarität mit den politischen Gefangenen in den Gefängnissen der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck. Die Gefangenen befinden sich seit mehreren Wochen in einem Hungerstreik, der vor allem für die Aufhebung der Isolation und das Recht, in Gruppen von wenigstens 15 Gefangenen zusammen zu sein, geführt wird (die Ermöglichung von „sozialer Interaktion", die von den Gutachtern zur Sicherung der Gesundheit und der Garantie der politischen Identität der Gefangenen verlangt worden ist).

Das Kolloquium weist die internationale Öffentlichkeit auf die Todesgefahr hin, der diese Gefangenen gegenwärtig ausgesetzt sind und stellt fest, daß die bundesdeutschen Behörden die alleinige Verantwortung für die Folgen tragen, die für die Gesundheit und das Leben der Gefangenen während der Weiterführung des Hungerstreiks auftreten.

Das Kolloquium des M.A.J.
17.4.1977"



fahrrad-demo von frankfurt zum kkw biblis (ostern 1977) ID Bilderdienst

(Fortsetzung des Inhaltsv. auf der letzten Seite)

hauffstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel. 0811/280 95 22

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/39 12 67

druck: druckladen gmbh
hamburger allee 45
6ooo frankfurt/main 9o
tel. o6ll/7o5772

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".